



82. Sitzung

Wiesbaden, den 3. November 2005

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	5655	c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2005 bis 2009	
<i>Entgegengenommen</i>	5655	– Drucks. 16/4586 –	5667
Präsident Norbert Kartmann	5655	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	5699
1. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2005)		3. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kürzung des Arbeitslosenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen	
– Drucks. 16/4576 –	5655	– Drucks. 16/4462 –	5667
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	5667	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	5699
Minister Karlheinz Weimar	5655	4. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Heulen und Zähneklappern des Ministerpräsidenten	
Reinhard Kahl	5657	– Drucks. 16/4593 –	5667
Sigrid Erfurth	5659	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	5699
Roland von Hunnius	5661	Minister Karlheinz Weimar	5667
Gottfried Milde (Griesheim)	5663	Norbert Schmitt	5674, 5698
Tarek Al-Wazir	5666	Tarek Al-Wazir	5680
Präsident Norbert Kartmann	5667	Minister Stefan Grüttner	5680
2. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften		Jörg-Uwe Hahn	5681
– Drucks. 16/4584 –	5667	Reinhard Kahl	5681
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	5699	Frank Gotthardt	5682
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006		Frank-Peter Kaufmann	5682, 5698
– Drucks. 16/4585 –	5667	Roland von Hunnius	5688
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	5699	Gottfried Milde (Griesheim)	5693
		Michael Denzin	5699
		Vizepräsident Frank Lortz	5699
		<i>Abstimmungsliste</i>	5701

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Dr. Walter Arnold
Staatssekretär Harald Lemke
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
MinDirig Eric Seng
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)
Udo Corts

(Beginn: 9.04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich begrüßen und Ihnen einen schönen guten Morgen wünschen. Ich eröffne die 82. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem stimmt jeder zu. Danke schön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Am 1. November verstarb im Alter von 71 Jahren unsere ehemalige Kollegin Esther-Maria Mikfeld.

Frau Mikfeld wurde am 26. Februar 1934 in Wiesbaden geboren. Nach Besuch des Realgymnasiums und der Wirtschaftsoberschule war sie zunächst als Sekretärin im Verlagswesen, sodann bei einem wissenschaftlichen Forschungsinstitut und später bei einem Steuerberatungsbüro tätig. Seit 1980 gehörte sie der Kanzlei des Hessischen Landtags an.

Frau Mikfeld war seit 1967 Mitglied der CDU und engagierte sich besonders in der Frauen-Union. Sie war stellvertretende Landesvorsitzende und Mitglied des Bundesvorstands der Frauen-Union. Von 1973 bis 1974 war Esther Mikfeld Mitglied des Hessischen Landtags. Darüber hinaus war sie jahrzehntelang Stadtverordnete ihrer Heimatstadt Wiesbaden. Viele Jahre übte sie auch die Tätigkeit der Schatzmeisterin des Büros für staatsbürgerliche Frauenarbeit aus.

Frau Mikfeld hat sich um unser Land und ganz besonders um die politische Bildungsarbeit verdient gemacht. Wir, der Hessische Landtag, werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tagesordnung vom 27. Oktober 2005 mit insgesamt vier Punkten liegt Ihnen vor. Wird gegen diese Tagesordnung Einspruch eingelegt? – Das ist nicht der Fall. Damit ist sie genehmigt.

Der Ältestenrat hat vereinbart, und das ist auch vermerkt, dass wir heute bis zur Erledigung der Tagesordnung tagen. Wir beginnen überraschenderweise mit Punkt 1, der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2005), Drucks. 16/4576. Danach fahren wir mit der Lesung des Haushalts unter Tagesordnungspunkt 2 a, b und c fort. Dazu werden wir die Punkte 3 und 4 aufrufen.

Herr Kollege Riebel geht seinen Amtsgeschäften in Berlin nach.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch, dass er nicht da ist!)

– Sie können nachher eine Privataudienz bei mir haben. Ich erkläre Ihnen das alles, Herr Kollege Al-Wazir.

Herr Minister Dr. Riehl vertritt den Ministerpräsidenten bei der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und ab 15 Uhr bei der Ver-

leihung des Preises Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Schreiben vom 26. Oktober 2005 teilt uns die Staatskanzlei mit, dass Herr Herbert Landau sein Amt als Staatssekretär niedergelegt hat. Er wurde vom Bundespräsidenten zum Richter des Bundesverfassungsgerichts ernannt. Als Nachfolger wurde Herr Ministerialdirigent Dr. Thomas Schäfer zum Staatssekretär beim Hessischen Minister der Justiz ernannt.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, der Hessische Landtag gratuliert Ihnen zu dieser Ernennung. Wir wünschen Ihnen bei Ihrem Dienst für dieses Land alles Gute. – Ich muss jetzt nach links schauen, wenn ich Sie sehen will. Das ist eine wesentliche Veränderung, aber ansonsten ist alles in Ordnung.

Im Anschluss an die Plenarsitzung tagen der Untersuchungsausschuss 16/2 im Sitzungsraum 230 M sowie der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst im Rathaus der Stadt Wiesbaden, Sitzungsraum 107.

Jetzt kommen wir zu den erfreulichen Dingen des Lebens.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Noch erfreulicher, der Haushalt!)

– Herr Landesvorsitzender, jetzt müssen Sie mir diszipliniert zuhören.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das mache ich gern, Herr Präsident!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Geburtstagskindern gratulieren. Ich freue mich, das heute nachholen zu können. Meine Vizepräsidentin Ruth Wagner hatte einen tollen Geburtstag. Alles Gute, herzlichen Glückwunsch und Gottes Segen auch für die Zukunft.

(Allgemeiner Beifall)

Die nächsten Reden werden länger, Frau Kollegin, aber das schaffen wir auch.

Ich freue mich, Frau Kollegin Fuhrmann zu einem runden Geburtstag zu gratulieren. Frau Fuhrmann, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall – Schriftführer Abg. Helmut Peuser: Für wen sind die Blumen?)

– Herr Kollege Peuser, bleiben Sie ganz ruhig. Ich sage Ihnen gleich, wohin Sie zu laufen haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben einen Geburtstag mit einer besonderen Zahl: 4 mal 11. Frau Kollegin Hofmeyer hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch. – Jetzt darfst du, auf gehts.

(Allgemeiner Beifall – Schriftführer Abg. Helmut Peuser überreicht einen Blumenstrauß.)

Die Limburger sind herzliche Leute. – Frau Hofmeyer, das Haus gratuliert Ihnen herzlich und wünscht Ihnen alles Gute.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Tagesordnung. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2005) – Drucks. 16/4576 –

Wir haben eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat der Minister der Finanzen des Landes Hessen, Herr Weimar, das Wort. Bitte schön.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war der erfreuliche Teil, Herr Präsident, jetzt kommt der unerfreuliche!)

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz aller Schwierigkeiten können wir Ihnen heute einen in der Tendenz ausgesprochen guten Nachtragshaushalt vorlegen, und das ist erfreulich.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen tagt im Moment. Wir haben erstmals die Chance, dass die Steuereinnahmen für das Jahr 2005 und für das Jahr 2006 nach neunmaliger halbjähriger und teilweise deutlicher Korrektur nach unten wenigstens stabil bleiben werden und wir nicht mit signifikanten negativen Veränderungen rechnen müssen, so wie das im Mai dieses Jahres letztmals noch der Fall war.

Allerdings: Für das Steuerergebnis im laufenden Jahr kommt diese mögliche Wende insgesamt zu spät. Das Jahr 2005 ist, wie die Jahre davor, durch einen weiteren Verfall der Steuereinnahmen geprägt. Aus diesem Grund hat sich die Landesregierung entschlossen, auch dieses Jahr, wie in den Jahren zuvor, im Sinne größtmöglicher Transparenz dem hohen Haus einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Dieser bildet ab, welche Steuerausfälle aus heutiger Sicht von uns erwartet werden und wie diese Etatlücke gedeckt werden soll.

An der Stelle will ich eine Bemerkung zum heutigen Stand machen. Nach den Zahlen bräuchten wir eigentlich keinen Nachtragshaushalt. Sie widerlegen auch das aufgeregte Geschrei der Opposition vom Sommer, dass wir unverzüglich einen Nachtragshaushalt vorlegen müssten. Denn so, wie die Zahlen jetzt aussehen – ich werde gleich darauf eingehen –, haben wir durchaus eine Chance, dass sich insgesamt keine Veränderung gegenüber dem Haushaltsansatz 2005 ergibt, wenn die Steuereinnahmen der letzten beiden Monate noch so sind, wie sie nach den Schätzungen erwartet werden können.

Ich lege großen Wert darauf, dass an dieser Stelle einmal festgestellt wird, dass wir monatelang Phantomdiskussionen über die Frage eines unmittelbaren Nachtragshaushalts, eines Defizits von 500 Millionen € und Sonstiges mehr führen. Die tatsächlichen Zahlen sind zum derzeitigen Zeitpunkt aber durchaus andere.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand gehen wir davon aus, dass die zu erwartenden Steuermindereinnahmen mit etwas über 320 Millionen € zu Buche schlagen werden. Damit liegen sie in etwa auf dem Niveau, das der Arbeitskreis Steuerschätzungen bereits im Mai prognostiziert hat. Allerdings hat sich diese Größenordnung endgültig erst mit dem Vorliegen des Istergebnisses des steuerstarken Monats September abgezeichnet. In den Monaten zuvor war die Steuerentwicklung durch ein höchst volatiles Auf und Ab der Steuereingänge geprägt. Ursprünglich ursächlich hierfür sind insbesondere die immer noch nicht überwundenen Verwerfungen bei der Körperschaftsteuer, von denen Hessen nach wie vor mehr betroffen ist als jedes andere Bundesland.

In der Begründung zum Gesetzentwurf haben wir Ihnen den Monatsverlauf der Gesamtsteuern im Einzelnen nachgezeichnet. In einigen Monaten haben wir über 600 Millionen € weniger Steuern als im Jahr zuvor eingenommen. In einem Monat haben wir knapp über 500 Millionen € mehr eingenommen. Sie sehen also, wie schwierig die Abschätzung der tatsächlichen Steuerentwicklung in einem Land mittlerweile geworden ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die hohe Volatilität belegt, dass die Vorlage eines Nachtragshaushalts zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt überhaupt keinen Sinn ergeben hätte. Die fehlende Belastbarkeit der Steuerseite, aber auch die fehlende Abschätzbarkeit einer Reihe anderer wichtiger Positionen – denken Sie etwa an die Veräußerungserlöse sowie die Ergebnisse der Haushaltssperre – hätten lediglich zur Vorlage eines Nachtrags geführt, dem die künftige Makulatur auf die Stirn geschrieben gewesen wäre.

Natürlich müssen und werden wir die Steuereingänge bis zum Jahresende genau verfolgen und beobachten. Überraschungen und Abweichungen in negativer, aber auch in positiver Hinsicht kann niemand, der sich den Verlauf der Steuereingänge der vergangenen Jahre vor Augen führt, ausschließen. Ein größerer Körperschaftsteuererstattungsfall beispielsweise kann das Steuerminus leicht um einen dreistelligen Millionenbetrag erhöhen. Andererseits kann ein gutes Steuerergebnis etwa im Dezember durchaus für bessere Jahresergebnisse sorgen als derzeit unterstellt.

In Klammern füge ich hinzu, dass der Oktober im oberen Korridor dessen gelaufen ist, was wir erwartet haben, sodass zumindest der Oktober als Risikofaktor für den Nachtragshaushalt derzeit ausfällt.

Klar ist: Sollte sich bis zur Verabschiedung des Nachtrags im Dezember irgendein Änderungsbedarf bei den Steuern abzeichnen, werden wir darüber rechtzeitig informieren und damit Gelegenheit geben, dies noch in den Entwurf einfließen zu lassen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Kernelement und Kernbotschaft dieses Nachtrags werte ich, dass es uns gelungen ist, die durch die erneuten Steuerausfälle aufgerissene Etatlücke weitgehend aus eigener Kraft zu kompensieren, sodass die Nettoneuverschuldung im Entwurf nur moderat um 96 Millionen € angehoben werden muss. Dieses Ergebnis ist aber bereits heute überholt, weil wir bei den Immobilien einen Mehrerlös von 40 Millionen € gegenüber dem Ansatz des Nachtragshaushalts zu verzeichnen haben, sodass sich das Defizit an dieser Stelle um 32 Millionen € reduziert und wir derzeit eine Größenordnung von 64 Millionen € erreichen.

Dieses Ergebnis kann sich sehen lassen; umso mehr, als damit auch alle sonstigen Mehrbelastungen im Nachtragshaushalt abgedeckt werden, wie etwa die gestiegenen Verfahrenskosten bei der Justiz mit 21,6 Millionen €, Mehrbedarfe bei einer Reihe gesetzgebender Transferleistungen im Sozialbereich, vorrangig für die Erstattung von Fahrgeldausfällen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter (4 Millionen €) und für Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (2,3 Millionen €); die notwendigen Verlustabdeckungen für das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (14 Millionen €) – übrigens ein weiterer Beleg für die dringende Notwendigkeit der Privatisierung dieser Einrichtung –, erhöhte BAföG-Leistungen (netto rund 4,3 Millionen €) sowie unerwartete Bürgerschaftsausfälle, um nur einige wesentliche Punkte zu nennen.

Das sind alles Dinge, die bei der Haushaltsaufstellung weder vorhersehbar waren noch veränderbar sind. An dieser Stelle haben wir ebenfalls im Nachtragshaushalt neben den Steuerausfällen etwas auffangen können. Ausschlaggebend dafür, dass wir trotz allem mit diesem Nachtrag die Dinge im Lot halten konnten, sind vorrangig zwei Faktoren.

Erstens hat die im Juni als Reaktion auf die Mai-Steuer-schätzung verhängte Haushaltssperre ihre Wirkung entfaltet und die mit ihr verbundenen Erwartungen voll erfüllt. Meinen Ressortkolleginnen und -kollegen möchte ich hierfür an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich Dank sagen. Mit gut 78 Millionen € haben wir gemeinsam das mobilisiert, was im diesjährigen Vollzug des Landeshaushalts unter Beachtung rechtlicher, faktischer und politischer Setzungen aus dem Etat herauszuwirtschaften ist. Allerdings sind nach meiner festen Überzeugung bis zum Jahresende weitere Verbesserungen durch die Haushaltssperre möglich und werden sich bei der Istabrechnung niederschlagen.

Zweitens bin ich stolz auf das Ergebnis, das wir bei der Veräußerung des Immobilienportfolios erzielen konnten. Der Veräußerungserlös liegt weit über dem, was selbst die kühnsten Optimisten als erreichbar angesehen haben. Die Aktion belegt, wie wichtig es ist, mit der richtigen Strategie zum richtigen Zeitpunkt am Markt zu sein: 1,07 Milliarden € – und damit 270 Millionen € mehr als im Ursprungsetat veranschlagt – hat das Portfolio erbracht, und der Landeshaushalt und die Zukunftsoffensive Hessen, an die wir 20 % der Mehrerlöse abführen, profitieren davon.

(Norbert Schmitt (SPD): Sensationell!)

Wenn Sie sich den einschlägigen Erlöstitel im Nachtragsentwurf ansehen – er weist noch 1,03 Milliarden € aus –, dann erkennen Sie, dass es gelungen ist, in der Endphase der Verhandlungen, die wenige Tage nach der Beschlussfassung des Kabinetts stattgefunden haben, den Veräußerungserlös noch einmal um 40 Millionen € zu steigern.

(Beifall bei der CDU)

Dieser zusätzliche Mehrerlös steht – nach Abführung des 20-prozentigen Anteils an die Zukunftsoffensive – nunmehr als zusätzliche Deckungsmasse zur Verfügung und eröffnet die Möglichkeit, die Erhöhung der Neuverschuldung weiter zu reduzieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was wäre herausgekommen, wenn man das kaufmännisch gerechnet hätte?)

All das hat sich erst in den vergangenen Wochen herauskristallisiert. Deshalb war es unter diesem Aspekt gut, richtig und notwendig, den Nachtrag jetzt, aber nicht zu einem früheren Zeitpunkt vorzulegen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt erwähnen, weil er diesen Nachtrag ebenfalls charakterisiert. Wir propagieren Bildung und Unterrichtsversorgung nicht nur in Sonntagsreden, sondern arbeiten seit Regierungsantritt kontinuierlich daran, die Verhältnisse zu verbessern. Dies schlägt sich auch im diesjährigen Nachtrag nieder. Für Vertretungen im Schulbereich und für die Schaffung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse bei den Lehrern stellen wir insgesamt 23,4 Millionen € zusätzlich zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU)

Damit werden wir nicht nur die Vertretungssituation in den hessischen Schulen weiter verbessern. Wir sind dadurch auch in der Lage, auf die gestiegenen Schülerzahlen insbesondere an den beruflichen Schulen – hier spiegelt sich der schwierige Arbeitsmarkt für Jugendliche unmittelbar wider – angemessen zu reagieren.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, diese Landesregierung hätte es sich leicht machen und dem Beispiel des Noch-Finanzministers Hans Eichel folgen können: alles laufen lassen, weder Sperre noch Nachtrag vorbereiten und allein auf das Prinzip Hoffnung setzen, Hoffnung darauf, dass die Etatlücke nicht zu groß ausfällt, und Hoffnung darauf, dass diese Lücke am Jahresende durch die Inanspruchnahme von Restkreditermächtigungen geschlossen werden kann.

Obwohl die Verhältnisse in Hessen dieses Gedankenspiel viel eher herausfordern – die verbleibende Etatlücke bei uns ist im Verhältnis zu der Etatlücke beim Bund geradezu minimal und überhaupt nicht sichtbar und wäre ohne weiteres durch Restkreditermächtigungen zu decken, wenn es bis zum Jahresende notwendig sein sollte –, hat sich die Hessische Landesregierung bewusst für den anderen Weg entschieden: Wir wollen Transparenz. Wir nehmen das Budgetrecht des Landtags ernst. Wir geben die notwendigen Veränderungen und Anpassungen in die Hände des Parlaments. Nicht zuletzt auch dafür steht dieser Nachtrag.

Lassen Sie mich mit einem Ausblick enden: Sollten die Steuereinnahmen bis Dezember im erwarteten Rahmen bleiben, haben wir im Jahr 2005 erstmals seit Jahren wieder die Chance, trotz der Steuerausfälle keine Erhöhung der Neuverschuldung im Haushaltsvollzug verzeichnen zu müssen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine gute Perspektive, sondern ich glaube, dass sich die Arbeit der Hessischen Landesregierung an dieser Stelle außerordentlich gut sehen lassen kann und das monatelange Geschrei der Opposition deutlich widerlegt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das war die Einbringung. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Kahl für die SPD. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem Jahre 2001 ist der Monat November jener Monat, in dem sich der hessische Finanzminister einen weiteren Schluck aus der Verschuldungspulle genehmigen lässt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Seit dem Jahr 2001 gehört die Erhöhung der Neuverschuldung in letzter Minute durch einen Nachtragshaushaltsplan zum festen Bestandteil weimarscher Finanzpolitik. Fünf Nachtragshaushalte in Folge waren und sind im Kern nichts anderes als die Ermächtigung zur Aufnahme zusätzlicher Schulden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Fakt ist: Die Verschuldung steigt weiter. Ein Schuldenrekord folgt dem anderen. Das ist das Markenzeichen der miserablen Finanzpolitik dieser Landesregierung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Die Regierung Koch ist seit ihrem Amtsantritt für neue Schulden in Höhe von 8,1 Milliarden € verantwortlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Am Ende des Jahres werden Sie es nach sieben Jahren geschafft haben, für rund ein Viertel der hessischen Schulden allein verantwortlich zu sein. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer solchen galoppierenden Verschuldung belasten Sie in unverantwortlicher Höhe die nachfolgenden Generationen und schaden dem Land Hessen und seiner Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Finanzminister sind verfassungswidrige Haushalte zum Regelfall geworden.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Lediglich zwei Ihrer Haushalte – in den Jahren 1999 und 2000 – waren verfassungskonform. Der Haushalt 2001 war im Vollzug verfassungswidrig. Vier Haushalte waren bereits bei der Aufstellung verfassungswidrig, und die Überschreitung der Verschuldungsgrenze wurde durch die Nachträge jeweils beträchtlich ausgeweitet. Der nächste verfassungswidrige Haushalt folgt – darüber werden wir gleich reden.

Meine Damen und Herren, um es ganz klar zusammenzufassen: Die Finanzpolitik dieser Landesregierung ist permanenter Verfassungsbruch.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jedes Jahr erleben wir den gleichen unverantwortlichen Umgang mit dem Landeshaushalt. Schon bei der Verabschiedung des letzten Etats haben wir darauf hingewiesen – durch Fakten belegt –, dass dieser Haushalt so nicht lange Bestand haben wird. Jeweils spätestens im Mai zeigten sich die ersten Millionlücken. Statt aber frühzeitig mit einem Nachtragshaushalt gegenzusteuern, erlässt der Finanzminister eine Haushaltssperre. Das machen Sie jedes Jahr. Über Monate weigert er sich standhaft, einen Nachtrag vorzulegen – um dann doch in letzter Minute genau dies zu tun. Und dann kommt immer das Größte: Nach der Verabschiedung – kurz vor Weihnachten – feiert er zu Beginn des nächsten Jahres diesen Nachtrag als „Punktlandung“. Das ist es, was wir immer erleben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, kommen wir nun konkret zum Verlauf des Haushalts 2005. Bei der Verabschiedung in dritter Lesung erklärte der Finanzminister – hören Sie gut zu –, dass er gute Chancen sehe, im Haushaltsvollzug die Nettoneuverschuldung zu reduzieren. Das war eine Fehlprognose, die Nettoneuverschuldung wird erhöht.

Nach der Steuerschätzung im Mai erklärte Weimar, die Landesregierung prüfe intensiv, inwieweit Anpassungen im Haushalt 2005 noch möglich seien bzw. – wie er konkret sagt – inwieweit noch zusätzliche Einsparungen ohne Zerstörung von Strukturen und Zukunftsbereichen möglich seien.

Ein kurzer Blick in den Nachtrag zeigt, dass das Ergebnis zusätzlicher Einsparungen sehr mager ausfällt, um es ganz vorsichtig auszudrücken. Herr Minister, wir wollen Sie daran erinnern, dass Sie beim Erlass der Haushaltssperre verkündet haben, ein zusätzliches Einsparpotenzial in dreistelliger Millionenhöhe erwirtschaften zu wollen. – Die Dreistelligkeit fängt bei 100 Millionen an. Mit 78 Millionen € haben Sie dieses Ziel glatt verfehlt. Trotzdem bezeichnen Sie das Ergebnis der Haushaltssperre – obwohl verfehlt – als eine hervorragende Anstrengung aller Ressorts.

Meine Damen und Herren, leider gehören Fehlprognosen zum Handwerkszeug dieses Finanzministers.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu nur noch ein Beispiel, das auch etwas mit dem Haushalt 2005 zu tun hat: Bei der Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung 2004 bis 2008 im Rahmen des Haushalts 2005 erklärte der Minister wörtlich: „Die Neuverschuldung wird im Planungszeitraum stetig zurückgeführt.“ Ziel ist es, ab 2006 die von uns gesetzte enge Grenze der Nettoneuverschuldung wieder einzuhalten.

Meine Damen und Herren, beim nächsten Tagesordnungspunkt wird klar werden, dass auch diese Prognose nichts mit der Realität zu tun hat, sondern aus dem finanzpolitischen Märchenbuch von Weimar stammt.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Neuverschuldung von über 1,2 Milliarden € wird die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen durch Verkaufserlöse in Höhe von 1 Milliarde € optisch geschlossen. Die finanzpolitische Realität belegt, dass das eigentliche Defizit des Haushaltes bei über 2,2 Milliarden € liegt. Seit Jahren liegt dieses strukturelle Defizit bei rund 2 Milliarden €, Tendenz steigend.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Da sieht man, was Sie uns hinterlassen haben!)

Der Verkauf von Landesliegenschaften, die auch in Zukunft gebraucht und deshalb langfristig zurückgemietet werden, ist der Ausverkauf Hessens in großem Stil.

(Beifall bei der SPD)

Einmalerelöse stopfen aktuell ein Haushaltsloch, lösen aber keineswegs die strukturellen Probleme des Haushalts und führen langfristig durch hohe Mietkosten zu zusätzlichen Belastungen der Folgehaushalte. Wer Immobilien verkauft und zurückmietet und dafür jährlich rund 5 % an Mietkosten zu zahlen hat, macht ein äußerst schlechtes Geschäft zulasten des Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und des Ministers Karlheinz Weimar)

Dies ist alles andere als eine kluge Strategie – dies sind Notverkäufe zur Verschleierung des wahren Haushaltsdefizits und zulasten der Zukunft. Herr Minister, am Ende des Jahres heißt es dann schlicht: Immobilien verkauft, Geld weg, hohe Mietkosten auf Dauer, und trotzdem hohe neue Schulden. Meine Damen und Herren, jeder Privathaushalt müsste bei einer solchen Bilanz zur Schuldnerberatung gehen.

(Beifall bei der SPD – Brigitte Hofmeyer (SPD): Die gibts aber gar nicht mehr!)

– Die aber haben Sie abgeschafft.

Neben vielen Indikatoren und harten Fakten, die belegen, dass das wirtschaftsstarke Land Hessen in der Regierungszeit von Roland Koch eindeutig zurückgefallen ist, ist der Rückgang der Finanzkraft Hessens im Länderfinanzausgleich schon als dramatisch zu bezeichnen.

Im Jahre 2000 hat Hessen 2,8 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt. In diesem Jahr liegt die Zahlungsverpflichtung bei 1,2 Milliarden €. Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich als Ausdruck der Finanzkraft gehen deutlich herunter. Gleichzeitig jedoch steigt die Neuverschuldung. Im ersten Halbjahr erhöhte sich das Steueraufkommen der Bundesländer – dagegen hat Hessen einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen. Dies alles zusammen verdeutlicht die Dramatik der hessischen Finanzlage.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, im Bund kümmert sich der Ministerpräsident als Verhandlungsführer der CDU um die Bundesfinanzen.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Frage: Wann machen Sie denn endlich Ihre Hausaufgaben in Hessen?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die desolade Haushaltslage in Hessen ist sicherlich kein Empfehlungsschreiben zur Lösung der Haushaltsprobleme in Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz auf einige Einzelpunkte im Nachtrag kommen. Zur Unterrichtsabdeckung und für Vertretung sind zusätzlich 23,4 Millionen € eingesetzt. Dies war deshalb notwendig, weil die dem Haushalt zugrunde liegenden Berechnungen unzureichend waren. Sie mussten handeln, um zumindest die größten Lücken bei der Unterrichtsabdeckung zu stopfen. Man kann sehr klar sagen: Unterrichtsgarantie ist bei dieser Landesregierung ein Marketingbegriff und hat nichts mit der Realität an hessischen Schulen zu tun.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deshalb spricht der Finanzminister in seiner Pressemitteilung auch von „Sicherung und Ausbau der Unterrichtsversorgung“.

Bei der Kalkulation der Ansätze der Verfahrensausgaben der Justiz musste – wie im Vorjahr – nachgebessert werden. Im Saldo fehlen rund 17 Millionen € – ein schwer wiegender Wiederholungsfehler.

Die Ergebnisse der Hessen-Agentur sind mehr als bescheiden – trotzdem müssen zum Budgetausgleich zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems laufen die Kosten aus dem Ruder: Mit zusätzlichen 4,5 Millionen € erhöhen sich die Kosten dafür im laufenden Jahr sage und schreibe um mehr als 50 %. Meine Damen und Herren, das Millionengrab SAP lässt grüßen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir nochmals zu den Eckdaten des Nachtrags zurück. Die bereinigten Ausgaben des Etats sind um 364,5 Millionen € reduziert worden. Der Löwenanteil davon, nämlich 320 Millionen €, ergibt sich aus der Reduzierung

der Abführung in den Länderfinanzausgleich, ist also keine Leistung des Finanzministers im Haushaltsvollzug. Im Saldo verbleibt damit eine Reduzierung um ganze 44,5 Millionen €. Ein Drittel davon sind Einsparungen bei den Zinsausgaben, eine – das will ich ganz klar hervorheben – hervorragende Leistung der verantwortlichen Mitarbeiter im Finanzministerium, die für das Zinsmanagement zuständig sind.

Dies bedeutet unter dem Strich Einsparungen von rund 30 Millionen € im Haushaltsvollzug bei den Ausgaben und zusätzlich über 95 Millionen € Schulden. Herr Minister, welch eine grandiose Bilanz!

(Beifall bei der SPD)

Die Finanzlage Hessens ist desolat. Weil dies so ist, baut sich der Minister seine eigene finanzpolitische Scheinwelt auf. Er redet dann tatsächlich davon, dass er seinen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzt. – Wer über Jahre in Riesenschritten immer mehr Schulden aufnimmt, verfassungswidrige Haushalte zu verantworten hat und dann von Konsolidierung spricht, der verdrängt die Realität in beträchtlichem Umfang.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Abführungen Hessens in den Länderfinanzausgleich über Jahre drastisch sinken und der Minister dann in seiner Pressemitteilung davon spricht, dass Hessen in Ländervergleich hervorragend positioniert sei, dann verdrängt er ebenfalls die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann aber kommts ganz dicke. Wenn der Minister im Titel seiner Pressemitteilung schreiben lässt: „Weimar optimistisch: Haben Trendwende geschafft“, kann man über eine solche Unverfrorenheit nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist keine Trendwende, sondern eindeutig eine Fortsetzung des langjährigen Trends einer ungebremsten Schuldenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn er diesen Nachtrag noch als Trendwende lobt und schlicht vergisst, dass er bei dieser Höhe der Nettoneuverschuldung um rund 50 % über der Verfassungsgrenze liegt, dann zeigt sich, welche Realität er sich selbst zusammengebaut hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen, indem ich sage: Auf jeden Fall keine Trendwende – der negative Trend wird fortgesetzt. In diesem Sinne reiht sich auch dieser Nachtragshaushaltsplan in die lange Liste der finanzpolitischen Fehlleistungen dieser Regierung ein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Erfurth von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einer gewissen Spannung haben wir diesen Nachtragshaushalt erwartet. Herr Minister, Sie hatten die Ein-

bringung der Haushalte hinter das magische Datum 18. September verschoben. Gespannt haben wir nun gewartet, welches neue Licht die Bundestagswahl auf die hessischen Haushalte werfen würde. Aber es ist genau so gekommen, wie wir es befürchtet hatten. In der Substanz hat sich nichts verbessert. Was sich offenkundig aufgehellt hat – davon konnten wir heute Morgen ein beredtes Beispiel bekommen, Herr Minister –, ist Ihre Stimmung und auch Ihre Fähigkeit, eine gewisse lautmalerische Schönfärberei in der Wortwahl zu betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie legen völlig ungeniert einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Damit das Ganze nicht mehr so hart klingt, formulieren Sie ganz vornehm und zurückhaltend, das Überschreiten der Regelgrenze habe sich ergeben. Sie werden verstehen, dass wir diese Schönfärberei nicht mitmachen, dass wir das Kind beim Namen nennen und verfassungswidrige Haushalte auch verfassungswidrige Haushalte nennen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Aufstellung eines verfassungsgemäßen Haushalts wird von Ihnen als ganz fern und unerreichbar dargestellt und der verfassungswidrige Haushalt als alternativlos und gerechtfertigt eingestuft. Herr Weimar, mit diesen Feststellungen entheben Sie sich selbst der Verpflichtung, das strukturelle Defizit wirksam anzugehen. Mir fällt dazu nur der alte Spruch aus meiner Kinderzeit ein: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sichs völlig ungeniert.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, das sollte nach meinem Verständnis nicht der Leitspruch einer Landesregierung werden, auch wenn im nächsten Frühjahr ein weiteres magisches Datum ansteht.

Sowohl der Herr Ministerpräsident als auch der Herr Finanzminister haben spätestens seit der Bundestagswahl allen Grund, ihre finanzpolitische Strategie grundlegend zu überdenken. Davon ist bisher allerdings wenig zu spüren. Der Finanzminister verkauft den verfassungswidrigen Nachtrag mit den Worten – Herr Kollege Kahl hat das schon gesagt –: Wir haben die Trendwende geschafft, und Hessen ist im Ländervergleich hervorragend positioniert. – Dazu kann man nur sagen: Da regiert das Prinzip Hoffnung.

Zumindest aus den vorgelegten Zahlen können wir diese Schlussfolgerung nicht ablesen. Die nüchternen Zahlen geben uns ein ganz anderes Bild. Im Jahre 2002 – ein Jahr vor der Landtagswahl – haben Sie die Neuverschuldung auf 2 Milliarden € anwachsen lassen. Das war seinerzeit ein einmaliger Schuldenrekord für Hessen. Herr Finanzminister, jetzt setzen Sie offensichtlich alles daran, diesen Rekord zu toppen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Landtag hat in der Folgezeit dem Land Hessen die „Operation düstere Zukunft“ beschert – mit allen Zumutungen und all der sozialen Schiefelage, für die wir Sie oft kritisiert haben. Nun hätten wir nach all diesen Zumutungen erwarten können, dass Sie wenigstens den fiskalischen Zweck der Operation ansatzweise erfüllen können und die Neuverschuldung ein Stück zurückfahren. Aber nichts davon ist passiert. Ihre bittere Medizin hat in kürzester Zeit sehr viel Schaden angerichtet und hat – wie wir

jetzt feststellen können – den Patienten Haushalt mittelfristig auch nicht auf die Beine gebracht.

Wie gesagt: 2002 hatten wir die Neuverschuldung von 2 Milliarden €. Jetzt, nach der „Operation düstere Zukunft“, blicken wir im Nachtrag auf ein strukturelles Defizit von ca. 2,3 Milliarden €. Dieses strukturelle Defizit setzt sich aus der Nettoneuverschuldung und den Erlösen aus den Immobilienverkäufen zusammen. Die sind – wie Sie wissen – alles andere als nachhaltig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich auf einzelne Elemente im Nachtragshaushalt eingehen. Sie zeigen, wie Ihre Finanzpolitik in die Sackgasse geführt hat. Andererseits bieten sich hieraus aus unserer Sicht Chancen zur Veränderung und Verbesserung. Ich möchte mit dem Verkauf des Behördenzentrums Gutleutstraße im Jahre 2004 beginnen. Herr Finanzminister, dies haben Sie uns als besonderen Weg und gute Möglichkeit dargestellt, den Staat umzugestalten. Sie sprachen davon, der Staat solle ohne dieses Vermögen flexibler sein, Ballast abwerfen. Gucken wir einmal ins Detail. Herr Finanzminister, in der Realität kaufen Sie nutzlose Schlösser und verkaufen gleichzeitig betriebsnotwendiges Vermögen des Landes:

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dienstgebäude, Polizeipräsidien, Ministerien. Dazu kann man nur sagen: alles Kosmetik. – Sie vermindern auf dem Papier eine weitere Neuverschuldung, verschleudern aber damit öffentliches Vermögen des Landes. Um die von Ihnen veranschlagten Verkaufserlöse zu erzielen, mussten Sie den Investoren etwas bieten. Sie mussten lange Mietverträge zu hohen Mietpreisen bieten. Herr Minister, wenn man diese Spirale fortdenkt, wenn man mit der Miete noch ein bisschen höher geht, dann wird der Preis ein bisschen höher. Das sind kommunizierende Röhren.

Alles das, was Sie uns hier vorstellen, ist überhaupt kein Grund zum Jubeln. Wenn Sie statt der geplanten 800 Millionen € Verkaufserlöse erzielen, ist das eine Milchmädchenrechnung. So kann man sich nicht am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf ziehen. Das läuft so nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Den Kommunen ist es aus gutem Grund verwehrt, mit ähnlichen Geschäften ihre Haushalte zu schönen. Die HGO gestattet den Kommunen nur, Verkaufsgegenstände, die sie nicht zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben brauchen, zu veräußern. Sie gehen im Land einen ganz anderen Weg. Sie gehen mit dem schlechten Beispiel voran. Damit machen Sie den Staat nicht flexibler. Vielmehr schränken Sie Handlungsmöglichkeiten ein. Sie schränken sie drastisch ein. Sie sorgen dafür, dass mit den Mietzahlungen ein weiterer monolithischer Block im Haushalt – neben den festen Kosten der Personalausgaben und neben den festen Kosten der Zinszahlungen – entsteht. Herr Minister, wir erwarten, dass Sie uns die von Ihnen dargestellten Verbesserungen in den Haushaltsberatungen noch sehr genau vorrechnen. Wir sehen sie jedenfalls nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem weiteren Bereich möchten Sie Landesvermögen veräußern, nämlich die ganz auf die Schnelle noch fusionierten Universitätskliniken Gießen und Marburg. Allein dafür müssen Sie im Nachtrag 1,2 Millionen € zusätzlich

bereitstellen. Sie schreiben dazu, das seien Rechts- und Transferberatungen im Rahmen der Privatisierung. Außerdem kostet uns dieser Verkauf noch 12,8 Millionen € als Trägerzuwendung an die Universitätskliniken. Sie haben gesagt, die Finanzausstattung der Kliniken müsse verbessert werden.

(Minister Karlheinz Weimar: Was denn für einen Verkauf?)

Sie müssen also dieses Geschäft noch ein bisschen aufmöbeln, damit es für einen möglichen Käufer interessanter wird. Nun kann man sich darüber streiten,

(Norbert Schmitt (SPD): Verkaufserlös!)

ob der Betrieb der Unikliniken zum Kernbereich dessen gehört, was ein Land leisten muss. Es spricht aus unserer Sicht viel dafür, dass es zum Kernbereich gehört. Keinesfalls dürfen Forschung und Lehre dabei unter die Räder geraten. Was auch nicht geht, ist ein Verkauf Hals über Kopf ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Krankenhausversorgung und der Mitarbeiter im mittel-hessischen Raum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Anmerkung möchte ich zu den Wohngeldleistungen in der Folge der Auswirkung von Hartz IV machen. Dem Nachtrag ist zu entnehmen, dass das Land um weitere 30 Millionen € entlastet worden ist. Diese hier zusätzlich eingesparten Mittel sollten nach dem bisherigen Verfahren an die Kommunen weitergegeben werden. Herr Minister, dazu erwarten wir Ihre Vorschläge.

Ein Wort zu den sinkenden Steuereinnahmen. Natürlich trifft es Hessen als Standort zahlreicher Konzerne mehr als andere Bundesländer, wenn das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer nach der umfassenden Reform bis heute noch nicht stabil geworden ist. Trotzdem sprechen neben der weiter absinkenden Steuerkraft in Hessen auch andere Indikatoren dafür, dass das Land Hessen im Ländervergleich immer weiter zurückfällt. Ich denke dabei an die Arbeitsmarktzahlen. Das ehemals wirtschaftsstarke Bundesland ist unter der Regierung Koch hier weiter abgesunken.

Herr Weimar, Sie klagen seit langem darüber, dass die Steuerzahlungen der großen Unternehmen ausbleiben und dass das Steueraufkommen von Steuerschätzung zu Steuerschätzung weiter zurückgeht und unberechenbar bleibt. Jetzt haben wir den Glücksfall, dass sich das zum Ende des Jahres ein bisschen aufhellt. Dennoch – Sie haben es angesprochen – bleibt die Tendenz so. Dazu muss ich Ihnen sagen – Kollege Kahl hat es auch genannt –: Es war doch gerade diese Regierung, die unter Führung des Ministerpräsidenten Koch die parteitaktische Blockade im Bundesrat organisiert hat. Sie haben sie organisiert und initiiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben dafür gesorgt – Herr Koch und Sie, Herr Weimar –, dass die Streichungen der Steuervergünstigungen, die die Bundesregierung vorgeschlagen hatte, im Bundesrat nicht durchgekommen sind. Jetzt müssen wir Ihnen sagen: Herr Koch, die Strategie ist gescheitert.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt muss er zurückrudern!)

Sie müssen sich dafür verantworten, dass der Staat insgesamt auf Einnahmen von 20 Milliarden € im Jahr verzichtet hat. Sie haben es ganz bewusst in Kauf genommen,

dass auch in Hessen in jedem Jahr rund 750 Millionen € Steuereinnahmen fehlen. Ich finde, das ist mehr als fahrlässig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Trotz dieser parteitaktisch organisierten Blockade ist alles schief gelaufen. Statt der erwünschten Konstellation in der Bundesregierung haben Sie jetzt zwar eine Kanzlerin Merkel, aber einen Vizekanzler, von dem Sie noch nicht so genau wissen, wie er denn heißen wird, der aber höchstwahrscheinlich aus den Reihen der SPD stammt.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir sagen es aber rechtzeitig!)

Da kann man nur sagen: dumm gelaufen.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber wenn der Franz Josef nicht damit einverstanden ist, kann er ja in Hessen bleiben!)

Mein Fazit für heute: Der umfassende Strategiewechsel in der hessischen Finanzpolitik ist überfällig. Die Zeiten der steuerpolitischen Blockade in Berlin sind vorbei. Die Zeiten, in denen der Ministerpräsident destruktiv im Bundesrat Widerstand organisiert hat, sind vorbei. Er muss jetzt zeigen, dass er auch etwas anderes kann, nämlich das Steuerrecht konstruktiv verändern. Diesen Beweis ist er uns bisher noch schuldig geblieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind sehr gespannt, ob er auch das kann, nämlich konstruktiv an einem Steuerrecht arbeiten, das auch dem Land Hessen dient. Gleichzeitig kann es Ihnen, Herr Weimar, nun nicht mehr gelingen, immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen und zu sagen, die in Berlin seien schuld. Jetzt passiert nämlich Folgendes: Jetzt zeigt es sich überdeutlich, dass niemand anders als die Hessische Landesregierung für hessische Landeshaushalte verantwortlich ist. Diese Verantwortung müssen Sie tragen.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Kollege von Hunnius für die Fraktion der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche immer wieder gern über den Landeshaushalt. Heute tue ich das einmal nicht gern. Denn das, was wir heute betreiben, ist keine Politik. Das ist ein Glasperlenspiel, denn diese Debatte hat überhaupt keinen Einfluss auf das, was danach passieren wird.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Der Nachtragshaushalt wird am 20. Dezember 2005 verabschiedet. Vielleicht gelingt es uns, eine Punktlandung mit ein paar weiteren Korrekturen hinzulegen. Dann ist bereits die Kasse geschlossen, das Geld ausgegeben, die Einnahmen sind gebucht, und das war es dann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Insofern muss ich sagen: Entweder machen wir einen Nachtragshaushalt zu einem früheren Zeitpunkt, oder wir lassen es komplett bleiben.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was wir hier machen, ist eine unnötige Beschäftigung von Abgeordneten.

Lassen Sie mich trotzdem auf einige Aspekte eingehen. Da ist einmal die famose Einsparaktion des Finanzministers. Das sind 78,3 Millionen €. Das ist eigentlich zu relativieren. Herr Kollege Kahl, da haben Sie Recht. Aber lassen wir den Betrag einmal so stehen, wie er genannt worden ist. Das sind 0,56 % der Gesamtausgaben ohne LVA und KFA. 0,56 % sind das, was mit der gesamten Aktion des Finanzministers bewegt worden ist. Da haben wir wirklich Glück gehabt, dass die Steuern so sind, wie sie sind. Sonst wäre das haarscharf ins Auge gegangen.

Dann sagt der Finanzminister: Es ist gelungen, das Immobilienvermögen günstig zu veräußern. Das sind 1 Milliarde 70 Millionen € statt der geplanten 800 Millionen €. – Wir als Liberale haben immer gesagt, dass wir es im Prinzip für richtig halten, dass das Land sich nicht als Immobilienkaufmann betätigt. Das kann es nicht. Es sollte sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Wir sind bereit, Immobilien zu veräußern und zurückzumieten. Aber dabei gibt es doch einige Dinge zu beachten. Einmal gilt es zu beachten, dass sich das Ganze rechnen muss. Das möchten wir erst einmal sehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke an die letzte Rechnung betreffend das Behördenzentrum in Frankfurt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Der Rechnungshof hat dargelegt, dass das Ganze positiv dargestellt werden kann, wenn man akzeptiert, dass die Obergrenze des Erwartungshorizonts angenommen wird. Die Obergrenze ist gleich der realistischen Erwartung. Das möchte ich hier gern noch einmal sehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Und wenn die Gebäude nichts mehr wert sind!)

Der zweite Punkt ist, dass wir hier wieder langfristige Festlegungen treffen. Jede Immobilie des Landes, die vom Land genutzt wird und zu deren Rückmietung wir uns 25 oder 30 Jahre verpflichten, bedeutet, dass wir für die gesamte Zeit keine Flexibilität in Bezug auf Verwaltungsreformen haben. Wir sagen: Wir wissen genau, dass wir in 30 Jahren

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer noch ein Regierungspräsidium haben werden!)

das Behördenhaus in Gießen genau dafür brauchen werden und dass wir das Behördenzentrum in Langen genau dafür benötigen werden. Wir legen damit die Stadt, die Straße, die Hausnummer und die Verwendung fest. Das ist eine Bindung, die nur in ganz wenigen Fällen sinnvoll sein kann, nämlich dann, wenn wir wissen, dass keine Änderung erfolgen wird.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Ganze sieht doch so aus, dass nach den Steuerprognosen vom Mai, die katastrophal waren – nicht nur wir, sondern Sie selbst, Herr Minister haben zu diesem Zeitpunkt sinkende Steuereinnahmen erwartet, was auch im Haushaltsausschuss entsprechend dargelegt worden ist –, Gegenaktivitäten eigentlich komplett unterblieben sind.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben gesagt: Wir sind damit zufrieden, wenn es gerade so weitergeht. Wir legen die Hände in den Schoß und warten ab. – Das kann gut gehen, oder es kann schief gehen. Es ist halbwegs gut gegangen. Wir haben auch ein paar Immobilien verkauft. Aber machen wir uns doch nichts vor. Das strukturelle Defizit im hessischen Landeshaushalt – da gebe ich den Kollegen vollkommen Recht – liegt bei 2,3 Milliarden €.

(Beifall bei der FDP)

2,3 Milliarden € klaffen zwischen Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2005. Wir beruhigen uns damit, dass wir die Hälfte davon mit neuen Schulden abdecken, und für die andere Hälfte verkaufen wir Landesvermögen. Das ist keine Deckung des strukturellen Defizits.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb kann ich sagen: Karlheinz im Glück. Toll, es ist etwas verkauft worden. Gratulation. Aber das Problem ist bedauerlicherweise nicht gelöst. Es ist wiederum verschoben worden.

(Beifall bei der FDP)

Da passt die Äußerung des Herrn Finanzministers von vorhin ganz gut hinein, als er gesagt hat, es sei doch ein grandioser Erfolg dieser tollen Landesregierung, dass eine Steigerung der Neuverschuldung nicht mehr beantragt werden muss. Wenn wir mit diesen Schulden zufrieden sind, dann war das allerdings ein toller Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir damit zufrieden sind, dass die Verfassungsgrenze überschritten wird, dann war das ein toller Erfolg. – Nein, damit sind wir nicht zufrieden. Das ist kein Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Misserfolg der Landesregierung wird hier dokumentiert.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Fassen wir einmal zusammen, was wir hier vorliegen haben: Wir haben die bekannte Reihenfolge bestehend aus Abwarten, Abwarten und Abwarten vorliegen. Wir hoffen auf bessere Zeiten. Zweitens haben wir ein Alibiprogramm vorliegen, das gerade einmal 0,56 % an Einnahmeverbesserungen oder Ausgabenkürzungen gebracht hat. Letztlich haben wir eine Anpassung der Schulden. Dieser Dreiklang liegt hier wiederum vor. Das führt uns vonseiten der Liberalen zu dem Resümee: Der Haushalt war schlecht, der Nachtrag ist schlecht, und wir lehnen den Nachtrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) geht zum Rednerpult. – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt musst du es rausreißen! – Zu-

ruf von der CDU: Herr Präsident! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dürfen wir stören?)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Hahn, Sie dürfen alles. Ich habe nur etwas geprüft. – Herr Kollege Milde, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie mir das Wort geben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich hatte den Eindruck, der eine oder andere, insbesondere Herr Kahl, hat die falsche Rede mitgebracht. Es ist in diesen Zeiten doof, wenn man schon vier Wochen vor so einer Haushaltsdebatte die Rede schreibt.

(Reinhard Kahl (SPD): Gestern, Herr Kollege! Druckfrisch!)

Deswegen muss ich auch gleich am Anfang einmal sagen, dass dieses ganze Geschrei um den Nachtragshaushalt – das hat der Finanzminister auch deutlich gemacht – am Ende völlig überflüssig war. Wir kommen genau mit dem heraus, mit dem wir auch am Jahresanfang gestartet sind. Alle Prognosen, die der Finanzminister gegeben hat, sind eingetroffen. Wir kommen mit einem Haushalt heraus, den Sie so niemals für möglich gehalten haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Wenn ich die Opposition hier so reden höre, muss ich sagen: Insbesondere die rot-grüne Opposition – Herr Kahl, da gehören Sie auch dazu – gehört nicht gerade zu den Mutmachern in diesem Lande. Der Kollege Walter hat auch etwas betrübt geguckt. Es wäre doch angebracht, wenn wir versuchen würden, der momentanen Lage gerecht zu werden und ein bisschen Mut zu machen. Wir müssen die Probleme in unserem Lande nicht gerade ignorieren. Aber wir müssen auch einmal sagen, dass es den Menschen in Deutschland und insbesondere in Hessen gut geht und dass wir hier Perspektiven bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen doch auch, dass Unternehmen verstärkt nach Deutschland und nach Hessen schauen. Der Erfolg zeigt sich auch. Sie tun es. Wir wollen ein attraktives Bundesland für Bürger und Unternehmen sein. Wir sind das auch. Wir haben einen Spitzenplatz in der Wirtschafts- und Finanzkraft in Hessen erreicht – und das auch gerade dank dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Dass andere besser als unsere rot-grüne Opposition beurteilen können, wie die Möglichkeiten in Hessen sind, zeigt die Zahl der Direktinvestitionen pro Erwerbstätigem in Deutschland. Hier stehen wir an der Spitze. Das bedeutet, dass Unternehmen die Lage hier wesentlich besser einschätzen als Sie.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war aber auch die falsche Rede! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Wir haben heute zwei Reden. Wir reden über den Haushalt 2006, und wir reden über den Nachtrag.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nachher können wir noch ein bisschen heulen und Zähne klappern.

Konsolidieren und gleichzeitig modernisieren – unter diesem Motto hat Finanzminister Weimar den Nachtrag 2005 und den Haushalt 2006 vorgestellt. Das trifft den Nagel ziemlich genau auf den Kopf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das trifft direkt auf den Kopf!)

Wir investieren extrem zielgerichtet, Herr Kollege Kaufmann, in Bildung und Infrastruktur, in Schulen, in Hochschulen, in Straße und Schiene, in Kindergärten und Kultur. Noch nie hat es in der hessischen Geschichte so viel Unterricht gegeben, wie mit dem Haushalt 2005 jetzt unter dieser Regierung vereinbart.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir doch einmal zum Kern der Sache. Sie reden doch alle davon – auch der Kollege von der FDP macht das –, dass wir eigentlich strukturell ein viel höheres Defizit hätten und viel mehr machen müssten. Die Vorschläge, die Sie machen, sind außer bei populistischen Themen – da muss man einmal ganz realistisch sein – wie dem Schloss Erbach oder der Frankfurter Rennbahn keine Einsparvorschläge. Kein einziger Einsparvorschlag ist von Ihrer Seite gekommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt überhaupt nicht!)

Denn Sie wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und Sie schauen ein wenig neidisch dabei zu.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich möchte Ihnen noch einmal ganz kurz ein wenig die politischen Rahmenbedingungen erläutern.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Schmitt, im Moment kann man niemanden dafür beschimpfen oder verantwortlich machen. Herr Kollege, eigentlich sitzen hier im Raum nur noch potenzielle künftige Koalitionspartner. Wir hier sind jetzt doch alle Freunde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Beifall bei der FDP)

Ich will das jetzt vorsichtig formulieren. Wir sollten uns die Lage in Deutschland einmal genau anschauen. Herr Kollege Schmitt, aus heutiger Sicht würde ich das so formulieren. Vor acht Wochen hätte ich das noch anders ausgedrückt.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann reden Sie ein bisschen freundlicher über uns!)

Heute würde ich sagen: „Dank“ einer etwas unglücklichen Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der noch amtierenden Bundesregierung – von „Versagen auf ganzer Linie“ rede ich heute nicht mehr, das hätte ich vor zehn Wochen gemacht,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

das würde ich mich heute gar nicht mehr trauen – haben sich die Einnahmen des Bundes und der Länder weiterhin

dramatisch verschlechtert. Das können wir nicht wegdiskutieren. Das Wirtschaftsvolumen wird im Jahr 2005 nur um einen Wert zwischen 0,6 % und 0,8 % steigen. Die alte, jetzt abgewählte Bundesregierung – in Teilen wird sie auch die neue Bundesregierung sein – hatte hingegen einmal eine Steigerung um 1,6 % erwartet.

Die Steuerschätzung im Mai 2005 hat für Hessen für das Jahr 2005 Steuermindereinnahmen in Höhe von 330 Millionen € geschätzt. Möglicherweise wird es nicht ganz so schlimm werden. Die Zahlen hat Herr Finanzminister Weimar schon erläutert.

Bei den Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2005 ergaben sich Veränderungen, nämlich ein Minus von 9,2 %. Das sind die Rahmenbedingungen.

Das Problem bei der Körperschaftsteuer ist doch dieser jetzt immanent. Das war übrigens auch Gegenstand vieler Presseerklärungen Ihrer Fraktionen. Dies ist in der im Jahr 2000 erfolgten völlig verkorksten Reform der Körperschaftsteuer begründet. Wenn nicht diese Landesregierung – und hier insbesondere Finanzminister Karlheinz Weimar – dafür gesorgt hätte, dass die Folgen dieser verkorksten Körperschaftsteuerreform abgemildert worden wären, stünden wir jetzt noch viel schlechter da.

Ich will nur wenige Zahlen zum Vergleich nennen, will das aber tun, damit das einmal deutlich wird und damit auch die Bürger draußen im Lande einmal sehen, mit welchen Schwierigkeiten wir hier zu kämpfen haben. Während im ersten Halbjahr 2004 mit der Körperschaftsteuer noch Einnahmen in Höhe von 861 Millionen € erzielt wurden, mussten wir im ersten Halbjahr 2005, also im Vergleichszeitraum, 461 Millionen € auszahlen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Dabei geht es also um ein Defizit von etwa 1,3 Milliarden €. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir hier Politik gestalten müssen.

Die Steuereinnahmen des laufenden Jahres haben sich zum Ende hin deutlich verbessert. Das konnten Sie auch aus der Begründung des Gesetzentwurfs ersehen. Aber die Schwankungen, die da auch aufgezeigt wurden, belegen doch, dass es richtig ist, dass man nicht im April 2005 abschätzen kann, zu welchem Ergebnis man bei den Steuern kommen wird.

Herr Kollege Kaufmann, Sie reden immer von der Punktlandung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Finanzminister redet von der Punktlandung!)

– Sie reden immer von der Punktlandung. Natürlich wäre es am sichersten, wir würden am 31. – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst muss der Punkt gesetzt werden, dann erfolgt die Landung!)

– Genau, so ist es.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei dem, was Sie machen, ist das aber umgekehrt!)

Demnach müssten wir eigentlich am 31. Dezember 2005 den Nachtragshaushalt beschließen. Denn dann kennen wir die Zahl ganz genau. Dann würden wir eine absolute Punktlandung erzielen. Herr Kollege Kaufmann, ich kann

Ihnen schon heute zusichern: Wir werden auch in diesem Jahr am Jahresende wieder eine Punktlandung erreichen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

In diesem Haushalt hat es auch einige unvermeidbare Mehrausgaben gegeben. Über diese kann man durchaus reden. Dazu kann ich Ihnen Folgendes sagen: Ich finde, wir müssen uns bei den hessischen Bürgerinnen und Bürgern nicht dafür entschuldigen, dass wir für die Unterrichtsversorgung 23,4 Millionen € mehr ausgeben und damit Wort halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine Unterrichtsgarantie ist eine Unterrichtsgarantie. Das mag Sie ärgern. Wir aber nehmen das ernst. Denn uns sind die Kinder wichtig.

Im Zusammenhang damit, dass bei der Polizei die Treibstoffkosten um 2 Millionen € gestiegen sind, möchte ich daran erinnern, dass Sie in einem der Vorjahre darüber spekuliert hatten, ob der Polizei das Benzin ausgehen wird. Wenn der Preis für Treibstoff steigt, entstehen höhere Kosten. Das können wir, die Mitglieder der Regierungsfraktion, doch nicht beeinflussen.

Dass in der Justiz Mehrkosten in Höhe von 21,6 Millionen € entstanden sind, konnte am Anfang des Jahres nicht prognostiziert werden. Diese Mehrkosten waren auch unvermeidbar.

Dass wir beim BaföG 4,3 Millionen € weniger an Rückflüssen haben und dass 4 Millionen € mehr bei den Bürgschaften in Anspruch genommen wurden, ist doch ein Symbol für die wirtschaftliche Entwicklung, die wir in Deutschland haben. Auch diese Mehrkosten waren unvermeidbar.

Wir haben reagiert. Es ist doch nicht so, dass wir gar nichts gemacht haben. Die Ausgaben sinken doch. Sie haben doch prognostiziert, wir könnten machen, was wir wollen, die Ausgaben würden steigen. Die Ausgaben in diesem Haushalt sinken, und zwar nominal und prozentual. Die im Mai 2005 erlassene Haushaltssperre hat 78,3 Millionen € erbracht.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, das stimmt nicht!)

– Dass die Ausgaben sinken, hat sogar der Kollege von der FDP gesagt.

(Michael Denzin (FDP): Herr von Hunnius! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Roland von Hunnius heißt er!)

Ich möchte jetzt auf die „Operation sichere Zukunft“ zu sprechen kommen. Wir haben in den vergangenen Jahren wirklich bis an die Schmerzgrenze gespart. Das geschah zur Schadenfreude der Mitglieder der Opposition. Wir haben überall da gespart, wo immer es realistische Einsparmöglichkeiten gab.

(Norbert Schmitt (SPD): Was ist mit SAP?)

Wir haben gespart, ohne die Infrastruktur und die Zukunftsfähigkeit des Landes infrage zu stellen.

(Norbert Schmitt (SPD): Vor allem geschah dies bei SAP! Das haben wir gesehen!)

– Auf SAP werde ich noch zu sprechen kommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist gut!)

„Sparen heißt, einen Handel für die Zukunft abzuschließen.“ So hat das George Bernard Shaw einmal ausge-

drückt. Genau darum ging es uns bei der „Operation sichere Zukunft“, die uns nachdrücklich entlastet hat. In diesem Haushaltsjahr werden es rund 600 Millionen € sein. Sie haben immer davon gesprochen, die „Operation sichere Zukunft“ sei nicht erfolgreich gewesen. Wir haben dadurch 600 Millionen € weniger Schulden machen müssen, ohne dass wir damit auch nur ansatzweise die Infrastruktur dieses Landes in Gefahr gebracht hätten.

Ich möchte das auch gerade im Zusammenhang mit diesem Nachtragshaushaltsgesetzentwurf als einen großen Erfolg der Landesregierung bezeichnen. Wenn Sie es wollen, könnte man das auch als einen Erfolg der Mitglieder der Regierungsfraktion bezeichnen. Denn es waren unsere Kolleginnen und Kollegen, die das ausbaden mussten. Sie wurden von Ihnen vor Ort dafür beschimpft, dass wir Maßnahmen durchgesetzt haben, die zur strukturellen Entlastung des Haushalts geführt haben. Deswegen kann diese Leistung der CDU-Landtagsfraktion und jedes einzelnen Abgeordneten dieser Landtagsfraktion nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du ahnst es nicht!)

Wenn man sich das in Deutschland bewusst anguckt, erkennt man, dass die „Operation sichere Zukunft“ ein Erfolgsmodell ist. Alle anderen Länder machen das inzwischen nach. Herr Kollege Al-Wazir braucht da gar nicht so ungläubig zu gucken. Sie sollten einmal durch die Gegend fahren. Alle anderen Bundesländer haben das nachgemacht, und zwar unabhängig von der Zusammensetzung ihrer Regierung. Rot-grüne Regierungen gibt es nicht mehr.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber die von Rot, von Rot-Rot, die von Rot-Gelb und auch die von Schwarz regierten Bundesländer haben das nachgemacht. Wir hätten uns diese Idee patentieren lassen sollen. Sie war nämlich sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Da kann man auch einmal klatschen. – Gegen alle Widerstände setzen wir gerade beim Personalabbau und bei der Verschlinkung des Staates das um, wovon Herr Jordan einmal träumte. Während rot-grüner Regierungszeit hat er aber niemals eine Mehrheit in diesem Hause dafür gefunden. Sie hatten damals die Mehrheit und ihn das nicht umsetzen lassen.

Gleichzeitig hat die Landesregierung auch eines klargestellt – ich denke, das sollten wir uns angesichts der Debatte, die in Berlin im Moment um die Einsparungen geführt wird, verdeutlichen –: Bei der „Operation sichere Zukunft“ handelte es sich um einen einmaligen Kraftakt. So etwas kann nur einmalig sein. Damit hat Hessen das von ihm direkt und unmittelbar beeinflussbare Konsolidierungspotenzial des Landeshaushalts zielsicher ausgeschöpft.

Dazu will ich noch einmal Folgendes sagen: In den vorhergehenden Jahren war das völlig anders. Wir reden doch heute nur noch über kleinere Beträge in Millionen-Euro-Höhe, die in der politischen Diskussion zur Disposition gestellt werden können. Grundsätzlich sind die Einsparpotenziale doch ausgeschöpft. Die Spielräume, die in den Haushalten früherer Jahre vorhanden waren und die Sie mit Ihren Nachtragshaushalten immer nutzen mussten – da mussten Sie dann auch einsparen –, gibt es heute alle

nicht mehr. Teilweise haben Sie mehr als 100 Millionen € beim öffentlichen Personennahverkehr eingespart. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in allen Haushalten heute schon so stark gespart wird, dass keine Spielräume mehr vorhanden sind, um während eines laufenden Haushaltsjahrs weiter einzusparen. Ich sage voraus: Das gilt auch für neue Haushaltsjahre.

Wir werden trotz des Sparpakets weiter Schwerpunkte bei der Bildung, der Wissenschaft, der Forschung, der Wirtschaft und der inneren Sicherheit setzen. Wir werden da einiges voranbringen.

Beim Wohngeld haben wir 30 Millionen € weniger Einnahmen. Das können wir nicht beeinflussen.

Aber wir haben einen großen Brocken, der sich aus dem Erlös aus dem Verkauf der Immobilien ergibt. Dazu will ich doch wenigstens noch ein paar Worte sagen.

Sie alle haben das immer in Zweifel gezogen: Wir haben nicht nur einen Erlös von 800 Millionen € erreicht. Vielmehr konnten wir sogar Mehreinnahmen in Höhe von 270 Millionen € erzielen.

Sie haben in Ihrer Presseerklärung mitgeteilt, die Mieten würden höher sein, als man Zinsen für den entsprechenden Betrag aufbringen müsste. Dabei geben Sie aber selbst zu, dass der Mietaufwand nur marginal höher liegt, als man hätte an Zinsen zahlen müssen. Dazu muss ich Ihnen Folgendes sagen: Sie können Ausgaben für Zinsen und Mieten nicht unmittelbar miteinander vergleichen.

Die Landesregierung hatte auch nicht das Ziel, am Kreditmarkt Geld aufzunehmen. Das Geld wollte man nicht aufnehmen. Es war das Ziel, sich von diesen Landesimmobilien zu trennen. Denn es ist keine Aufgabe des Landes, Immobilien zu bewirtschaften.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber es ist eine Aufgabe des Landes, auf 30 Jahre angelegte Mietverträge einzugehen!)

Sie müssen bei den Mieten, die wir bezahlen, einberechnen, dass wir dafür auch noch andere Leistungen erhalten. Künftig werden wir, so sagt der Finanzminister es immer, das Gebäude mit dem Schlüssel aufschließen. Wir werden dann in gemietete Räume kommen. Wenn das Licht dort kaputt ist, können wir den Hausmeister anrufen. Der muss das dann reparieren. Das erfolgt dann nicht auf unsere Kosten, sondern auf Kosten des Vermieters.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn du umziehen willst, musst du die Räume weiter bezahlen!)

Das Konzept ist richtig. Es handelt sich um ein Erfolgskonzept.

(Norbert Schmitt (SPD): 55 Millionen € Miete müssen Sie pro Jahr bezahlen!)

Wir können jetzt 54 Millionen € in die „Zukunftsoffensive Hessen“ stecken. Das ist gut.

Natürlich haben wir genau überlegt, bei welchen Objekten es sinnvoll ist, sie auf 15 Jahren zu mieten, und bei welchen Objekten es richtig ist, Mietverträge über 30 Jahre abzuschließen. Bei den Objekten, bei denen wir Mietverträge über 30 Jahre abgeschlossen haben, besteht keinerlei Absicht, sie in den nächsten Jahren zu verlassen.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Ich glaube, das geschah in den Achtzigerjahren unter einer rot-grünen Regierung. Frau Kollegin Wagner hat mich noch einmal darauf hin-

gewiesen. Damals haben genau die, die heute schreien, im Aufgabengebiet des Wissenschaftsministeriums eine solche Transaktion durchgeführt. Auch damals wurde ein Gebäude verkauft, das bis heute zurückgemietet wird. So ganz falsch kann das auch damals nicht gewesen sein, obwohl Sie damals nicht so viel haben erwirtschaften können.

Nach dem aktuellen Stand wird es insgesamt zu einer höheren Neuverschuldung im Umfang von 95 Millionen € kommen. Sie haben gehört, dass die Monate September und Oktober 2005 überdurchschnittlich gut waren. Wir haben bei dem Verkauf der Immobilien einen höheren Ertrag erzielt, als zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtragshaushaltsgesetzesentwurfs eingeplant wurde. Möglicherweise werden wir bis zum Jahresende ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung auskommen. Das wird natürlich in den Nachtragshaushaltsgesetzesentwurf eingearbeitet werden.

Ich möchte schon noch einmal Folgendes sagen, damit die Menschen nicht immer denken, wir würden in Hessen in einem Land leben, das pleite ist, während es rundherum allen anderen gut gehen würde. Solche Strukturen finden wir überall vor.

Ich will Ihnen dazu noch einmal in Erinnerung rufen, was ich schon zuletzt hier einmal gesagt habe:

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Sie müssen das aber in Kurzfassung sagen, denn Ihre Redezeit ist erschöpft.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Wir zahlen deutlich mehr in den Länderfinanzausgleich ein, als wir Schulden machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Schon wieder diese Platte! – Reinhard Kahl (SPD):
Die Einzahlungen gehen aber deutlich nach unten!)

Wir sind also ein finanzstarkes Land. In Hessen wird finanziell solide gewirtschaftet.

Sie haben keine Alternativen aufzeigen können. Wir werden vom Jahr 1999 bis zum Jahr 2006 – diese Zahl wollte ich noch einmal nennen – 10,5 Milliarden € Schulden machen. Wir werden dann aber 16,5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, sagen Sie den Menschen, was sie wirklich – –

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt wirklich erschöpft.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Die Bürger wollen, dass wir die Probleme gemeinsam angehen und gemeinsam lösen. Notfalls können wir es aber auch allein, wie der Nachtrag zeigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Alles wird wieder gut!)

Präsident Norbert Kartmann:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde dem Kollegen Milde einen schönen Film auf DVD schenken, die „Truman Show“, weil der Protagonist dieses Filmes auch in einer Scheinwelt lebt. Allerdings gibt es einen Unterschied. Er merkt irgendwann, dass es eine Scheinwelt ist, und geht nicht mehr freiwillig immer tiefer in diese Scheinwelt hinein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber, verehrter Herr Kollege Milde, wie kann es sein, dass man angesichts einer solchen Bilanz und eines solchen Nachtragshaushalts seine Rede mit den Worten „uns geht es allen gut“ beginnt? Das verstehe ich nicht. Ich verstehe es wirklich nicht. Vor allem verstehe ich das nicht, wenn der Ministerpräsident gleichzeitig erklärt, dass kollektives Heulen und Zähneklappern angesagt ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das kommt erst noch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Roland Koch hat seit 1999 in seiner Verantwortung das Land Hessen dermaßen ruiniert, dass wir uns noch nicht einmal mehr ein Gebiss leisten können, mit dem wir klappern könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der klaut unseren Witz!)

Dann stellen Sie sich hierhin und sagen, es sei alles in Ordnung. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

Ein Punkt geht mir allerdings wirklich gegen den Strich, und deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet: der Immobilienverkauf.

(Weitere Zurufe von der CDU – Minister Karlheinz Weimar: Jetzt kommt der Fachmann!)

– Ja, Herr Kollege Weimar. – Wenn wir schon das machen würden, was wir allemal gemeinsam hier angefangen haben – –

(Michael Boddenberg (CDU): Machen Sie vernünftige Sparvorschläge! Es ist doch nur heiße Luft, was Sie hier produzieren!)

– Mit den Sparvorschlägen wäre ich ein bisschen vorsichtig. Ich würde gerne darauf antworten, aber ich habe nur zwei Minuten.

Präsident Norbert Kartmann:

Nicht mehr.

(Heiterkeit)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Jetzt nicht mehr. – Zu den Immobilien noch einen Satz. Wenn wir schon kaufmännisch buchen würden, was wir alle miteinander wollen und womit wir im Jahr 2006 anfangen, und nicht kameralistisch, dann würde der Betrug auffallen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dann würde auffallen, dass es ein strukturelles Defizit gibt. Sie machen nichts anderes, als Landesvermögen zu verschleudern. Das fällt deshalb nicht auf, weil es bisher nicht als Vermögen im Haushalt steht.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Man kann dazu nicht sagen, das sei eine erfolgreiche Politik. Herr Milde, ich habe Sie bisher als Finanzpolitiker ernst genommen. Bitte kommen Sie noch einmal hierher und sorgen Sie dafür, dass ich das weiter tun kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung vollzogen. Wir werden diesen Nachtragshaushalt zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuss überweisen. Widerspricht dem jemand? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun **Punkt 2** auf:

a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 16/4584 –

b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006 – Drucks. 16/4585 –

c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2005 bis 2009 – Drucks. 16/4586 –

Dazu rufen wir **Punkt 3**:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kürzung des Arbeitslosenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen – Drucks. 16/4462 –

sowie **Punkt 4** auf:

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Heulen und Zähneklappern des Ministerpräsidenten – Drucks. 16/4593 –

Meine Damen und Herren, die vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten je Fraktion, nachdem eingebracht worden ist. Zur Einbringung des Haushalts erteile ich dem Hessischen Minister der Finanzen, Herrn Weimar, das Wort.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein bisschen mehr Emphase jetzt!)

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Seien Sie vorsichtig. Wenn ich das bringe, dann wird es ärgerlich nach dem, was hier bisher gesagt worden ist. Aber es darf von dieser Stelle aus jeder jeden Unsinn verzapfen, Herr Al-Wazir. Das gehört zu den Regeln des Parlamentarismus, und das ist auch nicht mein Thema.

(Jürgen Walter (SPD): Sie stehen jetzt wieder da, um Unsinn zu verzapfen! Gibt es jetzt Entschuldigungen für diesen Unsinn?)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsentwurf

2006, die mittelfristige Finanzplanung 2005 bis 2009 sowie das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006 vor. Diese Gesetzeswerke mussten wie auch der Nachtrag 2005 vor dem Hintergrund der seit 2002 offen zutage getretenen schweren, ich sage sogar: schwersten, Strukturkrise in Deutschland erstellt werden. Diese Krise hat – unser Land Hessen ist hier leider keine Ausnahme – unbestreitbar mittlerweile sehr tiefe Spuren in allen öffentlichen Haushalten hinterlassen.

Ich darf gleich dazu sagen: Deswegen bin ich immer etwas fasziniert, wie auf den unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Konstellationen bei dieser Ausgangsposition Thesen vertreten werden, die mit der Realität in Deutschland gerade gar nichts mehr zu tun haben. Wir müssen in der jetzigen Situation doch damit fertig werden, dass wir seit einigen Jahren strukturelle Defizite haben, die in beachtliche Größenordnungen wachsen und mit denen jeder fertig werden muss.

Meine Damen und Herren, dieses Land Hessen ist ungewöhnlich gut mit diesen Dingen fertig geworden. Ich appelliere an dieser Stelle einmal an die Opposition, daran zu denken, dass wir alle zusammen eine Verpflichtung haben, Hessen in der Außenwirkung der Bundesrepublik Deutschland so darzustellen, wie es ist und wie es die hessischen Bürgerinnen und Bürgern, die das erwirtschaften, auch verdient haben. Man kann dieses Land nicht dauernd herunterreden, sondern man muss auch einmal akzeptieren, dass dieses Land Hessen in schwierigen Rahmenbedingungen, die nicht von uns gesetzt worden sind, bisher prima über die Runden gekommen ist und hervorragende Möglichkeiten und Chancen für die Zukunft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ich das Argument höre, die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich seien heruntergegangen, dann sage ich Ihnen gleich, wie es nächstes Jahr sein wird. Hessen bezahlt pro Kopf nach wie vor mit Abstand am meisten in den Länderfinanzausgleich.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber nicht absolut!)

Das liegt daran, dass wir so stark sind, dass Hessen so gut ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum machen Sie so viele Schulden?)

Deswegen muss man daraus etwas Positives machen.

(Beifall bei der CDU)

Auf der einen Seite ist es ärgerlich, dass wir so viel Geld abgeben müssen. Auf der anderen Seite stehen wir solidarisch zur Bundesrepublik Deutschland, zum bündischen Verständnis unserer Verfassung. Aber wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, Hessen sei ein Jammertal, während wir die anderen zu einem beachtlichen Teil mitfinanzieren, dann muss ich sagen: Hören Sie auf mit diesem Unsinn, und erzählen Sie, dass Hessen ein prima Land ist und dass wir das bisher in schwersten Zeiten gut über die Runden gebracht haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, gleichwohl soll dieser nach wie vor gültige Befund der schweren Krise nicht den Blick darauf verstellen, dass sich, bei allen Problemen, nach vier Jahren Niedergang erstmals die echte Möglichkeit einer Wendung zum Besseren abzeichnet. Ich bin in der Tat der

Auffassung, dass mittlerweile ein erstes Licht am Ende des Tunnels und dieser schwierigen Zeit zu sehen ist, und zwar insbesondere für Hessen.

Der Grund für meine vorsichtige optimistische Einschätzung liegt, wie ich nachher noch genauer erläutern werde, vor allem in der Ausgabenseite. Dort zeigen die von dieser Landesregierung insbesondere im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ gegen heftigsten Widerstand der linken Seite hier im Haus ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen zunehmend ihre Wirkung.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, wo wir wären, wenn wir nicht den Mut gehabt hätten, die „Operation sichere Zukunft“ in diesem Lande durchzuführen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo wären wir mit einem besseren Finanzminister?)

Wo wären wir finanziell? Es ist doch scheinheilig, hier zu fordern, dass man sparen soll. Aber dort, wo wir ein beispielhaftes Programm aufgelegt haben, um zu sparen, damit das Land nachhaltig in eine bessere finanzielle Situation kommt, sind Sie dagegen. Das passt doch nicht zusammen, keinen Vorschlag zum Sparen zu machen, die „Operation sichere Zukunft“ zu verteufeln und gleichzeitig zu erklären, es müsste mehr im Haushalt gemacht werden. Das passt vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen kann man diese Kritik nicht ernst nehmen, weil sie uns substanzuell nicht voranbringen würde, wenn man nur annähernd dem folgen würde, was vorgetragen wird.

Meine Damen und Herren, werden auf Bundesebene die richtigen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung, die richtigen Entscheidungen im Bereich der Steuerpolitik getroffen, dann besteht, so meine ich, durchaus Anlass zur Hoffnung, dass sich die Dinge in Deutschland, aber insbesondere auch in Hessen, besser entwickeln können, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

Zu den Rahmenbedingungen. Die schwierigen Rahmenbedingungen, auf deren Basis der Nachtragshaushalt für dieses Jahr, der Haushalt für das kommende Jahr sowie die Finanzplanung erstellt werden, dürften mittlerweile weitgehend bekannt sein. Sie prägen derzeit maßgeblich das Bild der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene und sind auch hier im Landtag schon mehrfach ausführlich diskutiert worden – ich sage einmal dazu: ohne erkennbare Resonanz dahin gehend, dass die Opposition versucht hätte, diesen Blickwinkel zu übernehmen.

Ich denke daher, dass einige wenige Punkte genügen, um Ihnen das Ausmaß der wirtschaftlichen und finanziellen Schiefelage in Deutschland vor Augen zu führen.

Erstens. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist trotz einer intakten weltwirtschaftlichen Dynamik nach wie vor schwach. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts lag bei 0,6 % in den letzten Jahren. Damit sind wir international absolutes Schlusslicht. Auch für 2005 und 2006 mussten die Wirtschaftsdaten bisher nach unten korrigiert werden.

Zweitens. Die Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt ist trotz aller bisherigen Bemühungen nicht erkennbar. Im Gegenteil, die Arbeitslosenzahl verharrt auf einem sehr hohen Niveau. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist weiterhin rückläufig. Allein zwischen Juli 2004 und Juli 2005 sind über 400.000 solcher Beschäftigungsverhältnisse verloren gegangen.

(Jürgen Walter (SPD): Wieso ist das in Hessen noch schlechter?)

Auch wenn ich mitbekommen habe, dass wir jetzt alle Freunde sind, muss ich an dieser Stelle sagen: Die Bundesregierung und insbesondere die Sozialdemokraten sind in erheblichem Umfang dafür verantwortlich, dass dies so gekommen ist und wir die entsprechenden Folgen zu tragen haben.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Warum ist es in Hessen schlechter?)

Drittens. Die Steuereinnahmen in Deutschland bleiben aus konjunkturellen, vor allem aber auch aus strukturellen Gründen Jahr für Jahr weit hinter den Erwartungen zurück. Im Jahre 2001 sind für das Jahr 2005 90 Milliarden € Steuereinnahmen mehr geschätzt worden. Ich betone das: 90 Milliarden €, und das bei einem normalen Verlauf der konjunkturellen Entwicklung und der Arbeitsplatzentwicklung. Nur ist das leider nicht eingetreten, und zwar deshalb, weil gravierende politische Fehler gemacht worden sind. Wenn unser Ministerpräsident jetzt in Berlin für Deutschland und für Hessen kämpft, dann trägt er dazu bei, dass dieser Unsinn, der von Rot-Grün über Jahre gemacht worden ist, in irgendeiner Weise jetzt in vernünftige Bahnen gelenkt wird.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird es unverschämt! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das ist ausgesprochen wichtig und im Interesse dieses Landes.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie doch selbst nicht! – Norbert Schmitt (SPD): Das ist das erste Mal, dass Koch für das Land kämpft! Er hat sonst immer nur für sich gekämpft!)

Viertens. Wir haben in Deutschland einen dramatischen Anstieg der Verschuldung zu verzeichnen. Die Defizite der Gebietskörperschaften summierten sich allein zwischen 2002 und 2004 auf insgesamt über 195 Milliarden €. Für dieses Jahr muss in Deutschland mit einem Defizit von bis zu 70 Milliarden € gerechnet werden, und ohne umfangreiche Gegenmaßnahmen wird sich dieser Wert auch im kommenden Jahr nicht spürbar verringern.

Mittlerweile ist es unstrittig, dass 35 Milliarden € eingespart werden müssen, um das Maastricht-Kriterium im Jahr 2007 einhalten zu können. Dabei sprechen wir aber von einer Basis von 64 bis 65 Milliarden €, wenn es um die Verschuldung des Bundeshaushalts geht. Wir reden von Veräußerungserlösen in Höhe von 33 Milliarden €, die Bundesfinanzminister Eichel für dieses und nächstes Jahr noch eingesetzt hat.

(Ministerpräsident Roland Koch: Für nächstes Jahr!)

– Für nächstes Jahr. – Dann ist buchstäblich nichts mehr da.

(Norbert Schmitt (SPD): Ministerien haben wir noch!)

Dann werden noch Pensionsforderungen verkauft. Indem wir Immobilien verkaufen, machen wir ein gutes Geschäft, und das ist auch strategisch richtig. Andere Bundesländer werden das sukzessive nachmachen, weil sie gesehen haben, wie gut dieses Geschäft insgesamt ist.

Das möchte ich einmal in Relation zu der Strategie setzen, Pensionsforderungen bzw. Forderungen überhaupt mit riesengroßen Abschlägen zu verkaufen und dann zu sagen: Damit saniere ich den Haushalt. – So kann man das Geld hinauswerfen.

Der Immobilienverkauf wird von der Industrie, den Bundesländern und auch auf internationaler Ebene betrieben. Unser Projekt gilt national und international als der Eisbrecher dafür, wie man so etwas mit großem Know-how erfolgreich durchführt. Das ist eine kluge, vorausschauende Politik, die die Kernkompetenzen eines Landes auf die Dauer stärkt und es bei dem entlastet, was Geld kostet.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Das gilt aber nicht für das, was in Berlin gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir brauchen uns an dieser Stelle nicht zu verstecken. In Berlin ist sieben Jahre lang Unsinn hoch zwei gemacht worden. Jetzt helfen wir mit, diesen Laden auszumisten. Dann wird hier die These aufgestellt, in Hessen werde schlechte Finanzpolitik betrieben. Im Gegenteil, wir haben uns in diesem Umfeld hervorragend gehalten und werden das auch weiter tun.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss möchte ich sagen, dass wir in diesem Jahr bei den öffentlichen Haushalten ein Defizit von rund 70 Milliarden € feststellen. Im Jahr 2001 wurden die Steuereinnahmen um 90 Milliarden € höher geschätzt. In diesem Jahr fehlen wahrscheinlich 70 Milliarden €. Das heißt, wenn ab dem Jahr 2001 eine vernünftige Steuer- und Wirtschaftspolitik betrieben worden wäre und Steuern in der Höhe eingegangen wären, wie sie damals innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung geschätzt worden waren, hätten wir bei den öffentlichen Haushalten überhaupt kein Problem.

Die Causa, die dem zugrunde liegt, besteht doch darin, dass wir diese Entwicklungen vor uns haben. Das muss dringend korrigiert werden, damit wir durch das Wirtschaftswachstum auch wieder zu den entsprechenden Einnahmen kommen und die öffentlichen Haushalte auf diesem Weg sanieren können. Gleichzeitig müssen wir sie aber auch sanieren, indem wir an jeder Stelle fragen, ob Einsparungen möglich sind.

In dem Zusammenhang muss ich Ihnen noch einmal sagen: Die „Operation sichere Zukunft“ mit ihrer kraftvollen Art und Weise,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahnsinn!)

in die Bestände einzuschneiden, die politische Kraft, dies mit der CDU-Landtagsfraktion durchzusetzen, obwohl wir unter erheblichem Druck stehen, und die Folgen der Tatsache, dass wir das Land jedes Jahr um 500 Millionen € – mit steigender Tendenz – strukturell entlastet haben, zeigen, dass das geht.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es zeigt, dass die Hessen Erfahrung bei der Behandlung solcher Fragen haben und dass wir durchaus sagen können: Wir haben einen Anspruch darauf, an dieser Diskus-

sion teilzunehmen, weil wir wissen, wie das geht und wie man einen erfolgreichen Weg beschreiten kann.

Es bedeutet, dass wir sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um das Bild Deutschlands wieder aufzuhehlen. Angesichts der Entwicklung auf Bundesebene bin ich jedoch verhalten optimistisch, dass die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden, die dafür sorgen, dass es in den kommenden Jahren in Deutschland wieder aufwärts geht. Was Steuern und Finanzen angeht, setze ich besonders auf unseren Ministerpräsidenten.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus setze ich auf Silke Lautenschläger, die auf dem Sektor Arbeit in erheblichem Umfang mitwirkt. Eigentlich setze ich auf viele Kabinettsmitglieder, die sich in ihren jeweiligen Fachbereichen dafür einsetzen. Ich glaube, da können wir unseren Beitrag leisten.

Es liegt aber ein mühsamer Weg vor uns. Wir dürfen nicht vergessen, dass der internationale Wettbewerb, in dem wir uns behaupten müssen, immer stärker wird und uns zunehmend mehr abverlangt. Das heißt, wir müssen nicht nur einfach besser werden, sondern wir müssen erheblich besser werden, um in diesem Wettbewerb bestehen zu können. Es wird daher Jahre dauern, bis wir wirklich davon sprechen können, dass zumindest die finanziellen Auswirkungen der Strukturkrise in Deutschland tatsächlich überwunden sind. Dies bedeutet für uns: weiter angestrengt sparen und die Wirtschaft auf Wachstumskurs bringen.

Die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen strahlen in hohem Maße auf die Bundesländer ab. Die Entwicklung dort verläuft nahezu spiegelbildlich zu der im Bund: Beinahe alle Länderhaushalte leiden unter dem unzureichendem Wachstum, der hohen Arbeitslosigkeit, den fehlenden Steuereinnahmen sowie der dadurch wachsenden Verschuldung. Das gilt auch deshalb, weil man sich dem Negativsog, dem man ausgesetzt ist, nicht ohne weiteres entziehen kann.

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir mit der „Operation sichere Zukunft“ im Jahr 2004 1 Milliarde 66 Millionen € eingespart haben. Bei weit über 500 Millionen € ging es um strukturelle Einsparungen. Diese Summe wird sich jedes Jahr deutlich erhöhen. Wir haben damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass das Wachstum der Ausgaben zwischen 2002 und 2005 auf jahresdurchschnittlich 0,6 % begrenzt werden konnte. Das ist eine ausgesprochen gute Leistung, die, wann immer gesagt wird: „Wir müssen sparen, sparen, sparen“, darauf hindeutet, dass diese Landesregierung tatsächlich spart, spart und spart. Eine solche Entwicklung auf der Ausgabenseite – ohne LFA – ist überzeugend.

Es ist jedoch so, dass das Konsolidierungspotenzial, was die großen Punkte betrifft, nahezu ausgeschöpft ist. Zwar sind weitere Sparbemühungen unerlässlich, und die Landesregierung wird diese insbesondere durch Mobilisierungsmaßnahmen und Prozessoptimierungen kurzfristig vorantreiben. Tiefer gehende Einschnitte in den Landeshaushalt sind jedoch kaum mehr möglich, wenn wir nicht die Leistungsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Landes in unverantwortlicher Weise beeinträchtigen wollen. Es ist aus unserer Sicht eben nicht vertretbar, auf die Einstellung von Lehrern, Polizisten und Steuerbeamten zu verzichten. Es ist aus unserer Sicht auch nicht vertretbar, die sächlichen Verwaltungsausgaben zu kürzen, so dass z. B. die Fahrbereitschaft der Polizei infrage gestellt

ist oder der notwendige Bauunterhalt nicht mehr gesichert wird.

Für uns kommt nicht in Betracht, Einschnitte beim Hochschulpakt oder bei der Forschungsförderung vorzunehmen. Nach der „Operation sichere Zukunft“ ist ein Spielraum für weitere Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen ebenfalls nicht mehr vorhanden, weil dies der notwendigen sozialen Infrastruktur in diesem Land abträglich wäre. Im Übrigen scheiden auch Kürzungen bei den Investitionsausgaben aus, weil dies dem Wirtschaftsstandort Hessen schadet. Im Gegenteil, wir werden die Investitionsausgaben sogar erhöhen, weil dies die richtige Antwort auf die Probleme unserer Zeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Interessanterweise scheint mittlerweile auch bei Teilen der Opposition, insbesondere bei Herrn Kollegen Walter, die Einsicht zu reifen, dass die Möglichkeiten des Landes, die bestehende Haushaltslücke aus eigener Kraft zu schließen, äußerst begrenzt sind.

(Jürgen Walter (SPD): Das haben wir nie bestritten!)

Ich bin froh über diese Erkenntnis, weil ich denke, dass dadurch die finanzpolitische Diskussion deutlich an Profil gewinnt und sich damit die Chancen für eine neue Sachlichkeit in einer ohnehin ausgesprochenen schwierigen Debatte deutlich verbessern.

Bei allen Schwierigkeiten, die wir haben, möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass wir in Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern nach wie vor außerordentlich gut positioniert sind. In dem allgemeinen Lamentieren über unser Land durch die Opposition geht das manchmal ein wenig unter.

Betrachtet man beispielsweise die Nettokreditaufnahme der Länder je Einwohner im Jahr 2005, stellt man fest, dass wir mit einem Wert von 201 € derzeit nur ganz knapp hinter dem im Länderranking drittplatzierten Baden-Württemberg liegen, das 186 € pro Einwohner aufweist. Ich würde mich nicht wundern, wenn wir bis zum Ende des Jahres Baden-Württemberg noch überholten. Ich bin durchaus optimistisch.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass uns die Entwicklung der Steuereinnahmen bis zum Ende des Jahres keinen Strich durch die Rechnung macht. Im Länderranking ist der dritte Platz von 16 also durchaus möglich. Vom Bund wollen wir erst gar nicht reden. Angesichts der Höhe der Verschuldung des Bundes sieht man, wie günstig wir derzeit liegen – und das trotz der Höhe der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich.

Bei einem Blick auf die geplante Nettokreditaufnahme in den anderen Ländern zeigt sich, dass Hessen eine Pro-Kopf-Verschuldung aufweist, die uns, gemessen an der Situation in den anderen Ländern, noch sehr gut dastehen lässt. Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand liegt die Pro-Kopf-Verschuldung des im Ländervergleich direkt hinter uns liegenden Rheinland-Pfalz bereits um 50 € über der hessischen. Im ehemals SPD-regierten Nordrhein-Westfalen ist die Neuverschuldung mit 409 € je Einwohner sogar mehr als doppelt so hoch wie bei uns in Hessen. Ich denke, diese Zahlen zeigen: Hessen ist nicht das Jammertal der Republik, als das es die Opposition immer darzustellen versucht.

(Norbert Schmitt (SPD): Weil die Vorgängerregierung gespart hat!)

Auch beim Schuldenstand je Einwohner braucht sich Hessen nicht zu verstecken. Bezogen auf den 31.12.2004 liegt Hessen mit einem Wert von 4.700 € auf dem vierten Platz aller Länder und somit deutlich unter dem Länderdurchschnitt. Bereits die direkt hinter uns liegenden Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben je Einwohner einen um 972 € bzw. 1.027 € höheren Schuldenstand. In Schleswig-Holstein liegt der entsprechende Wert sogar um 2.235 € über dem hessischen Niveau.

Sollte es gleichwohl immer noch welche geben, die die hessischen Anstrengungen und Erfolge bezweifeln, bitte ich sie jetzt, aufzupassen. Das gilt insbesondere für die Opposition, die die Anstrengungen und Erfolge bezweifelt. Diese darf ich auf das jüngste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit dem Thema „Zur finanziellen Stabilität des deutschen Föderalstaats“ verweisen. Auf Seite 26 dieses Gutachtens steht – hören Sie genau hin –:

Zwölf Bundesländer und der Bund haben sich zu stark verschuldet. Einige Bundesländer, so Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen, haben eine nachhaltige Finanzpolitik betrieben.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Auftraggeber dieses Gutachtens war der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, nicht aber die Hessische Landesregierung. – So viel zum Thema Finanzpolitik in Hessen.

Ich finde, dass man es nicht besser darstellen kann. Vielleicht setzen Sie sich mit den Sachverständigen in Verbindung, damit Sie es von ihnen erklärt bekommen. Vielleicht glauben Sie denen ein bisschen mehr, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik betrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Nein! Das glaube ich ihnen auch nicht! Nachhaltig verkauft! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Sie sind aufgeregt, aber ich kann es nicht ändern, dass solche Gutachten vorgelegt werden. Die Teilnehmer des Rates sind das Who's who der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ich rate Ihnen dazu, in das Gutachten zu gucken. Das können Sie auch von mir haben. Das ist überhaupt kein Problem.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, im Übrigen muss auch immer wieder daran erinnert werden, dass wir in Hessen trotz der mittlerweile mit dem neuen Finanzausgleichssystem erreichten Verbesserungen in besonderem Maße durch den Länderfinanzausgleich belastet sind. Stellt man beispielsweise die kumulierte Neuverschuldung der Jahre 1999 bis 2006 in Höhe von 10,5 Milliarden € – derzeitige Planung; ich denke, damit können wir noch etwas nach unten gehen – den Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich im gleichen Zeitraum in Höhe von knapp 16,6 Milliarden € gegenüber, dann wird doch sehr eindrucksvoll deutlich, wodurch zumindest ein Teil unserer finanziellen Probleme im Land begründet ist, aber auch wie leistungsfähig dieses Land gegenüber anderen Bundesländern ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Minister, war das schon immer so?)

Diese Sache hat sich erst in den letzten Jahren ergeben. Früher lagen die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich

im Durchschnitt etwas unter dem Betrag der Neuverschuldung. In den letzten Jahren lagen die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich deutlich über dem Betrag der Neuverschuldung.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Von daher stellt sich die Frage, ob wir den Pakt ... – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen wir einen Dialog auf?)

Wenn wir sehen, dass zwölf nehmen und vier geben, dann ist es mit den Mehrheiten ausgesprochen schwierig.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Bundestagswahl bietet jetzt die Chance, dass wir neu anfangen können, dass in den kommenden Monaten einige strukturell richtige Entscheidungen getroffen werden, die uns wenigstens weiterhelfen können. Die 35 Milliarden €, die wir zur Gesundung der öffentlichen Finanzen bis zum Jahr 2007 wenigstens als Einsparpotenzial brauchen, sind zum Teil dadurch darstellbar, dass die Koch-Steinbrück-Initiative – Subventionsabbau sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite – konsequent weiterzugehen hat.

Meine Damen und Herren, wenn ich immer höre, das Land Hessen hätte nichts dazu beigetragen: Wer hat denn das meiste zum Subventionsabbau beigetragen? Wir mit der Koch-Steinbrück-Liste. Wir haben nicht nur die Liste geliefert, sondern auch das Handwerkszeug. Alle Beteiligten bei den jetzigen Koalitionsverhandlungen wissen, dass sie darauf 1 : 1 zurückgreifen können, weil wir die Arbeit gemacht haben. Immerhin sind dadurch für das Jahr 2006 rund 8,5 Milliarden € eingespart worden, 5,9 Milliarden € an Steuern und 2,5 Milliarden € an Finanzbeihilfen.

In aller Bescheidenheit: Mit dem Land Nordrhein-Westfalen waren wir es, die in besonderer Weise – auch das hessische Finanzministerium – dazu beigetragen haben, dass diese Maßnahme zustande gekommen ist. Darüber hinaus haben wir eine ganze Palette von Steuergesetzen, die 16 : 0 im Bundesrat verabschiedet worden sind – Steuerbekämpfungsmisbrauchsgesetz und Sonstiges mehr. Sie werden in der nächsten Zeit einfließen. Sie sind unsere Arbeit. Hören Sie auf damit, wir hätten irgendetwas blockiert. Wir haben gar nichts blockiert. Wir haben aktiv mitgearbeitet. Das ist Ihnen offensichtlich entgangen, oder Sie leiden an partiellem Ausschalten der Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Walter (SPD): Sie haben im Wahlkampf aktiv Opportunismus betrieben!)

Herr Al-Wazir, insofern zu der Frage, wer sich wo in eine Scheinwelt hineinbegibt: Darüber könnte man an der Stelle sicher nachhaltig diskutieren. Jedenfalls weiß jeder in Berlin, dass gerade vom Land Hessen erhebliche Anstöße dahin gehend gekommen sind, die entsprechenden Maßnahmen zur steuerlichen Verbesserung zu ergreifen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigenheimzulage! – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Realität!)

Zweitens denke ich, wir brauchen eine Steuerreform, die insbesondere bei der Unternehmensbesteuerung die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb substanziell verbessert und dafür sorgt, dass wieder Kapital nach Deutschland zurückfließt.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Das hierzu von uns zu entwickelnde Konzept einer Abgeltungssteuer, bei dessen Umsetzung genau dies erreicht wird, habe ich Ihnen bereits vorgestellt. Sie ist Gegenstand der Diskussion. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass es eine beachtliche Chance gibt, dass es anschließend realisiert wird.

Allerdings sehe ich angesichts der Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden, wie meine Kollegen in den anderen Bundesländern, derzeit keinen Spielraum für groß angelegte Steuerentlastungen. Meine Damen und Herren, was wir machen können, ist, in vielen Bereichen vernünftige Korrekturen vorzunehmen. Dabei bin ich auch bereit, einen Selbstfinanzierungseffekt zu akzeptieren, weil ich glaube, dass ein beachtlicher Teil unserer Probleme z. B. darin liegt, dass das Steuerniveau im Unternehmensbereich in Deutschland zu hoch ist und deswegen Gewinne aus Deutschland hinaus transferiert und Verluste nach Deutschland hereint transferiert werden

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

und das hier günstig geltend gemacht wird. Deswegen brauchen wir einen Steuersatz, der angemessen und im europäischen Bereich wettbewerbsfähig ist. Deswegen brauchen wir eine duale Steuerreform. Dann bin ich fest davon überzeugt, dass über Rückflüsse wirklich mehr Geld in unserer Kasse ist.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber nur bei einer richtigen Steuerreform!)

Welcher Finanzminister wäre ich, wenn ich mich hinstellen und sagen würde: „Wir können eine Steuersenkung machen“, und anschließend hätten wir weniger Geld in der Kasse. Daran habe ich überhaupt kein Interesse.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber mit der Mehrwertsteuererhöhung werden Sie das auch nicht schaffen!)

Wir werden sehen, dass wir große Chancen haben, bei einem angemessenen und vernünftigen Steuersatz, über den wir diskutieren müssen, tatsächlich Rückflüsse von Geld nach Deutschland in beachtlicher Form zu haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Schauen wir mal!)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Wagner, ich kann übrigens auch an der Stelle sagen, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Haushaltskonsolidierung von vornherein kein Tabu sein darf und kritisch geprüft werden muss.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt auf einmal? Ich habe gedacht, die Lohnnebenkosten! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Ja, auch zur Haushaltskonsolidierung. Ich habe das übrigens vor der Wahl an der Stelle auch gesagt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist nicht wahr! Das lesen wir nach! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Al-Wazir, Sie hören nicht zu, oder Sie machen sich die Welt, wie Sie es wollen. Ich habe das auch vor der Wahl gesagt. Ich sage auch: Die Länder müssen einen Teil davon bekommen.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist auch nicht unanständig, zu sagen, dass man zur Haushaltskonsolidierung entsprechende Steuermittel

einsetzt, damit wir auf die Dauer wieder zu ausgeglichenen Haushalten kommen.

Meine Damen und Herren, dritter Punkt. Neben dem Subventionsabbau und der Steuerreform brauchen wir eine Reform des Föderalismus. Ich bin ausgesprochen optimistisch, dass die Vorarbeiten, die Herr Müntefering und Herr Stoiber geleistet haben, tatsächlich dazu führen, dass wir diese Reform schnell umsetzen können. All diese Maßnahmen werden nach meiner festen Überzeugung, wenn sie richtig angelegt sind, spätestens im Jahr 2007, teilweise sogar schon im Jahr 2006, zu deutlichen Entlastungen der öffentlichen Haushalte führen. Damit besteht auch in Hessen die berechtigte Hoffnung, dass sich der Landeshaushalt zusammen mit dem, was wir auf der Ausgabenseite erreicht haben, in den kommenden Jahren deutlich besser entwickeln könnte, als wir dies auf der Basis des bisherigen Status quo erwarten.

Meine Damen und Herren, vor diesem gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Hintergrund setzen wir den bisherigen Kurs fort: Konsolidierung des Haushalts bei gleichzeitig konsequenter Fortführung der Modernisierungsoffensive

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit immer mehr Schulden!)

und der Zukunftsoffensive mit den Schwerpunkten Bildung, Wissenschaft und Forschung, innere Sicherheit sowie Wirtschaft und Verkehr.

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt 2006 weist bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von 16.841,6 Millionen € aus. Gegenüber dem Nachtragshaushalt 2005 bedeutet dies einen moderaten Zuwachs um 2,4 %. An Steuereinnahmen sind auf der Basis des Ergebnisses der Mai-Steuerschätzung Einnahmen in Höhe von rund 13.386 Millionen € vor und von rund 11.561 Millionen € nach Länderfinanzausgleich veranschlagt.

Zur Interpretation dieser Zahlen möchte ich kurz auf einige Aspekte aufmerksam machen:

Erstens. Die veranschlagten Steuereinnahmen sagen nichts über das wahre Ausmaß des anhaltenden Steuereinkommens aus. Man darf nicht vergessen, dass wir auf der Basis der Mai-Steuerschätzung 720 Millionen € weniger Steuereinnahmen für das Jahr 2006 prognostizieren müssen. Im Vergleich zu der ersten Schätzung summieren sich die Ausfälle sogar auf über 2,6 Milliarden €.

Welche Konsequenzen mit den neuerlichen Steuerausfällen verbunden sind, wird deutlich, wenn man diese der geplanten Neuverschuldung in Höhe von 1.675 Millionen € gegenüberstellt. Ohne den neuerlichen Steuereinkommensbruch, der uns im Mai vom Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert worden ist, hätten wir in diesem Jahr einen Haushalt vorlegen können, dessen Neuverschuldung sich in der Größenordnung der engen hessischen Regelgrenze für die Neuverschuldung bewegt hätte.

Meine Damen und Herren, wir waren und sind dort auf einem guten Weg. Wenn die Situation einmal eintritt, von der ich glaube, dass wir sie jetzt erreicht haben, dass die Steuereinnahmen nicht weiter zusammenbrechen, sondern dass sie stabil bleiben und wir im Laufe der Zeit leichtes Wachstum haben werden, dann werden wir uns meines Erachtens sehr gut voranbewegen können, weil wir die Ausgabenseite sehr gut im Griff haben.

Zweitens. Die Steuereinnahmen vor Länderfinanzausgleich steigen zwar gegenüber dem Entwurf des Nach-

tragshaushaltes um 654 Millionen € an. Dem Land verbleiben davon nach Finanzausgleich systembedingt jedoch nur 49 Millionen €. Meine Damen und Herren, den Rest – 605 Millionen € – müssen wir zugunsten der finanzschwachen Länder abgeben. – Hören Sie an der Stelle noch einmal zu: 654 Millionen € mehr Steuern im nächsten Jahr und 605 Millionen € mehr Zahlungen in den Länderfinanzausgleich. Von den 654 Millionen € bleiben uns gerade noch 49 Millionen €. Den Rest geben wir an andere Bundesländer ab. Das ist auch nicht gerecht, um das einmal ganz deutlich zu sagen. Man darf doch gelegentlich darauf hinweisen, dass dieses Land nicht das Jammertal ist,

(Beifall bei der CDU)

sondern dass wir in einem beachtlichen Umfang Finanzier für andere Bundesländer sind, die in der Verschuldung hinter uns stehen und gelegentlich so tun, als hätten sie keine Probleme in dieser Welt, während wir mit einer Opposition gesegnet sind, die dieses Land auch noch herunterredet.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben hier ein echtes Problem unter dem Gesichtspunkt, dass vieles von dem, was in Hessen erwirtschaftet wird,

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben dem Länderfinanzausgleich zugestimmt! – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

nicht hier bleibt. Ich sage es Ihnen noch einmal: im nächsten Jahr 654 Millionen € mehr an erwarteten Steuereinnahmen und 605 Millionen € mehr an Zahlungen in den Länderfinanzausgleich.

(Norbert Schmitt (SPD): Dem Sie zugestimmt haben!)

Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit, mit der wir uns hier auseinander zu setzen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ohne das, was wir neu ausgehandelt haben, wäre der Effekt sogar noch schlimmer; er würde nämlich ins Negative hineinrutschen. Meine Damen und Herren, das sind die Zahlungen, die wir dort leisten müssen, die bitter wehtun.

Besonders wichtig ist mir auch, dass der Haushalt 2006 noch nicht die finanziellen Auswirkungen abbildet, die sich bei den richtigen Reformentscheidungen in Berlin für Hessen ergeben könnten.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Sie haben die Fraktionsredezeit erreicht.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Noch ein paar Minuten.

Präsident Norbert Kartmann:

Sie dürfen. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2006 bildet noch nicht die finanziellen Auswirkungen ab, die sich bei den richtigen Reformentscheidungen in Berlin für Hessen möglicherweise ergeben. Ich habe – obwohl ich der festen Überzeugung bin, dass wir hier einiges Positive für den Landeshaushalt erwarten können – bewusst auf die Veranschlagung eines Hoffnungszuschlags verzichtet. Mir ist zum jetzigen Zeitpunkt einfach wichtig, Ihnen zu zeigen, wo Hessen stehen würde, wenn sich der bundespolitische Stillstand nicht auflöst. Ich bin mir jedoch, wie gesagt, ziemlich sicher, dass es sich bei den im Haushalt unterstellten Steuereinnahmen insgesamt um ein eher pessimistisches Szenario handelt.

Dem nach wie vor enttäuschenden Status quo auf der Einnahmenseite steht hingegen eine sehr solide Ausgabenpolitik gegenüber. Die bereinigten Gesamtausgaben betragen 18,4519 Milliarden €. Darin enthalten sind die Zahlungsverpflichtungen des Landes in den Länderfinanzausgleich in Höhe von 1,825 Milliarden €. Ohne Länderfinanzausgleich belaufen sich die Ausgaben auf 16,6269 Milliarden €. Gegenüber dem Nachtragshaushalt 2005 bedeutet dies einen moderaten Anstieg um 1,6 %. Dieser ist unter anderem auf einen deutlich wachsenden kommunalen Finanzausgleich – wir haben hier bei den laufenden Zuweisungen an die Kommunen ein Plus von 2,5 % –, auf steigende Investitionsausgaben – sie erhöhen sich gegenüber dem Nachtrag um 2,4 % auf nunmehr 1,741 Milliarden € – sowie auf das Vermieter-Mieter-Modell als reinen Leistungsaustausch innerhalb des Landeshaushalts zurückzuführen. Auf der Ausgabenseite entwickelt sich der Haushalt also ausgesprochen moderat und gut.

(Norbert Schmitt (SPD): Von wegen!)

Mein zu Beginn der Rede geäußertes Optimismus für die Ausgabenseite wird insbesondere durch die Entwicklung der Personalausgaben begründet. Hierfür sind nach 6,839 Milliarden € im Nachtragshaushalt 2005 im Haushaltsplanentwurf 2006 nunmehr rund 6,868 Milliarden € veranschlagt, obwohl wir im Jahre 2006 130 neue Lehrer einstellen, die Mittel für Vertretungskräfte um 20,6 Millionen € erhöht haben und bei den Versorgungsleistungen sowie den Beihilfen ganz automatisch erhebliche Steigerungen zu verzeichnen sind. Wir können damit – wie ich finde, zu Recht – sagen, dass sich unsere Anstrengungen langsam lohnen und wir vor einem Turnaround stehen.

Im Übrigen möchte ich daran erinnern – das wird an der Stelle vielfach unterschlagen –, dass in den Personalausgaben auch die freiwillige, nun auf 3.000 € je neuen Beamten erhöhte Versorgungsrücklage enthalten ist, die wir zur Abfederung künftiger Pensionslasten geschaffen haben. Mit ihr kommen wir schrittweise dem Ziel näher, Vorsorge für Zukunftslasten zu treffen.

Meine Damen und Herren, auch dieser Posten taucht im Haushalt auf der Ausgabenseite auf. Ich sage dazu: Das ist Vorsorge für die Zukunft. Ich bitte Sie, nicht zu unterschlagen, dass wir in Zukunft für jeden neuen Mitarbeiter diese Versorgungsleistung einzahlen. Sie wird im Jahre 2007 auf 4.500 € und im Jahre 2008 auf 6.000 € steigen. Sie wird, spitz für jeden Einzelnen gerechnet, wie die Pensionsrückstellungen eines Unternehmens wirken. Es kann sich doch sehen lassen, dass wir trotz schwieriger finanzieller Zeiten Vorsorge für neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreiben. Das schlägt sich eben auch in der haushaltsmäßigen Darstellung nieder. Trotzdem ist das meines Erachtens eine ausgesprochen positive Ent-

wicklung, da niemand mehr darum herumkommt, in Zukunft Versorgungsrücklagen für die Pensionsleistungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bilden.

Meine Damen und Herren, wir investieren in den Schwerpunktbereichen unserer Politik konsequent weiter: in Bildung, in Wissenschaft und Forschung, in die innere Sicherheit und in Wirtschaft und Verkehr. Nur so können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Hessen seine ganze Finanz- und Wirtschaftskraft voll zur Entfaltung bringen kann, wenn eine Stabilisierung der öffentlichen Finanzen eintritt. Ich halte diesen Weg nach wie vor für alternativlos.

Auf unsere Maßnahmen im Bereich Bildung zur weiteren Verbesserung der Unterrichtsversorgung habe ich im Zusammenhang mit meinen Ausführungen zu den Personalausgaben schon hingewiesen. Ich denke, wir haben uns damit im Wettbewerb um Lehrer gut positioniert und sind weiterhin auf einem guten Weg, Hessen zum Bildungsland Nummer eins zu machen. Ich darf in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass wir 300 Stellen, die derzeit befristet ausgestaltet sind, in unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln und im Jahre 2007 die restlichen 200 Stellen umwandeln, sodass wir im Wettbewerb um Lehrer in Zukunft noch besser aufgestellt sein werden.

Im Bereich Wissenschaft und Forschung führen wir den Hochschulpakt auf Vorjahresniveau fort. Angesichts der Finanzlage des Landes ist das eine bemerkenswerte Leistung. Das Land investiert außerdem insgesamt rund 125 Millionen € in den Ausbau des Campus Westend an der Universität Frankfurt, des Campus Riedberg, des Universitätsklinikums Frankfurt und des Museumsparkes Kassel. Wir unterstützen außerdem eine Vielzahl von Investitionen an den hessischen Hochschulstandorten. Wir können damit zu Recht sagen, dass der Modernisierungsschub auch im Gebäudebereich bei Hochschulen und bei Kunst und Kultur weitergeht.

Im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik setzt die Hessische Landesregierung konsequent auf die Weiterentwicklung unserer hochgradig leistungsfähigen Infrastruktur als Kernelement einer guten Standortpolitik. Wir haben daher das Landesstraßenbauprogramm um weitere 10 Millionen € auf 75 Millionen € aufgestockt. Auch die personellen Voraussetzungen für die Umsetzung haben wir geschaffen. Das ist eine großartige Leistung und zeigt, dass wir das Ziel, das wir im Regierungsprogramm formuliert haben, dass wir nämlich am Ende der Legislaturperiode Jahr für Jahr 100 Millionen € investieren werden, erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation stellen wir für den Neustart von Ausbildungsplatzprogrammen insgesamt rund 11,5 Millionen € zur Verfügung.

Zur weiteren Verbesserung der inneren Sicherheit haben wir die notwendigen Mittel für die technische Erneuerung von IT-Arbeitsplätzen bei der Polizei und für den Austausch von Polizeifahrzeugen zur Verfügung gestellt. Bis zum Jahre 2009 sind hier Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 35 Millionen € vorgesehen. Wir verstärken das Landeskriminalamt im Bereich der DNA-Analyse um elf Personen. Wir tragen damit dem Sachverhalt Rechnung, dass die DNA-Analyse bei der Verbrechensbekämpfung immer wichtiger wird und sehr gute Erfolge zeigt. Zu nennen sind außerdem zahlreiche Neu- und Umbaumaßnahmen in Polizeidirektionen bzw. -stationen. Insgesamt schafft die Landesregierung damit auch

im Haushaltsjahr 2006 die Voraussetzungen dafür, dass die Erfolge bei der Verbrechensbekämpfung fortgeführt werden können.

Ein kleiner Einschub zu den IT-Arbeitsplätzen: Die vom Land Nordrhein-Westfalen eingesetzte Sachverständigenkommission hat den Vorschlag gemacht – die dortige Landesregierung wird ihn offensichtlich aufgreifen –, wie das Land Hessen einen CIO zu berufen. Die Sachverständigenkommission hat unter ausdrücklichem Hinweis auf Hessen außerdem empfohlen, in Nordrhein-Westfalen ein ähnliches Programm einzuführen, weil das, was in Hessen gemacht wird, für die anderen Bundesländer vorbildlich sei. Wenn ich die Vorhaltungen der Opposition höre, dann muss ich sagen: Die anderen Bundesländer laufen uns die Bude ein, um zu erfahren und sich abzuschauen, was in Hessen gemacht wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Von schlechten Beispielen zu lernen!)

– Das sehen die eben anders. Dort sind es die guten Leute, die das sehen, und bei uns sieht es die Opposition eben anders.

(Zurufe von der SPD)

Die Realitäten des Marktes und die öffentliche Wahrnehmung spielen hier eine Rolle. Ich bin hoch zufrieden und sehr, sehr stolz darauf, dass das Land Hessen hier an der Spitze steht, dass alle anderen bei uns ein gutes Stück abschauen und mit uns kooperieren, dass Vorschläge gemacht werden, es so zu machen, wie es Hessen macht.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz der Konzentration auf unsere Schwerpunktbereiche vernachlässigen wir keineswegs die Bereiche Soziales und Umwelt. Im Sozialbereich möchte ich deshalb insbesondere auf die weitere Aufstockung der Offensive für Kinderbetreuung um 4,2 Millionen €, die Fortsetzung der Sprachförderung im Kindergartenalter auf hohem Niveau im Umfang von 3,25 Millionen € sowie – das hat mittlerweile einen ziemlichen Aktualitätsbezug – auf die Maßnahmen gegen den Ausbruch einer Influenza-Pandemie hinweisen.

Im Bereich Umwelt ist insbesondere die Erhöhung der Mittel für die energetische und stoffliche Nutzung von Biorohstoffen um 1,07 Millionen € sowie den Ausbau des Naturparks und des Nationalparks Kellerwald bemerkenswert.

Gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zum Kommunalen Finanzausgleich. Der Kommunale Finanzausgleich erhöht sich gegenüber dem Nachtrag 2005 um rund 79 Millionen € auf jetzt 2,5399 Milliarden €. Zusätzlich erhalten die Kommunen 28,2 Millionen € aus den für das Jahr 2004 zu hoch ausgefallenen kommunalen Beiträgen zu den Folgekosten der deutschen Einheit. Insgesamt stehen ihnen damit über 100 Millionen € mehr als 2005 zur Verfügung.

Das freut mich einerseits. Angesichts der schwierigen finanzpolitischen Lage des Landes schmerzt mich das jedoch auch ein wenig. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil bei den Kommunen – im Gegensatz zum Land – mittlerweile wieder eine günstigere Entwicklung der Steuereinnahmen zu verzeichnen ist. Trotzdem haben wir uns derzeit dafür entschieden, beim Kommunalen Finanzausgleich keine Anpassungen vorzunehmen, da auch wir wis-

sen, dass die Kommunen – aus verschiedenen Gründen – nach wie vor erkennbare finanzielle Probleme haben.

Das von uns aufgelegte Abschlussprogramm für Abwasseranlagen mit einem Investitionsvolumen von 500 Millionen € möchte ich besonders hervorheben. Die Resonanz auf dieses Programm ist außerordentlich positiv. Insgesamt stellt das Land 212,5 Millionen € zur Verfügung. Darin sind auch Mittel aus der Abwasserabgabe enthalten.

Der Haushalt 2006 bietet trotz aller Probleme Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Wenn es keine weiteren Steuerausfälle gibt – nach Aussagen des Arbeitskreises Steuerschätzungen, der morgen tagt, können wir davon ausgehen, dass das in etwa so kommt – und in Berlin die richtigen Entscheidungen getroffen werden, rechne ich fest damit, dass sich die Situation in Hessen wesentlich freundlicher entwickeln wird, als dies durch den Haushalt 2006 und auch die Finanzplanung 2005 bis 2009 zum jetzigen Zeitpunkt abgebildet wird.

Ich möchte aber keinesfalls darauf verzichten, jetzt das vorzulegen, was ich – auch ohne Bezugnahme auf Hoffnungswerte – hier vertreten kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir bis zur dritten Lesung einiges in positiver Hinsicht zu korrigieren haben – auf der Grundlage dessen, was in Berlin entschieden wird.

Hessen hat in der Vergangenheit – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene – mit zahlreichen Gesetzesinitiativen und Konzepten bereits wichtige Beiträge dazu geleistet, die Ursachen der Strukturkrise, unter der die öffentlichen Haushalte leiden, wirksam zu bekämpfen. Vieles von dem, was jetzt noch nicht umgesetzt ist – ich denke hier beispielsweise an unseren Gesetzentwurf zur Verringerung steuerlicher Missbräuche und Umgehungen –, könnte zeitnah in Angriff genommen werden und würde die Gesundung der öffentlichen Haushalte einen großen Schritt voranbringen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Landesregierung Hessen hervorragend positioniert hat. Wir stellen damit sicher, dass das Land bei einer Besserung der gesamtwirtschaftlichen Lage und damit auch der öffentlichen Finanzen sein Potenzial als Spitzenstandort weiter entfalten kann.

Auch wenn wir im Haushaltsplan 2006 keine Zukunftserwartungen vorweggenommen haben, setze ich darauf, dass sich die Bedingungen für unser Land deutlich verbessern werden und dass sich dies sehr bald auch in konkreten Zahlen im hessischen Landeshaushalt niederschlägt. Wenn es so weit ist, werde ich Sie informieren und würde mich freuen, wenn es in den Haushalt eingearbeitet würde. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Minister. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Abg. Schmitt für die Fraktion der SPD. Die Redezeiten für alle Fraktionen sind de facto fünf Minuten länger geworden. Das ist das neue Kontingent. Bitte schön, Herr Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der von der Regierung Koch vorgelegte Haushalt 2006 ist

ein neuer Höhepunkt politischen Unvermögens und finanzpolitischen Versagens.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Lortz (CDU): Na, na, na! – Jürgen Walter (SPD): Der erste sinnvolle Satz in der Debatte!)

Die ungehemmte Verschuldenspolitik wird mit dem Haushaltsentwurf 2006 auf die Spitze getrieben.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir warten auf Ihre Sparvorschläge!)

Niemals zuvor in der Geschichte Hessens – Kollege Boddenberg, das müsste Sie doch zum Nachdenken bringen – sah ein Haushaltsentwurf eine solch hohe Nettoneuverschuldung vor, nämlich eine Summe von rund 1,7 Milliarden €.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Woran liegt es?)

Nur im Vollzug des Haushalts 2002 lagen Sie höher, da lagen Sie bei knapp 2 Milliarden €. Zum fünften Mal hintereinander – das muss man sich einmal vorstellen – ist das eigentlich wirtschafts- und finanzstarke Land in einen verfassungswidrigen Haushalt getrieben worden. Zum fünften Mal hintereinander übersteigen die Kredite die Investitionen, und zum fünften Mal hintereinander ist der Haushalt verfassungswidrig.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das stimmt doch gar nicht, er ist es nicht! – Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Permanenter Verfassungsbruch, verfassungswidrige Haushalte werden zum schlimmen Markenzeichen dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

So, wie Herr Weimar auftritt, erinnert er ein bisschen an Wilhelm Busch: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sichs völlig ungeniert“. Das ist die Mentalität und das Auftreten des Finanzministers in einer solchen Situation.

(Beifall bei der SPD)

Wirklich ungehemmt und ungebremst – anders kann man das nicht mehr sagen – steigen die Ausgaben in Hessen. Es gibt überhaupt keine Grenzen mehr. Es werden selbst keine Grenzen gesetzt, und auch die Verfassungsgrenze wird mittlerweile regelmäßig außer Kraft gesetzt und überschritten. Das Schlimme ist: Der großartige Ministerpräsident Koch,

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

der in Berlin in Verhandlungen über die Finanzen einsteigt, setzt sich in seinem eigenen Land überhaupt keine finanzpolitischen Ziele mehr. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Welches Unvermögen, welche Zügellosigkeit und welche Ziellosigkeit diese Regierung an den Tag legt, zeigt doch der Haushaltsentwurf 2006. Es ist wirklich ziellos, zügellos, und hier kommt ein Unvermögen zum Ausdruck.

(Michael Boddenberg (CDU): Sparvorschläge, Herr Schmitt!)

– Jetzt kommen wir zu den Sparvorschlägen, okay. Schauen wir einmal über die Sparvorschläge.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Fuhrmann hat auch keine! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Boddenberg, Sie sind ein guter Stichwortgeber. Ob Sie zu mehr taugen, weiß ich nicht, aber ein guter Stichwortgeber. Schauen wir uns einmal an, was Ihr super Finanzminister im Haushaltsaufstellungserlass formuliert hat. Ihr Finanzminister hat formuliert, dass die bereinigten Gesamtausgaben – um LFA, KFA, Investitionen und Zinsausgaben bereinigt – um 2,5 % gekürzt werden sollen. Das würde am Ende dazu führen, dass man etwa 270 Millionen € in diesem Bereich hätte einsparen müssen. Wissen Sie, was geschehen ist? Es ist überhaupt nichts eingespart worden. Aus dem Ziel der Einsparung wurde eine ungehemmte Ausgabensteigerung. Das ist die Tatsache. – So viel zu Ihrem Zwischenruf: „Wo soll denn gespart werden?“ Es waren die Sparziele, die der Finanzminister selbst gesetzt hat. Die müssten auch erreichbar sein. Aber sie sind überhaupt nicht erreicht worden. Das zeigt doch, wie schwach dieser Finanzminister ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Machen Sie einen einzigen Sparvorschlag über 1 Million €!)

Der hessische Haushalt hat wie alle Haushalte, ob auf kommunaler Ebene, in anderen Ländern oder auf Bundesebene, mit geringeren Einnahmen zu kämpfen. Das ist doch überhaupt nicht zu bestreiten. Aber Hessen unterscheidet sich an einer Ecke vom Bund wie auch von anderen Bundesländern; das ist die ungehemmte Ausgabenpolitik. Allein seit Sie regieren, Kollege Boddenberg, wenn man diesen Haushaltsentwurf 2006 einbezieht, sind die Ausgaben um 1,66 Milliarden € gestiegen, um 11,1 %.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

In Zeiten, in denen die Einnahmen wirklich schwierig sind, haben Sie immer munter draufgelegt. Das unterscheidet Sie in der Tat von anderen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Jetzt schauen wir einmal die Haushalte der beiden letzten Jahre an. Herr Kollege Boddenberg, jetzt komme ich zum Thema Sparen. Schauen wir einmal an, was von 2004, als für jeden erkennbar war, wie schwierig die Situation ist, auf das Jahr 2006 passiert ist. „Operation düstere Zukunft“ war ein Stichwort. Was ist eigentlich geschehen? Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2006 sieht im Vergleich zu 2004 Steigerungen von 500 Millionen € vor. 500 Millionen € werden in den Haushaltsjahren 2005 und 2006 bei den bereinigten Gesamtausgaben – nach den Ausgaben für den LFA – draufgepackt, wiederum eine Steigerung um 3,1 % in zwei Jahren. Das ist unglaublich. In einer finanzpolitisch dramatischen Situation wird nicht gespart, nein, es werden Ausgaben von einer halben Milliarde Euro innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren draufgepackt. Herr Kollege Boddenberg, das macht deutlich: Es geht überhaupt nicht um Sparen. Wir wären froh, wenn es bei null geblieben wäre. Bei Ihnen wird aber jedes Jahr permanent draufgepackt. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann man wirklich Heulen und Zähneklappern bekommen, wenn man das sieht.

Der Finanzminister bemüht doch immer Ländervergleiche. Schauen wir uns doch einmal das Nachbarland an. Wie sieht es denn da aus? Von 2004 auf 2006 sollen die Ausgaben in Rheinland-Pfalz um 77 Millionen € steigen. Das ist eine Steigerung um 0,7 %, hier sind es 3,1 %. Schauen wir uns Baden-Württemberg an. Da sollen die Ausgaben in den beiden Jahren um 69 Millionen € steigen. Das ist eine Steigerung um 0,2 %. Sehen wir uns Niedersachsen an. Da gibt es in den beiden Jahren eine Steigerung um 24 Millionen €. Das sind 0,1 %.

Meine Damen und Herren, es ist möglich, zu sparen. Herr Boddenberg, die eigenen Parteikollegen zeigen es. Herr Beck in Rheinland-Pfalz zeigt es, wo sogar die FDP dabei ist, die als Ausgabenpartei bekannt ist. Es geht, nur in Hessen geht es anscheinend nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Trotz der dramatischen Entwicklung wird in Hessen immer hemmungslos draufgepackt. Ich habe hier die Vereinbarungen des Finanzplanungsrates. Noch am 18. November 2004 sind sie bestätigt worden, mit der Stimme von Finanzminister Weimar: pro Jahr höchstens 1 % Ausgabensteigerung. Nein, er macht es nicht, es wird immer noch draufgepackt, 1,5 % 2006, 1,6 % in diesem Jahr. Das macht deutlich, es wird wirklich hemmungslos mit der Ausgabenseite umgegangen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), an die CDU gewandt: Diese Präsenz von euch und von der Regierung ist eine Unverschämtheit!)

– Herr Al-Wazir, das stört doch schon gar nicht mehr. Sie wissen, dieser Haushalt ist bei diesem Finanzminister Makulatur. Dieser Haushalt und dieser Finanzminister werden von dieser Landesregierung gar nicht mehr ernst genommen. Das dokumentiert sich doch an dieser Stelle. Mich regt das nicht mehr besonders auf, muss ich sagen.

(Michael Boddenberg (CDU): Erst einmal muss man reden können! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Herr Weimar ist doch da!)

Die Landesregierung fällt von Haushaltsloch zu Haushaltsloch und missachtet dennoch die Vereinbarungen, die auf Bundesebene einstimmig mit ihrer Stimme beschlossen worden sind, praktisch jedes Jahr. Die Ausgabenbegrenzung findet nicht statt. Das finde ich wirklich tolldreist.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal sagen, wie andere Bundesländer damit umgehen. Ein Beispiel: Hier habe ich den Finanzplan des Saarlandes. Da ist das Ziel formuliert: Die Haushaltsanierung und die eingegangenen Verpflichtungen aus der Umsetzung des innerstaatlichen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verlangen zwingend die fortgesetzte Ausgabenbegrenzung. Auch 2006 und in den Folgejahren wird daher eine Begrenzung des Ausgabenzuwachses auf 1 % notwendig sein.

Meine Damen und Herren, so gehen andere Länder damit um. Die sagen, das ist eine zwingende Verpflichtung. Nur in Hessen ist es keine zwingende Verpflichtung, in Hessen wird immer munter draufgepackt. Dann wird beklagt, dass die Einnahmen nicht den Ausgaben hinterherrennen können. Das ist auch kein Wunder, wenn man so handelt und eine solche Mentalität hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei den Finanzministern anderer Bundesländer herrscht eine andere Mentalität. Da gibt es andere Finanzminister, Finanzminister, die sparen wollen. Es ist auch kein Wunder, dass in einem bundesweiten Ranking der hessische Finanzminister ganz weit unten saß. Er nimmt seinen Job nicht ernst. Sie sind der Minister, der dafür sorgen muss, dass in Hessen endlich die Verfassungsgrenze eingehalten wird und dass die Ausgaben nicht permanent steigen. Sie werden diesem Job nicht gerecht. Das ist die nüchterne Wahrheit, über die wir uns hier auseinander setzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Finanzminister hat nicht die Kraft, auch nicht das Durchsetzungsvermögen, vielleicht auch gar nicht mehr den Willen für die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausgaben. Er kann es anscheinend auch nicht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, das ist auch kein Wunder. Wir haben alle das Bild von der „Operation düstere Zukunft“ vor uns, als in der Pressekonferenz mit großen Folien dargestellt werden sollte, was die „Operation düstere Zukunft“ bedeutet.

Es gab einen, der die Folien gewechselt hat. Das war der Finanzminister. Weil er nicht fähig dazu war, ist das Konzept in der Staatskanzlei entwickelt worden. Der Finanzminister wurde zum Folienwechsler degradiert. Das zeigt doch wieder einmal, dass man überhaupt keine Kraft hat, um Einsparungen in diesem Bereich vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wechselt er halt nicht mehr die Folien. Jetzt unterschreibt er nur noch die Wechsel auf die Zukunft. Ich finde, ein Wechsel müsste tatsächlich unterschrieben werden, nämlich der an der Spitze des Finanzministeriums. Das ist notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung der hessischen Finanzen ist nämlich zentral durch das Versagen des Finanzministers bedingt.

(Gerhard Bökel (SPD): Gut, dass der Umweltminister noch hier vorn sitzt! Das finde ich schön!)

– Für den Umweltminister habe ich eine ganz besondere Sympathie. Das muss man wirklich sagen. Er nimmt die Veranstaltung „Parlament“ noch ernst. Das unterscheidet ihn vom Rest dieser Regierung.

(Michael Boddenberg (CDU): Ob er Sie ernst nimmt, hat er nicht gesagt!)

Ich knüpfe noch einmal an das Versagen des Finanzministers an. Es darf nicht sein, dass dieser Mann unfähig zum Sparen ist. Er ist außerdem unfähig, seine selbst gesetzten Ziele zu erreichen. An dieser Stelle komme ich zurück auf den Haushaltsaufstellungserlass – er liegt mir hier vor –, in dem formuliert worden ist, dass gespart werden soll:

Ziel ist daher, die in der Finanzplanung vorgesehenen Gesamtausgaben bereinigt um die Ausgaben für den Finanzausgleich, den Kommunalen Finanzausgleich, den Schuldendienst und für Investitionen in der Summe um 2,5 % zu reduzieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn Herr Weimar?)

– Herr Weimar sitzt hier.

Aufgrund einer gemeinsam angestellten Rechnung sind wir darauf gekommen, dass es sich um eine Summe in Höhe von etwa 270 Millionen € handeln muss. Das war das Einsparziel, Herr Finanzminister. Ich bin der Auffassung, dass wir uns darin einig sind: Das Einsparziel in Ihrem Haushaltsaufstellungserlass für den Haushalt 2006 war zu erreichen, 270 Millionen € einzusparen.

Wo landet nun der Meister der Punktlandung? – Bei Einsparungen von lächerlichen 48 Millionen €. Damit ist er um 220 Millionen € am Ziel vorbei gesprungen. Das ist meines Erachtens typisch. Der selbst ernannte König der Punktlandung ist wieder einmal neben die Matte gesprungen, und zwar tief in ein Haushaltsloch.

Herr Minister, was ist denn das eigentlich für ein Haushaltsaufstellungserlass? Sind das ernst zu nehmende Zielvorgaben? Ist dieser Erlass noch ernst zu nehmen? Nehmen Sie ihn selbst ernst? Oder sind es nur nette, freundliche Hinweise an die Kabinettskollegen, sich vielleicht ein bisschen bei den Ausgaben zu beschränken? Wenn es nicht dazu kommt, dann nimmt der Herr Finanzminister das halt in Kauf und erhöht die Nettoneuverschuldung.

Meine Damen und Herren, das ist doch keine Mentalität. So kann es doch nicht weitergehen. Sie haben offensichtlich nicht die Kraft, Ihre eigenen Vorstellungen gegenüber Ihren Kabinettskollegen durchzusetzen. Das ist eine fatale Situation für das Land Hessen, eine fatale Situation für die Finanzpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist natürlich auch die Autorität weg. Ein Finanzminister benötigt Autorität. Diese Autorität ist weg. Ein Spendieronkel – als welcher Sie sich in den vergangenen Jahren generiert haben – ist wirklich kein guter Treuhänder öffentlicher Finanzen, meine Damen und Herren. Deshalb ist die Kritik berechtigt.

An diesem Haushalt zeigt sich, dass diese Landesregierung nicht dazu fähig ist, so wie es andere Bundesländer gemacht haben, die Ausgaben zu begrenzen, in einer zugegebenermaßen sehr schwierigen Zeit hinsichtlich der Einnahmesituation.

Angesichts dieser fatalen Mentalität des Finanzministers ist es auch kein Wunder, dass der Schuldenstand in Hessen Ende des Jahres 2006 rund 33,3 Milliarden € betragen wird. Ende des Jahres 1998 beliefen sich die Schulden auf rund 23 Milliarden €. Sie haben also die Verschuldung um 10,3 Milliarden € erhöht. Innerhalb von acht Jahren hat die Koch-Regierung die Verschuldung um 10,3 Milliarden € erhöht. So geht rund ein Drittel aller Nachkriegsschulden auf das Konto von Herrn Koch. Das ist wirklich unglücklich.

(Beifall bei der SPD)

Das strukturelle Defizit des Landes hat sich ebenfalls erhöht. Das ist bereits bei der Nachtragsdebatte dargestellt worden. Das strukturelle Defizit liegt bei rund 2,5 Milliarden €. Ein solches strukturelles Defizit hat es noch nie gegeben. Das ist das Ergebnis einer Entwicklung, die sicherlich auch durch eine problematische Einnahmesituation bedingt ist. Die Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich liegen im Jahr 2006 in etwa auf dem Stand des Jahres 2000.

Meine Damen und Herren, Sie haben aber auch die Ausgaben davonlaufen lassen. Wenn die Einnahmen stagnieren und die Ausgaben gleichzeitig in einem dramatischen Ausmaß steigen – der Wahrheit halber muss man hinzufü-

gen, dass die FDP in ihrer Regierungszeit zum Teil dazu beigetragen hat –, dann kommt es natürlich zu einer Situation, wie sie jetzt gekommen ist, nämlich zu einem ungeheuer großen strukturellen Defizit. Ein so hohes strukturelles Defizit hat es in diesem Land noch nie gegeben. Eine so hohe Nettoneuverschuldung hat es auch noch nie gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Ihre famose „Operation düstere Zukunft“, bei der der Finanzminister die Folien wechseln durfte, war doch ein Schlag ins Wasser. Sie bestand nahezu zur Hälfte aus Strohfeuer, nämlich aus Verkäufen. Vorhin ist die Frage der Nachhaltigkeit gestellt worden. Wissen Sie, was nachhaltige Finanzpolitik in Hessen bedeutet? Die Immobilien sind nachhaltig weg, meine Damen und Herren. Das ist nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Andere Bereiche haben Sie aus anderen Bundesländern kopiert. Sie haben aber eines gemacht, was in anderen Bundesländern nicht stattgefunden hat. Sie haben sozialpolitisch wichtige Strukturen im Land zurückgedrängt und zerschlagen. Letztlich war es finanzpolitisch ein Schlag ins Wasser. Es war ein Schlag ins sozialpolitische Kontor vieler Menschen und ein Schlag für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihren Immobilienverkäufen ist noch Folgendes zu sagen. Der Finanzplan zeigt, dass Sie bis zum Jahr 2008 vorgesehen haben, Immobilien im Wert von 3,2 Milliarden € zu veräußern. Einen großen Teil dieser Immobilien müssen Sie nachher mieten. Was bedeutet das aber für die Mietausgaben im Haushalt? Die Ausgaben, die Sie für die Jahre 2006, 2007 und 2008 vorgesehen haben, werden sich erhöhen. Das bedeutet, dass die Mietausgaben allein im Jahr 2006 um 70 Millionen € ansteigen werden.

Meine Damen und Herren, das macht deutlich, welche finanzpolitische Belastung allein durch diese Transaktionen und die langfristigen Verträge, die Sie eingegangen sind, auf das Land Hessen zukommt. Das ist typisch Hessen.

(Petra Fuhrmann (SPD): CDU Hessen!)

– Das ist typisch CDU in Hessen. Schlösser werden gekauft, aber das eigene Finanzministerium muss verkauft werden.

(Beifall bei der SPD)

Mehr als peinlich und auch ärgerlich ist das durchschaubare Manöver, mithilfe dessen Minister Weimar in der Pressekonferenz, in der er den Haushalt vorstellte, versucht hat, das heikle Thema der Verfassungsgrenze auszuklammern und zu umschiffen. Die Obergrenze der Nettoneuverschuldung dürfte etwa bei 850 Millionen € bis 870 Millionen € liegen. Da hilft auch kein Verweis auf andere Bundesländer. Herr Finanzminister, mit dem Verweis auf andere Bundesländer haben Sie den Eindruck erweckt, als liege die mit diesem Haushalt verbundene Nettoneuverschuldung nahe der Verfassungsgrenze. Das ist schlicht falsch. Die Wahrheit ist, dass die Nettoneuverschuldung fast doppelt so hoch ist wie die Höhe der Investitionen. Das ist unglücklich.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden es auch nicht hinnehmen, dass Sie die Verfassungsgrenze als Regelgrenze verniedlichen. In Hessen

gibt es eine Verfassungsgrenze. Die Verfassung ist einzuhalten, insbesondere von einer Landesregierung. Das werden wir weiterhin von Ihnen einfordern.

Die Landesregierung schmückt sich gern mit Leuchttürmen. Was der Finanzminister aber bei der Frage der Verfassungsgrenze gemacht hat, das war die „Aktion Nebelkerze“.

Die Nettoneuverschuldung liegt bei rund 1,7 Milliarden €. Die Verschuldung in diesem Land steigt immer weiter. Die Ausgaben liegen deutlich über der im Finanzplanungsrat festgesetzten Grenze. Wenn der Finanzminister angesichts dieser Entwicklung behauptet, eine Trendwende sei geschafft – heute hat er von einem Turnaround gesprochen – und die Konsolidierung des Haushalts sei eingeleitet worden, dann ist das schon dreist. Diese Schönrederei ist lächerlich. Das ist keine Trendwende, sondern ein freier Fall der Finanzen in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. Ich bitte, die Gespräche im Plenarsaal nicht fortzusetzen. Dann gehen Sie bitte hinaus.

Norbert Schmitt (SPD):

Ein Turmspringer, der in ein leeres Becken springt und an der höchsten Stelle meint, die Trendwende sei geschafft, der kann auch irren. Er kommt zumindest hart auf, meine Damen und Herren. So hart kommt auch der Finanzminister Hessens auf.

Wie verlogen – das Wort benutze ich bewusst – die Argumentation des Finanzministers ist, zeigt ein Blick in den Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2005 bis 2009. Auf Seite 48 sind die Eckdaten für die Entwicklung der Finanzen des Landes dargestellt. Daraus geht hervor, dass die Nettokreditaufnahme in den Jahren 2007, 2008 und 2009 jeweils rund 1,5 Milliarden € betragen wird. Das ist doch keine Trendwende, meine Damen und Herren. Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie so etwas behaupten in einer Zeit, in der Ihre eigenen Zahlen das Gegenteil beweisen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Finanzplanungsrat und zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Auch die Ausgaben werden über die 1-%-Grenze steigen. Auch das zeigt Ihr eigener Planentwurf. Sie beabsichtigen gar nicht, die Ziele einzuhalten. Wissen Sie, wie es weitergehen wird? Die Investitionen werden weiter sinken. Sie sollen von 10,5 % im Jahr 2006 auf 9,8 % im Jahr 2009 sinken.

Da spricht dieser Mann von Trendwende. Die Zinsausgaben werden weiter steigen – bis zum Jahr 2009 um weitere 120 Millionen €. Meine Damen und Herren, das ist keine Trendwende, sondern eine Wendeltreppe in die Verschuldung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, da kann man nur noch nachrichtlich sagen: Nach Ihrer eigenen Planung wird die Verschuldung im Jahr 2009 37,8 Milliarden € betragen. Und da spricht dieser Mann von Turnaround. Da scheint bei ihm wirklich einiges durcheinander geraten zu sein.

(Unruhe)

Auch die Aussagen des Finanzministers zum Kommunalen Finanzausgleich sind als typische Falschinformationen zu bezeichnen. Die Hessische Landesregierung hat in den letzten Jahren die Schlüsselzuweisungen einem unvorstellbaren Wechselbad ausgesetzt.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schmitt, eine Sekunde. – Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte nochmals herzlich darum, dass diese intensiven Unterhaltungen im Plenarsaal unterbleiben müssen. Sie wissen um die Akustik in diesem Hause. Der Redner ist nur schwer zu verstehen. Ich bitte um mehr Ruhe.

Norbert Schmitt (SPD):

Ich war beim Kommunalen Finanzausgleich. Es ist festzustellen, dass die Landesregierung ab 2001 die Finanzausgleichsmasse ungerechtfertigterweise drei Jahre lang um 51 Millionen € mit der Begründung gekürzt hat, die Kommunen erhielten wegen der Unternehmenssteuerreform Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer. Es hat sich dann aber gezeigt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sanken. Damit hat der Minister die Kommunen um insgesamt 150 Millionen € betrogen, ohne das nachzuholen. Der Minister selbst sagt, die Rechnung, die die Kommunalen Spitzenverbände aufmachen, ist korrekt, aber er hat das Geld nicht, um es den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, das ist ein ehrliches Eingeständnis, hilft aber den Kommunen nicht weiter. Wir verlangen, dass diese ungerechtfertigten Einschnitte, denen die Kommunen ausgesetzt waren, korrigiert werden.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dafür feiert der Minister in seiner Presseerklärung – heute hat er es nur kurz angesprochen – die Rückgabe von 28,2 Millionen €, welche die Kommunen zu viel als Beitrag zur deutschen Einheit geleistet haben, als Wohltat. Das ist aber keine eigenständige Leistung, sondern der Finanzminister ist dazu verpflichtet. In der Tat ist auch diese Darstellung mehr als tolldreist.

Im Gegensatz zu anderen Ländern bekommen die hessischen Kommunen die Folgen zu hoher Steueransätze im Landeshaushalt ohne jegliche Abfederung durch die Spitzabrechnung in einer Phase zu spüren, in der die Einnahmen bei ihnen ohnehin sinken. Jeder kann sich noch daran erinnern, dass im Dezember des vergangenen Jahres noch 92 Millionen € aus dem KFA gestrichen worden sind.

Die Landesregierung tut nichts, um die kommunalen Einnahmen zu verstetigen, wie dies beispielsweise Rheinland-Pfalz tut. Die Landesregierung ist nicht in der Lage, den Kommunalen Finanzausgleich neu zu ordnen und gerechter zu gestalten. Diese Landesregierung ist und bleibt kommunalfeindlich. Die Landesregierung beeinträchtigt durch ihren Erlass – Herr Bouffier hat ihn teilweise zurückgenommen, aber weitere dicke Brocken sind erhalten geblieben – auch die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir beraten heute unseren Antrag mit, der Sie auffordert, die Kürzung des Arbeitslosenansatzes im KFA zurückzunehmen. Sie haben hier 10 Millionen € gekürzt, die die Kreise mit hoher Arbeitslosigkeit unbedingt brauchen. Meine Damen und Herren, es ist ein Skandal, dass diese

Landesregierung die Landkreise mit hoher Arbeitslosigkeit derart im Stich lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Wir fordern Sie auf: Machen Sie dies rückgängig, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Seit ihrem Amtsantritt hat sich diese Landesregierung kommunalfeindlich gezeigt. Das setzt sich mit diesem Haushaltentwurf 2006 fort. Es war die Hessische Landesregierung, die weitere Entlastungen für die Kommunen im Bundesrat verhindert hat. Sie haben die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer verhindert. Es war auch die Hessische Landesregierung, die den Kommunen seit 1999 rund 300 Millionen € bei der Kinderbetreuung gestrichen hat. Die Hessische Landesregierung ist schließlich dafür verantwortlich, dass – anders als in anderen Bundesländern – die Kommunen bei der Kinderbetreuung faktisch allein gelassen und nicht unterstützt werden. Wie gesagt, sie hat Geld genommen und führt jetzt in einzelnen, ganz kleinen Brocken etwas zurück. Meine Damen und Herren, das ist aber keine anständige Politik, sondern gegenüber künftigen Generationen wirklich unanständig: 50 Millionen € pro Jahr – 100 Millionen DM pro Jahr –, die wir unter Rot-Grün zur Verfügung gestellt hatten, den Kommunen wegzunehmen und ihnen bzw. dem KFA jetzt stattdessen Kleckerbeträge zuzuführen.

Es ist wirklich tolldreist, dass der Finanzminister in dieser Situation sagt, die Landesregierung sei kommunalfreundlich.

Wenn ich bei den Tolldreistigkeiten bin, muss man zwangsläufig zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten kommen. Er kündigt „Heulen und Zähneklappern“ an. Das muss er eigentlich nicht, denn wenn man diese Politik der Landesregierung verfolgt, kommt einem dies automatisch. Dafür brauchen wir keine Ankündigung. Wenn aber ausgerechnet der Oberblockierer die Entwicklung der öffentlichen Finanzen bedauert und beklagt, dann treibt dies die Heuchelei in diesem Land tatsächlich auf eine Spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Koch war doch in den letzten Jahren der Anführer der Blockierer im Bundesrat. Er hat nahezu alle Vorstellungen abgelehnt, die es gab, um die finanzielle Situation der öffentlichen Hände zu verbessern. Aus parteitaktischen Spielchen hat der Hessische Ministerpräsident doch den Abbau von Steuervergünstigungen, -privilegien sowie den Subventionsabbau im Umfang von rund 17 bis 20 Milliarden € blockiert. Alleine für Hessen wäre dies ein Mehrergebnis von 700, vielleicht 750 Millionen € gewesen. Die Aufhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Schnittblumen ist doch vom Ministerpräsidenten als der Untergang des Abendlandes dargestellt worden. Ich bin über eines froh: Er muss jetzt kräftig zurückrudern. Es wird noch manches Interessante kommen, was er in den letzten Jahren sozusagen mit Hammer und Sichel bekämpft hat und Ihnen jetzt zur Zustimmung vorschlagen muss. Das wird noch schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Das wird noch schön – wenn der Ministerpräsident auf dem Parteitag vor Sie treten und sagen muss: Bitte stimmt allem zu, was ich in den letzten Jahren blockiert habe, da-

mit diese Koalition laufen wird. – Ich bin einmal gespannt, wie das laufen wird.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Rüdiger Hermanns, Horst Klee und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

„In Hessen herrscht Steuerchaos“ ist die Überschrift eines Berichts über einen Vertretertag der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, vom 13.10. in der „FNP“. Meine Damen und Herren, es fehlen Hunderte von Steuerprüfern. Der Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass wegen der verfehlten Personalpolitik Steuersünder nicht verfolgt werden konnten.

Meine Damen und Herren, wer wie der Finanzminister – so auch heute – zu geringe Einnahmen beklagt, der hat die Pflicht und Schuldigkeit, dort, wo er selbst Einfluss auf die Einnahmen nehmen kann, auch für die entsprechenden Einnahmen zu sorgen. Das ist übrigens auch ein Gebot der Steuergerechtigkeit – dass diejenigen, die zahlen müssen, vom Fiskus herangezogen werden. Das Schlimme ist, wegen der Personalsituation in der Steuerverwaltung ist dies zum großen Teil überhaupt nicht möglich. Das ist ein Skandal, und das hat niemand anderes als der Finanzminister selbst zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Finanzminister redet gerne über den Länderfinanzausgleich und die Belastungen daraus. Dazu stellen wir fest – der Kollege Kahl hat heute Morgen schon darauf hingewiesen –: Der Länderfinanzausgleich für Hessen sinkt.

(Unruhe)

Im Jahr 2000 betrugen die Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich 2,8 Milliarden €. Im Nachtragshaushalt 2005 liegen sie nun bei 1,22 Milliarden €, und im nächsten Jahr werden sie etwa 1,5 Milliarden € betragen,

(Zurufe von der CDU)

1,3 Milliarden €, 1,2 Milliarden €.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was denn jetzt? – Zurufe von der CDU)

– 1,8 Milliarden €? – Ja gut, dennoch: Wir sind im Jahr 2000 bei 2,8 Milliarden € gestartet und befinden uns jetzt im Jahr 2005 auf einem Tief mit 1,22 Milliarden €; nach den Schätzungen werden wir im Jahr 2006 bei 1,8 Milliarden € liegen. Diese Entwicklung geht deutlich nach unten, anders als beispielsweise in Baden-Württemberg oder Bayern. In Baden Württemberg blieb das etwa gleich – es gab Schwankungen um 100 oder 200 Millionen €. In Bayern steigen die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich sogar. Das macht deutlich, wie dramatisch die finanzpolitische Entwicklung in Hessen ist und dass Hessen zurückfällt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Krokodilstränen – der Kollege Hahn hat darauf hingewiesen, da befand er sich, mit Verlaub, noch in der Koalition mit der CDU –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das müsst ihr jetzt alles üben!)

– Ja, ja, wir üben. Es hat lange gebraucht, bis die FDP in Hessen es verstanden hat, Oppositionsarbeit zu machen.

Es ist vom Vorsitzenden der FDP-Fraktion zu Recht beklagt worden, dass der Hessische Ministerpräsident und

der hessische Finanzminister genau diesem Länderfinanzausgleich zugestimmt, ihn kräftig begrüßt und als tollen Kompromiss gefeiert haben. Jetzt aber beklagen sie sich darüber. Das macht die Unsolidität in der Argumentation mehr als deutlich.

(Unruhe)

Auch die Vergleiche, die Sie anbringen – Hessen sei besser als andere Länder –, stimmen so nicht mehr. Meine Damen und Herren, die Entwicklung ist dramatisch. Mittlerweile liegen wir nicht mehr besser als andere Bundesländer, beispielsweise was die Pro-Kopf-Verschuldung betrifft, sondern wir nähern uns sehr stark dem Bundesdurchschnitt an. Diese Entwicklung ist sehr negativ. Deswegen hat auch die Ratingagentur Standard & Poor's Hessen downgeratet. Damit haben Sie ins Stammbuch geschrieben bekommen, wie Ihre Finanzpolitik eingeschätzt wird.

Herr Minister, Sie haben gesagt, Hessen ist ein prima Land. In der Tat ist Hessen ein prima Land, aber es hat eine ganz schlechte Regierung. Das ist unser Problem. Diese Landesregierung steht für eine enthemmte Ausgabenpolitik. Der Finanzminister ist schon lange nicht mehr Herr der Lage, sondern treibt wie ein Kork auf der Oberfläche eines tiefen Schuldenmeeres. Die Wellen schlagen über ihm zusammen, aber ihn kümmert das nicht, denn er kann sich auf eine absolute CDU-Mehrheit verlassen, und deswegen geht er nicht unter. Das ist seine tiefe Gewissheit, aber es ist nicht gut für das Land, dass er hier keine Anstrengungen mehr unternimmt. Die hohe Verschuldung, das Nichthandeln dieser Landesregierung, der mangelnde Wille und die fehlende Kraft zum Sparen versenken dieses Land. Das Land sinkt ab: Beim Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2005 liegen wir nur noch auf Platz 12. Das ist zwar zwei Tabellenplätze besser als die Eintracht. Aber wenn man als Tabellenführer unter Rot-Grün gestartet ist, dann ist das ein sauschlechtes Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen und Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit in Hessen steigt. Sie liegt jetzt über dem Bundesdurchschnitt.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Kollege Schmitt, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schade!)

Norbert Schmitt (SPD):

Bei der Zahl der freien Ausbildungsplätze im Verhältnis zu den Bewerbern steht Hessen mittlerweile ganz hinten. Hessen steigt wirtschaftspolitisch, arbeitsmarktpolitisch und finanzpolitisch ab. Diese Bereiche gehören eng zusammen. Das sind die zentralen Bereiche, um die Zukunft unseres Landes, um Bildung und Betreuung zu sichern. Der Haushaltsentwurf 2006 ist ein weiterer Beweis dafür, dass diese Landesregierung keine Zukunft mehr für dieses Land erschließen kann. Das ist das Schlimme, und das dokumentiert auch dieser Haushaltsentwurf 2006. – Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Al-Wazir zu Wort gemeldet.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantrage namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags die Herbeirufung des Ministerpräsidenten zu dieser Sitzung. Ich habe in den letzten Jahren, seitdem die CDU hier die absolute Mehrheit hat, schon viel erlebt. Aber ich habe mir nicht träumen lassen, dass wir einmal eine Sondersitzung zur Einbringung des Landeshaushaltes haben, in der über mehr als eine Stunde auf der Regierungsbank überhaupt nur zwei Minister sitzen. Wenn wir nicht so kollegial, wie wir sind, gesagt hätten, dass wir diesen Antrag stellen werden, wären wahrscheinlich von der CDU-Fraktion weiterhin nur sechs Abgeordnete – ich habe vorhin durchgezählt – im Saal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass der Ministerpräsident des Landes Hessen, der in seinem Kabinett hat beschließen lassen, dass der Haushalt nicht, wie vereinbart, im September eingebracht wird,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

der diesen Antrag auf Sondersitzung des Plenums im Ältestenrat durch den Staatsminister Grüttner hat einbringen lassen, dass dieser Ministerpräsident, auf dessen Handeln diese Sondersitzung zurückzuführen ist, bei dieser Sitzung zur Einbringung des Landeshaushaltes für das Jahr 2006 auch anwesend ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, es gehört auch zur Selbstachtung des Parlaments, dass man bei einem der wichtigsten Punkte im Laufe eines Jahres Anwesenheit zeigt und Anwesenheit auf der Regierungsbank hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen herzlichen Dank.

Damit auch klar ist, wer das für wichtig oder für unwichtig hält, beantragen wir, diese Abstimmung namentlich durchzuführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Al-Wazir. – Herr Staatsminister Grüttner hat sich zu Wort gemeldet.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es stimmt, dass der Hessische Ministerpräsident zum jetzigen Zeitpunkt auf dem Weg nach Berlin ist. Ab heute Mittag finden dort Gespräche zur zukünftigen Finanzpolitik Deutschlands statt. Es geht dabei um die wichtigste Frage zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands, aber auch seiner Länder. Jeder andere Landtag in Deutschland – egal, wer dort in Regierung oder Opposition steht – würde sich glücklich schätzen und müsste ein ureigenes Interesse daran haben, dass der jeweilige Ministerpräsident die Chance hätte, an diesen Gesprächen teilzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Der Hessische Ministerpräsident hat diese Möglichkeit, sogar an den Gesprächen im allerkleinsten Kreis teilzunehmen, und hat damit die Möglichkeit, die Interessen unseres Landes Hessen, aber auch die der anderen Bundesländer unmittelbar zu vertreten. Deshalb ist es gut, dass der Ministerpräsident heute Morgen unter dem Eindruck der ersten Debatte, die heute hier geführt worden ist, hier war und jetzt in Berlin diese Gespräche führt, und zwar im Interesse Deutschlands, aber auch ganz besonders im Interesse unseres Bundeslandes Hessen. Deshalb bitte ich an dieser Stelle, diesen Antrag, der eben gestellt wurde, abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Hahn, Sie haben für die FDP-Fraktion das Wort.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dass jetzt namentlich abgestimmt werden muss, dafür haben wir relativ wenig Verständnis, weil das nur Zeit kostet und nicht viel bringt.

(Beifall bei der FDP)

Dass abgestimmt wird, dafür haben wir Verständnis. Wir sind der festen Überzeugung, dass es Pflichtaufgabe eines Ministerpräsidenten ist, anlässlich zur Debatte der Einbringung seines eigenen Landeshaushaltes hier anwesend zu sein.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt im Terminplan eines Ministerpräsidenten nichts Wichtigeres, als vor dem Parlament, der ersten Gewalt, das Wichtigste, was das Parlament und die Regierung verbindet, nämlich den Haushalt, einzubringen und bei der Beratung dabei zu sein.

(Volker Hoff (CDU): Er hat es nicht verstanden!)

Man muss in seinem Leben, im Berufsleben und auch im Terminkalender Prioritäten setzen. Die Priorität eines Ministerpräsidenten heißt: Wenn die erste Lesung des Haushalts stattfindet, dann muss er auch im Landtag anwesend sein.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich will jetzt nicht über die Debatten der letzten 48 Stunden reden. Aber ich kann darauf hinweisen, dass in den letzten 48 Stunden viele Termine in Berlin aus den verschiedensten Gründen – beginnend seit Montagmittag – verschoben worden sind. Wenn denn die Anwesenheit des Hessischen Ministerpräsidenten in Berlin wirklich so wichtig ist, dann wäre auch der Termin in Berlin, um den es jetzt geht, noch einmal um zwei Stunden verschoben worden.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Liberale sagen sehr bewusst: Wir im Hessischen Landtag und deshalb auch die Landesregierung sind zualtererst den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Hessen

verantwortlich. Diese haben uns eingesetzt, und diese bezahlen uns. Deshalb sollte der Ministerpräsident auch hier sein.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kahl hat sich für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. – Meine Kolleginnen und Kollegen, ich bitte wieder um mehr Ruhe.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich eine Selbstverständlichkeit, dass der Ministerpräsident, der Finanzminister und eigentlich das ganze Kabinett hier an einer Haushaltsberatung teilzunehmen haben. Das ist ein Grundsatz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Al-Wazir hat sicherlich Recht, dass es schon ein beschämendes Bild war, wer hier auf der Regierungsbank – auch bei der Rede des Ministers – nicht anwesend war. Meine Damen und Herren, auf der anderen Seite wissen Sie ganz genau, dass wir bezüglich der Bildung der Bundesregierung und bezüglich der Koalitionsverhandlungen in einem engen Terminplan stehen. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erwartet,

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

dass eine neue Bundesregierung zügig gebildet wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wollen wir den Landtag auflösen, oder was?)

– Frau Kollegin, aus diesem Grunde muss man sehr klar sagen, dass es in dieser Situation darum geht, die Weichenstellung für diese neue Regierung in Berlin vorzunehmen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Zwei Stunden!)

– Frau Kollegin, es stellt sich die Frage, warum gerade der Ministerpräsident des Landes Hessen bei der schlechten Haushaltsbilanz der Verhandlungsführer der CDU in Berlin ist. Das müssen wir uns natürlich in dem Zusammenhang fragen.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist wie immer: Wenn zwei Partner miteinander verhandeln, hat der jeweilige Partner zu entscheiden, wer Verhandlungsführer ist.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich verstehe manche Ungeduld an dieser Stelle. Trotzdem bitte ich, Herrn Kahl zu Wort kommen zu lassen.

Reinhard Kahl (SPD):

Aus diesem Grunde müssen wir akzeptieren, dass aufgrund des engen Terminplanes ausnahmsweise der Ministerpräsident an dieser Debatte nicht teilnimmt. Meine Damen und Herren, wenn Sie es einmal genau nehmen, ist bei diesem Antrag auch ein Stück Spielchen enthalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Zurufe von der FDP)

Aus diesem Grunde sage ich, dass die Priorität in dieser Frage eindeutig bei der Bildung der Regierung und des Koalitionsvertrages ist. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Lachen und Zurufe von der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Lassen wir erst einmal wieder etwas mehr Ruhe einkehren. Dann darf ich Herrn Gotthardt für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Frank Gotthardt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nichts zur weiteren Erregung hier im Hause beitragen. Aber ich finde, es gibt Punkte, die bei den Geschäftsordnungsdebatten gesagt werden müssen. Zu diesen Punkten, die gesagt werden müssen, gehört, dass ursprünglich der Termin für diese Haushaltsberatungen der 2. November – der gestrige Tag – sein sollte. Zu diesen Punkten, die gesagt werden sollten, gehört, dass aufgrund der ursprünglichen Planung, was Haushaltsklausuren angeht, einige Fraktionen an dieser Stelle ein Problem gesehen haben. Es war insbesondere die FDP-Fraktion, die darauf gedrängt hat, dass es nicht der 2., sondern der 3. November ist.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der FDP)

Es war die FDP-Fraktion. Es ist wichtig, dass das in dem Protokoll steht, damit es jeder weiß. Alle wussten, dass es zu Beeinträchtigungen kommen und dass Roland Koch wegen der Koalitionsverhandlungen nicht hier sein kann. Alle haben zugestimmt, dass trotzdem heute getagt wird, weil wir der FDP-Fraktion entgegenkommen wollten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Alle Fraktionen haben sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

(Zuruf von der CDU: Jetzt stimmen wir ab!)

Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Wir treten damit in das Abstimmungsverfahren ein. Die beiden Kollegen zur Rechten und Linken sind präpariert.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, Sie haben Anspruch auf ein korrektes Ergebnis. Wir brauchen etwas Zeit zum Auszählen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Mehrheit hat Nein gesagt! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Antrag scheint abgelehnt zu sein!)

Meine Damen und Herren, 20 haben dafür gestimmt und 86 dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir fahren dann in der inhaltlichen Debatte fort. Als Nächster hat Herr Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Rederecht.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht verlassen all diejenigen den Saal wieder, die den Ministerpräsidenten eh nicht hier haben wollten. Sie wollen dann wohl auch nicht ernsthaft den Haushalt diskutieren. Wir auf jeden Fall wollen das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich mache noch eine Vorbemerkung insbesondere zu dem verehrten Kollegen Gotthardt. Sehr geehrter Herr Kollege Gotthardt, wenn man einen Fehler vertuschen muss, sollte man nicht versuchen, ihn auf andere zu schieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Was Sie gerade getan haben, war grob unfair, weil die Vereinbarung war, dass wir heute tagen und dass der Ministerpräsident bis 16 Uhr Zeit hat. Dass sich das verschoben hat, liegt allein in Ihrer Regieverantwortung und nicht in der Verantwortung derer, die den Termin vereinbart haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wer in diesen Tagen eine Nachrichtensendung im Fernsehen angeschaut oder in eine Zeitung geblickt hat, der sah dort in der Regel in staatsmännischer Pose das sehr bekannte Gesicht von Roland Koch. Wir müssen es heute hier vermissen. Er trat dort überall auf und gab den großen Staatsmann, der zugleich ahnungslos vor gewaltige Probleme gestellt wurde. „Die Größe des Haushaltslochs hat sogar mich überrascht“, so spricht er mit gespielter Gelassenheit, um damit darzustellen, dass er aus einer anderen Welt kommt und mit all dem nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Da haben wir ihn wieder: Roland Koch als virtuoser Meister auf dem Feld der Unwahrheiten und Verdrehungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Erstens sollte einen Ministerpräsidenten ein Haushaltsloch nicht überraschen, wenn er mit seinem Kabinett soeben den fünften verfassungswidrigen Haushaltsentwurf in Folge beschlossen hat, der obendrein mal wieder eine Rekordverschuldung beinhaltet. Zweitens wäre es eigentlich gut, nicht zu vergessen, dass es über Jahre hinweg genau dieser Roland Koch höchstpersönlich und selbst war, der durch die Organisation der Blockade im Bundesrat immer wieder verhindert hat, dass die Steuereinnahmen des Staates stabilisiert werden konnten.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Ein Oberbrandstifter tritt mal wieder in der Uniform des Feuerwehrhauptmannes auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Machen wir das widerwärtige kochsche Monopoly-Spiel etwas konkreter deutlich. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ von vergangenem Sonntag sagt er zu den Kürzungen – ich zitiere –: „Ohne die Eigenheimzulage wird es kaum gehen.“ Da wundert sich bei Ihnen keiner über diese Kehrtwende. Letztes Jahr äußerte Roland Koch – so ist es auf seiner Homepage nachzulesen –, die Eigenheimzulage sei das wichtigste Instrument zur Förderung des selbst genutzten Wohneigentums, schaffe Arbeit und wirke zielgenau. Deshalb fordere er – das ist ein Jahr her – die Bundesregierung auf, ihre Pläne zur Abschaffung der Eigenheimzulage nochmals zu überdenken. Und es ist noch kein ganzes Jahr her, dass der Ministerpräsident dies wiederholt hat. Ich darf ebenfalls aus der Homepage zitieren: „Der Hessische Ministerpräsident lehnt die von der rot-grünen Bundesregierung geforderte Streichung der Eigenheimzulage weiter strikt ab.“

Das war übrigens genau zu dem Zeitpunkt, als wir hier im Landtag über eine weitere Erhöhung der Nettoneuverschuldung des Landeshaushalts um fast 670 Millionen € oder rund 60 % der ursprünglich vorgesehenen Verschuldung diskutiert haben. Koch lehnt weiterhin ab, Einnahmen zu stabilisieren.

Ist Koch ein ernst zu nehmender Politiker oder ein politisches Chamäleon? Auf der Grundfarbe tiefschwarz wird die aktuelle Meinungsfarbe immer so moderiert, dass er damit möglichst große Aufmerksamkeit erregt, aber gewiss nicht, um damit ein Problem zu lösen. Denn erst wird das Problem geschaffen und jahrelang wachsen gelassen, um dann Überraschung über die Dramatik der Zahlen zu zeigen. Das schafft dem Ministerpräsidenten gewiss ein Problem. Das ist so unlogisch, dass es nicht einmal seine Freunde bei der CDU noch glauben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Unlogik wird dann auch nicht durch starke Worte übertönt wie die Anleihe bei der Bibel. Wir haben schon einiges darüber lesen können. Das vollständige Zitat bei Matthäus 8, Vers 12, lautet:

Aber die Kinder des Reichs werden ausgestoßen in die Finsternis hinaus. Da wird sein ein Heulen und Zähneklappen.

So sagt es der alte Text.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Klappern!)

Der neue Text spricht vom Zähneklappen, wie die Bibelkenner wissen. Das Heulen und Zähneklappen kommt im Matthäus-Evangelium noch mehrfach vor. Durchgängig ist es das Charakteristikum der Finsternis, also das Gegenteil des Evangeliums, der frohen Botschaft.

Wenn Roland Koch von Heulen und Zähneklappen spricht, dann signalisiert er: Die Regierung in Berlin wird die frohe Botschaft nicht bringen.

Wenn wir uns das genauer anschauen, können wir feststellen, dass wir es mit zwei Köchen zu tun haben. Ich nenne sie einmal den Bundes-Koch und den Hessen-Koch. Die Verbindung zwischen den beiden ist offensichtlich stark gestört. Das fällt schon seit längerer Zeit auf.

Der – immer wieder und jetzt erst recht – Zurück-nach-Bayern-Edi hatte bereits vor zwei Jahren seinen nördlichen Nachbarn Roland aufgefordert, zuerst einmal daheim seinen Laden in Ordnung zu bringen, bevor er auf bundespolitischer Ebene große Töne spucke. Das war, wie wir wissen, in jeder Hinsicht vergebens. Der Bundes-Koch

spuckt weiterhin große Töne, der Hessen-Koch lässt die Schulden explodieren.

Wer in diesen Tagen über die finanziellen Zusammenhänge zwischen dem Bund und Hessen spricht, kommt insbesondere in dieser Woche nicht umhin, auch die politische Aufführung anzusprechen, die derzeit in Berlin gegeben wird. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte ich dazu nur sagen: „Comedy at its best“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines finde ich absolut faszinierend: Da vertreibt eine junge Frau aus Rheinland-Pfalz an einem einzigen „Bloody Monday“ mit einem Schlag mehrere alte Männer von der Macht. Erst versetzt sie die SPD in zentrifugale Bewegungen. Dann macht sie sich auch noch um die Republik echt verdient. Denn die beste Nachricht dieser Woche lautet doch: Edi bleibt an der Isar. – Er wird weiterhin in Wolftratshausen frühstücken. Mit Erwin Huber und Günther Beckstein erlebt er jetzt den Beginn einer wunderschönen Freundschaft.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Satiriker und Kabarettisten können einen längeren Urlaub antreten. Die Politik ist selbst zur Karikatur geworden und ersetzt alle anderen.

Folgendes ist übrigens ein ganz schlechtes Zeichen vor allem für uns Männer in der Politik: Zwei Frauen, Angela und Andrea, stehen, auch noch am Reformationstag, wie Luther ganz fest, und die Männer rennen weg. Das ist doch ein bisschen schofelig, oder nicht?

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im hoch gelobten Kompetenzteam der Angela waren einst zwar nicht zehn, aber immerhin doch drei kleine Negerlein, also drei schwarze Ministerpräsidenten, vertreten. Jetzt sind sie alle nicht mehr dabei. Alle lassen Angela im Stich.

(Minister Volker Bouffier: Angela allein zu Haus!)

Eigentlich müsste man Frau Merkel empfehlen, Frau Nahles als Vizekanzlerin neben sich zu holen. Denn dann braucht sie wenigstens keine Angst mehr vor alten Männern wie Edi aus München zu haben. Aber daraus wird wohl leider nichts. Dazu sind die Parteigräben wohl doch zu tief.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sollte unbedingt der schwarze Retter Roland, der Angela immerhin im ersten Akt des laufenden Dramas als Erster zur Königin ausgerufen hat – vielleicht ist er deshalb auch auf dem Weg –, jetzt auch zu ihr stehen und nicht, wie es andere tun, weglaufen. Die optimale Lösung für die Albanienkoalition in Berlin wäre doch – das sind wir uns doch alle einig –: Der Müllermeister aus Franken darf das tun, was er am liebsten tut, nämlich die Soldaten kommandieren. Ritter Roland kann dann statt Edi das supergroße Wirtschaftsministerium übernehmen. Franz Josef würde uns dann nicht verlassen, sondern stattdessen den Sessel des Ministerpräsidenten erklimmen. Damit wären doch alle überglücklich. Wir wären ihn dann hier los. Koch hätte dann die Chance, das umzusetzen, was er gerade fordert. Sein alter Kumpel Peer könnte ihm beistehen. Das könnte ein zweites Mal ein Paar wie Plisch und Plum werden, das es Ende der Sechzigerjahre gab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei wäre manches von dem, was damals geschaffen wurde, heute wieder zu beseitigen, wenn wir unseren Föderalismus retten wollen.

Meine Damen und Herren, vielleicht werden Sie es zuerst nicht glauben. Wenn Sie darüber nachdenken, werden Sie merken: Das hat mit dem Haushalt des Landes Hessen sehr viel mehr zu tun, als es auf den ersten Blick erscheint. Diese Erkenntnis ist keine, auf die jetzt insbesondere die GRÜNEN gekommen wären. Vielmehr ist das der Grund, weshalb wir heute hier sitzen. Ich darf aus einem Schreiben des Finanzministers vom 1. August dieses Jahres zitieren:

Erläuternd sei hinzugefügt, dass bis zu diesem Zeitpunkt

– damit ist als spätester Zeitpunkt der heutige Tag gemeint –

sicher zu erwarten ist,

– ich betone: „sicher zu erwarten ist“ –

dass eine neu gewählte Bundesregierung das Regierungsprogramm festgelegt hat und die entsprechenden Beschlüsse für den Landeshaushalt 2006 eingearbeitet werden können.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war wohl nichts!)

Erkennbare Weichenstellungen im bundespolitischen Raum können beachtet und deren Auswirkungen auf den hessischen Landeshaushalt antizipiert werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war wohl nichts!)

So wäre eine sachgerechte Beratung des Etats für das Jahr 2006 möglich.

Wir kennen das ja: Wenn der Finanzminister etwas mit Sicherheit erwartet, dann tritt es mit Sicherheit nicht ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir – damit meine ich alle Mitglieder der Opposition dieses Hauses – haben Ihnen das schon mehrfach gesagt. Allein Herr Weimar und sein Echo, Herr Milde, haben heftig widersprochen.

Meine Damen und Herren, wenn wir davon nicht beeindruckt sind, müssten Sie es doch wenigstens sein. Sie müssten doch von den Worten beeindruckt sein, die der Finanzminister geschrieben hat.

Ich frage Sie dann aber: Warum sind Sie eigentlich heute hier? – Nach den Aussagen des Finanzministers ist nämlich eine sachgerechte Beratung des Entwurfs des Etats für das Jahr 2006 nicht möglich. Zumindest ist das heute nicht möglich. Oder haben Sie bis zur jetzigen Stunde etwas von einem Regierungsprogramm aus Berlin gehört, aus dem sich Weichenstellungen erkennen lassen?

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Milde, eigentlich könnten wir nach Hause gehen. Den Entwurf könnten wir dann beraten, wenn wirklich etwas Beratbares vorliegt.

Fest steht, dass bislang nichts vorliegt, auf das man, finanzwirtschaftlich gesehen, selbst bei größter Risikobereitschaft setzen könnte. Dabei weiß man nur nicht, ob dies wegen oder trotz der Aktivitäten des Ministerpräsidenten in Berlin so ist.

Herr Kollege Gotthardt, weil alles so unklar ist, ist es deshalb wieder einmal präventiv nötig, dass die CDU damit

beginnt, die Schuldigen zu suchen. Bei der politischen Rechten in Deutschland sind immer die anderen schuld, wenn sie selbst politische Fehler begangen haben. Das ist allgemein bekannt. Ganz früher ging es dabei um den Dolchstoß. Dann waren es die November-Verbrecher. In Hessen war dann Rot-Grün schuld. Das ist jetzt aber auch schon lange her. Wenn gar nichts anderes half, war der ehemalige Kollege von Plottnitz schuld. Im Bund ist jetzt natürlich auch wieder Rot-Grün an allem schuld. Ministerpräsident Koch spricht in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 30. Oktober 2005 davon, dass die Erblast gigantisch sei und die Dramatik, die sich aus den Zahlen ergebe, sogar ihn, also Herrn Koch, überrascht habe.

Die Landesregierung ist aber doch im Bundesrat vertreten. Jeder Beschluss, der die Steuern betrifft, muss den Bundesrat passieren. Auch der Bundeshaushalt wird im Bundesrat behandelt. Hat Herr Koch denn ausgerechnet bei der Behandlung all dieser Themen geschlafen, oder hat er sich nicht informieren lassen? Gibt er jetzt, wie es auch bei der Schwarzgeldaffäre der Fall war, den Ahnungslosen, um anschließend brutalstmöglich zuschlagen zu können?

Natürlich weiß auch die Hessische Landesregierung immer sehr genau, wie die finanzielle Lage des Bundes aussieht. Deshalb kann man das auch einem Ministerpräsidenten nicht abnehmen, der plötzlich den ahnungslosen Hinterbänkler spielt. Es ist doch mittlerweile deutlich, dass das Wahlversprechen der Union auf Senkung der Einkommensteuer ebenso unredlich wie die angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten war.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Sich jetzt in Nichtwissen zu flüchten, um nicht als Betrüger entlarvt zu werden, das kann nur einer wie Roland Koch versuchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Norbert Schmitt und Petra Fuhrmann (SPD))

Das kann nur einer wie Roland Koch versuchen, dessen Glaubwürdigkeit sowieso irreparabel zerstört ist. Das weiß er auch.

Dazu passt auch die Äußerung des Herrn Koch, dass, wenn die staatlichen Finanzen denselben Regeln wie denen der Wirtschaft unterworfen wären, die Verantwortlichen im Bund täglich mit Strafverfolgung rechnen müssten,

(Norbert Schmitt (SPD): Das gilt aber auch für Hessen!)

wenn sie nicht unverzüglich beim Konkursrichter Insolvenz anmelden würden. So sprach er zu mir aus dem Fernsehen. Herr Koch, ich hätte Sie jetzt gerne gefragt: Haben Sie denn schon bei Gericht Konkurs angemeldet? – Auch Hessen ist doch schon längst pleite. Sie verhökern das Vermögen und vergrößern gleichzeitig den Schuldenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ein Blick ins Lexikon gab mir Aufklärung. Ich war nämlich etwas verwirrt. Herr Kollege Milde, passen Sie gut auf. Dort fand ich, dass unter „Trend“ das Einschlagen einer bestimmten Richtung verstanden wird. Unter Trendwende ist demzufolge die Änderung der Richtung zu verstehen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Genau!)

Das habe ich mir allerdings schon gedacht, bevor ich nachschlug. Nur war ich mir jetzt aber sicher, dass nicht ich spinne.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn ich hatte in der Pressemitteilung des Finanzministers vom 14. Oktober 2005, mit der er den Haushaltsentwurf vorstellte, schon in der Überschrift gelesen – ich zitiere –:

Haben Trendwende geschafft

(Heiterkeit der Abg. Tarek Al-Wazir, Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Die Zahlen, die das belegen müssten, lauten: Während der Regierungszeit in diesem Jahrhundert, in der Herr Weimar dafür zuständig war, betrug die im Entwurf des Haushalts der Regierung vorgesehene Nettoneuverschuldung jeweils wie folgt. Im Jahre 2001 waren es 664,7 Millionen €, im Jahre 2002 waren es 817,8 Millionen €, im Jahre 2003 waren es 1.046,7 Millionen €, im Jahre 2004 waren es 1.127,6 Millionen €, und im Jahre 2005 waren es 1.130,5 Millionen €.

Ich kann demnach schon im Haushaltsentwurf einen Trend zu einer immer weiter steigenden Neuverschuldung erkennen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Jetzt haben wir die „Trendwende“. 2006 sind es jetzt 1.675,5 Millionen €.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das ist erneut deutlich mehr als in den Vorjahren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Neusprech von Herrn Metz!)

Jetzt kommt die Frage: Wer spinnt hier eigentlich?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo um alles in der Welt erkennt hier jemand, der bei Verstand ist, eine Trendwende? Erklären Sie es mir bitte. Wer kann einen Finanzminister, der bei diesem Haushaltsentwurf eine Trendwende erkennt, noch ernst nehmen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sehr verehrter Herr Weimar, um es ganz klar zu sagen: Nur wenn man die Richtung ändert, also nicht mehr, sondern weniger neue Schulden zu machen beabsichtigt, könnte man vielleicht von einer Trendwende sprechen. Aber das Gegenteil ist doch der Fall. Der Sturz ins Schuldenloch wird rasant beschleunigt. Sie ändern doch leider überhaupt nicht die Richtung Ihres Verschuldungskurses, sondern nur die Geschwindigkeit. In der bisherigen Richtung wird weiterhin fröhlich Geld ausgegeben. Da werden weitere Immobilien verkauft – wann ist eigentlich nichts mehr da? –, und es werden immer mehr Schulden gemacht.

Meine Damen und Herren, seit 1999 ist eine Regierung Koch in Hessen im Amt und mit ihr Karlheinz Weimar als Finanzminister. In diesen rund sieben Jahren haben diese zwei einschließlich des Entwurfs 2006 insgesamt 10.499 Millionen € zusätzliche Schulden dem Landshaushalt aufgebürdet. Dies ist fast ein Drittel aller Schulden, die in den „60 stolzen Jahren“, die wir zurzeit gerade feiern, auf-

genommen wurden. Das ist das Dreifache des Durchschnitts der 60 Jahre.

Auch in den Augen der CDU ist dies eine Trendwende und obendrein das Ergebnis vorausschauender Finanzplanung. Wer sich jetzt wundert, schaue bitte nach in einer Pressemitteilung des Kollegen Milde, auch vom 14.10. Dort steht es genau so drin. Er sieht bei der Entwicklung der Nettoneuverschuldung Erfolge. – Man wagt es kaum zu lesen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, Erfolge bei dieser Politik gibt es doch höchstens für die Branche, in der Sie tätig sind, nämlich für das Kreditgewerbe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Für die Bürgerinnen und Bürger Hessens ist es jedenfalls keine Erfolgsmeldung, wenn sie jetzt erfahren, dass jede und jeder von ihnen, egal ob Säugling oder Opa, ziemlich genau 1.750 € Schulden nur von Roland Koch und Karlheinz Weimar aufgebürdet bekommen haben. Mit der aktuellen Finanzplanung, die uns auch vorliegt, für die weiteren Jahre dieser Legislaturperiode und den dort geplanten weiteren Neuverschuldungen von 4.680 Millionen € werden es dann mehr als 2.500 € pro Nase in Hessen, für jede Hessin und jeden Hessen, sein, bevor wir Karlheinz Weimar endlich loswerden

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– loswerden können. Warten wir es ab, wir arbeiten daran.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir auch!)

Meine Damen und Herren, auch an dieser Stelle zeigt es sich, dass vom Konsolidierungswillen bei dieser Regierung und diesem Finanzminister überhaupt keine Rede sein kann. Im Finanzplan lesen wir stattdessen – ich zitiere –:

Die Wiedereinhaltung der Regelgrenze der Verfassung für die Neuverschuldung wird ... nur bei einer erheblichen Verbesserung bundespolitischer Rahmenbedingungen erreichbar sein.

Übersetzt bedeutet das nichts anderes als das offene Bekenntnis, dass es Herrn Weimar und seinen Kollegen im Kabinett an jeglichem Sparwillen fehlt. Diese Landesregierung ist erkennbar überhaupt nicht bereit, Anstrengungen zur Haushaltssanierung auch nur in Erwägung zu ziehen, sondern will das Wunder von Berlin abwarten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn alle Landesregierungen in Deutschland dies ebenso halten, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass Angela immer einsamer wird. Verantwortungslosigkeit und Egoismus, die insbesondere die Menschen wie Herr Koch und Herr Stoiber den so genannten Achtundsechzigern immer vorgeworfen haben, sind doch in Wahrheit die inneren Triebfedern bei den Granden der CDU. Anders kann man es nicht erklären, dass auch und gerade Roland Koch so wenig an staatspolitischer Verantwortung zeigt, dass er seine Forderung im Bund nicht einmal im Ansatz in seinem eigenen Bundesland umsetzen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Kürzungen, die niemand merkt, sind Illusion – das ist die Kernbotschaft des Haushaltsexperten Koch, der gleichzeitig in Hessen verkündet bzw. durch den Finanzminister verkünden lässt, dass gravierende Einschnitte bei den Ausgaben derzeit unverantwortlich seien. So beschließt denn auch das Landeskabinett:

In seiner Finanzpolitik lässt sich Hessen von der Verantwortung für heutige und kommende Generationen mit dem Ziel leiten, letztere nicht stärker zu belasten, als es eine verantwortungsbewusste finanzielle Konsolidierungspolitik erlaubt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unfassbar!)

Meine Damen und Herren, das ist das so genannte Oberziel bei der Finanzwirtschaft, im Einzelplan 06 nachzulesen. Unter diesem Oberziel verbirgt sich eine Nettoneuverschuldung von 1.675 Millionen €,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Welches Oberziel haben Sie eigentlich?)

so viel, wie noch nie in der Geschichte Hessens in einem Haushaltsentwurf der Landesregierung gestanden hat.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ich habe das Gefühl, dass Sie noch nie regiert haben! Wer hat denn vor sieben Jahren regiert?)

– Darauf kommen wir noch, Herr Kollege. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte gerne den Ministerpräsidenten angesprochen. Jetzt tue ich es nur mit dem Finanzminister. Ich frage Sie: Warum verhöhn Sie die hessischen Bürgerinnen und Bürger auf diese üble Weise? Mit Ihrer Geschichte von verfassungswidrigen Haushalten in den letzten Jahren haben Sie doch jedes Recht verwirkt, das Wort „verantwortungsbewusst“ überhaupt noch in den Mund zu nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ihre gesamte Konsolidierungsrhetorik ist ein einziges Lügnermärchen. Ernsthafte Sparwille ist ein Fremdwort. Da werden Schulden ohne Ende gemacht, und da dies immer noch nicht reicht, wird das Vermögen des Landes in großen Portionen verhökert. Gleichzeitig wird ein Schloss gekauft, ein Parkplatzgrundstück in Berlin erworben, das niemand braucht. Immer mehr Mittel werden in den Straßenbau gesteckt, es wird ein Flughafen gebaut, den niemand anfliegen will, und es steigen die Gesamtausgaben für das Abenteuer neue Verwaltungssteuerung auf 340 Millionen € – ein Projekt, das einst mit Kosten von 50 Millionen € präsentiert wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in diesem Zusammenhang von der Verantwortung für die heutige und kommende Generationen spricht, der leugnet die eigene Verantwortung, der handelt feige und verwerflich, der betrügt die Menschen vorsätzlich. Genau dies werfe ich der Regierung und persönlich dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister vor.

Ich klage Sie der vorsätzlichen Untreue bezüglich der Vermögenswerte des Landes und der Steuergelder seiner Bürgerinnen und Bürger an.

(Frank Gotthardt (CDU): Uiuuiuiui!)

Ich klage Sie der vorsätzlichen Falschaussage bezüglich Ihrer Handlungsweise an, die das Gegenteil der verkündeten Propaganda darstellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich klage Sie der wiederholten Verletzung Ihres Amtseides durch Bruch der Verfassung und Verstoß gegen Ihre Pflicht an, dem Parlament einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Bevor Sie sich weiter aufregen, Herr Kollege: Natürlich sind das politische Anklagen und keine beim Staatsanwalt, was aus meiner Sicht allerdings sehr zu bedauern ist. Ein Finanzminister vor den Schranken eines Schwurgerichts, angeklagt der Vergeudung von Steuergeldern, hätte gewiss eine sehr heilsame Wirkung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Meine Damen und Herren, eine strafrechtliche Verantwortlichkeit ebenso wie eine Vermögenshaftung bei der Regierung für das, was sie den Bürgerinnen und Bürgern zumutet, wäre offensichtlich der einzige wirksame Weg, den Tätern auf der Regierungsbank das Handwerk zu legen.

(Minister Karlheinz Weimar: Unverschämtheit!)

– Der Finanzminister ruft „Unverschämtheit“ dazu. Herr Finanzminister, ich meine das genauso unversöhnlich, wie ich es sage, denn es ist schon lange Schluss mit lustig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Das ist eine Schweinerei! Unverschämtheit!)

Es geht nicht um die Eitelkeiten der Politiker, die sich alles erlauben, nur um medial zu erscheinen,

(Frank Gotthardt (CDU): Sie wollen wohl noch eine Ältestenratsitzung provozieren!)

sondern es geht um die Zukunft der Menschen in diesem Land, und die haben keinerlei Verständnis für das, was die Politik derzeit produziert. Aber sie haben einen Anspruch darauf, dass ehrlich mit ihnen umgegangen wird und dass ihnen, vor allem den Jüngeren und auch denjenigen, die noch gar nicht geboren sind, die sich nicht wehren können, nicht immer mehr Lasten auferlegt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Kaufmann als Rächer der Entrechteten!)

Null Toleranz für jeden Verstoß gegen die Verschuldungsgrenze der Verfassung – das müsste doch den einstigen Law-and-Order-Politikern in der CDU gefallen.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Es scheint nicht so zu sein, aber seit Jahren regiert, wie wir schon seit langem von der CDU wissen, ein nonchalantes Umgehen mit Rechtsvorschriften und Regeln bei Ihnen. Früher war das anders. Da wurden wir GRÜNEN für unsere Toleranz beschimpft. Irgendwann, meine Damen und Herren von der CDU, sollten Sie sich nicht mehr auf unsere tolerante und umgängliche Lebensart verlassen. Dann lassen wir Ihnen nämlich Ihre permanenten Regelverletzungen nicht mehr durchgehen, ohne es jedes Mal an die große Glocke zu hängen – und das wird ordentlich durchs Land dröhnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Finanzminister Weimar und die gesamte Regierung sind natürlich nicht in den Klauen eines unentrinnbaren Schicksals, auch wenn sie es uns gelegentlich glauben machen wollen. Sie haben das Haushaltsdesaster selbst verschuldet, und das nicht fahrlässig, sondern klar und eindeutig vorsätzlich. Schließlich haben nicht nur wir GRÜNEN von Haushalt zu Haushalt auf die steigenden Ausgaben und die wachsende Verschuldung hingewiesen und immer wieder Vorschläge gemacht, wie diese Situation zu vermeiden wäre.

Seit dem Jahr 1999, also seitdem Koch und Weimar regieren, sind, von einer Ausnahme abgesehen, Jahr für Jahr die Ausgaben gesteigert worden, und zwar um bis zu 3,2 % im einzelnen Jahr. In den letzten drei Jahren davor hatte die rot-grüne Regierung einen echten Konsolidierungskurs eingeschlagen. Jährlich wurden die Ausgaben moderat um rund 0,5 % gekürzt. Wer es nachrechnen will, kann es gerne tun, Herr Kollege Milde. Wenn dieser Konsolidierungskurs nicht verlassen worden wäre, gäbe es heute kein Haushaltsdesaster.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre nämlich bereits mehr eingespart worden, als es der für 2006 geplanten Neuverschuldung entspricht, und zwar durch ein Sparen, das allein den Namen verdient: das weniger Ausgeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petra Fuhrmann (SPD): Und zwar intelligenter und strukturiertere Ausgaben!)

Meine Damen und Herren, Sie werden es wieder tun. Sie regen sich künstlich auf und stellen in der aktuellen Lage der Opposition die Frage: Was würdet ihr denn tun? Herr Kollege Milde, wenn Sie das tun wollen, machen Sie sich klar, dass die Regierungsfraktion, wenn sie diese Frage stellt, zunächst einmal feststellen muss, dass sie selbst den Karren so tief im Morast versenkt hat, dass sie nicht mehr weiter weiß.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Sie sollten auch wissen, dass die Frage nicht ganz fair ist. Aber sie ist immerhin – das ist schon ein Fortschritt – ehrlich. Die Schwarzen, die nach einer unausrottbaren Legende aus dem letzten Jahrhundert fast schon sprichwörtlich gut mit Geld umgehen,

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man in Hessen bei der CDU sehen!)

wissen nämlich nicht mehr weiter. Die Schuldenfalle ist zugeschnappt. Sie sind pleite. Gehen Sie deshalb zum politischen Konkursrichter, und melden Sie Insolvenz an.

Das heißt, Sie brauchen eine tatsächliche Trendwende. Die Verschuldung darf nicht immer weiter steigen. Diese Bedingung muss als Erste erfüllt werden. Nur dann gibt es überhaupt für die hessischen Finanzen eine Chance auf Erholung.

Angesichts der dramatischen Situation stehen natürlich die finanzwirtschaftlichen und finanzpolitischen Aspekte des Haushalts heute im Vordergrund. Das kann allerdings nicht heißen – diese Anmerkung muss ich unbedingt machen –, dass der Rest des Haushaltsentwurfs ohne Kritik bleibt.

Natürlich bleibt in der ersten Lesung weder Zeit noch Raum für eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Ansätze, sodass ich mich sehr beschränken möchte. Aber ich

möchte daran erinnern, dass wir alle, indem wir den Weg von einem kameralen zu einem Produkthaushalt gehen, in einem nicht ganz einfachen Entwicklungsprozess stehen. Uns – damit meine ich die Parlamentarier insgesamt – war versprochen worden, dass wir jetzt mit mehr Transparenz rechnen dürfen

(Norbert Schmitt (SPD): Von wegen!)

und dass wir von der Administration umfassend, auch unterjährig – d. h. nicht nur einmal im Jahr zur Haushaltsberatung –, Informationen erhalten würden.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber unterirdisch!)

Aber, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren, all diese Versprechungen harren noch der Erfüllung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, seit dem letztjährigen Haushalt ist die Transparenz, d. h. die Informationen, die wir über Produkte, Leistungen, ihre Dotierung bzw. ihre Kosten erhalten, in etlichen Bereichen deutlich schlechter geworden. Zu der Vereinbarung zwischen Regierung und Parlament über die Arbeit des Budgetbüros ist es nicht gekommen; ebenso wenig sind wir in die Lage versetzt worden, das uns von der Landesregierung vorgesezte Verfahren kritisch zu würdigen.

Ich nenne nur ein Stichwort: Balanced Scorecard. Herr Kollege Al-Wazir, das ist ein Wort, das kaum übersetzt werden kann. Es bedeutet so etwas wie „ausgewogene Ergebniskarte“. Sie soll kommen, hat aber noch kein Entwicklungsstadium erreicht, das es uns Parlamentariern tatsächlich ermöglichen würde, ihre Relevanz und ihren Nutzen zu beurteilen. Nach dem, was bisher bekannt ist, muss man große Zweifel haben, ob die Landesregierung auf dem richtigen Weg ist.

Als eine Fraktion, die die Umstellung auf die neue Verwaltungssteuerung grundsätzlich für richtig hält, sind wir allerdings besonders enttäuscht darüber, dass alle Anregungen, Fragen und Vorschläge, die wir im vergangenen Jahr in die Haushaltsdebatten eingebracht haben, im Finanzministerium offensichtlich „schubladiert“ wurden.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben eine Bringschuld. Bisher können wir dem Haushaltsentwurf nur entnehmen, dass die Ausgaben steigen; aber wir haben noch kein einziges Datum vorliegen, wenn es um den Nutzen der Sache geht. Da können wir nicht mehr lange geduldig sein, zumal wir es mit einer Regierung zu tun haben, die immer wieder durch ihre Fähigkeit verblüfft, völlig frei von Selbstkritik zu sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein durchaus ernst zu nehmender Punkt. Solange Sie mit einer solchen Attitüde und der Aussage hier antreten – wir haben es heute wieder erlebt –: „Wir machen alles richtig, wir machen keine Fehler“, werden Sie kein Vertrauen gewinnen können. Die Haltung, die Sie immer wieder an den Tag legen, läuft nämlich so massiv jeglicher Lebenserfahrung zuwider, dass Sie sie getrost vergessen können. Ich sagte schon einmal: Niemand macht alles richtig, und umgekehrt macht auch niemand alles falsch. – Dies zeigt doch nur, dass weder die Regierung noch die Opposition immer richtig liegen.

Es sollte also mehr Kooperation in Verfahrensfragen herrschen, und die Regierung sollte ihre Zusagen in angemessener Frist einhalten. Es ist höchste Zeit für die Regierung, endlich den Nachweis zu führen, dass all die so

blumig beschriebenen Aktivitäten des E-Governments, also der papierlosen Administration, und auch der neuen Verwaltungssteuerung nicht nur äußerst kostspieliges Blendwerk sind.

Wenn man die Beschreibung der Finanzpolitik in den offiziellen Erklärungen des Ministers mit dem Haushaltsentwurf vergleicht, stellt man eine große Diskrepanz fest. Ich zitiere noch einmal aus der Pressemitteilung „Weimar optimistisch: Haben Trendwende geschafft“. Wir wissen: „Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern es ist sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.“ Deshalb muss man befürchten, dass genau das Gleiche auch für die neue Verwaltungssteuerung einschließlich der neuen, nur noch elektronisch gestützten Bearbeitung gilt.

Wer im siebten Jahr seiner Regierung immer neue Rekorde der Verschuldung anstrebt, ist weder ein seriöser Partner noch ein satisfaktionsfähiger Gegner, was die Diskussion über Finanzpolitik und Haushaltswirtschaft betrifft. Bevor Finanzminister Weimar dies wieder werden könnte, sollte er lernen, grundsätzlich umzudenken. Ich rege dies intensiv an. Bevor der Haushalt verabschiedet wird, kommt die Weihnachtspause. Das ist genau die richtige Zeit, um einem solchen Vorhaben, nämlich dem Umdenken, näher zu treten.

Um den Einstieg in das Umdenken ein bisschen zu erleichtern, habe ich zum Abschluss ein kurzes Zitat mitgebracht. Herr Weimar, darin geht es um das, was Ihnen völlig abgeht: das Verständnis von Sparsamkeit. Da es um Sparsamkeit geht, stammt das Zitat, natürlich, von einem Schotten, nämlich von dem Arzt Samuel Smiles, der von 1812 bis 1904 gelebt hat – für denjenigen, der es nachschauen will. Der Satz ist ganz kurz, hochverehrter Herr Finanzminister: „Sparsamkeit ist die Tochter der Weisheit und die Mutter der Freiheit.“

Mögen in diesem Sinne die Weisheit und der Geist der Freiheit bei Ihnen, bei der ganzen Landesregierung, bei der CDU-Fraktion und auch beim heute abwesenden Ministerpräsidenten möglichst bald einziehen. Das hilft dem hessischen Haushalt wirklich weiter. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Als nächster Redner hat Herr Kollege von Hunnius, FDP-Fraktion, das Wort.

Roland von Hunnius (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wir haben aus eigener Kraft die Trendwende geschafft“ – dieses schöne Zitat durchzieht die ganze Debatte am heutigen Tag.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist wirklich ein reiner Gag!)

Ich wundere mich, dass der Herr Finanzminister in seiner Presseinformation einen solchen Jubel zur Schau trägt. In einem Punkt stimme ich ihm aber zu: Hessen ist ein prima Land. Gar keine Frage, Hessen ist ein tolles Land.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es denn eine bessere Regierung hätte!)

Hessen soll nicht schlechtgeredet werden. Aber es reicht auch nicht aus, Hessen gesundzubeten.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere darf man nicht die Augen vor den Fakten verschließen. Also will ich die Sache mit der Trendwende Punkt für Punkt abarbeiten und schauen, wo ich eine Trendwende erkennen kann und, wenn ja, in welche Richtung sie verläuft.

Die Neuverschuldung beträgt 1,7 Milliarden €. Diese Zahl ist heute immer wieder zitiert worden. Damit wird die Verfassungsgrenze um nicht weniger als 91 % überschritten. Wir haben aus eigener Kraft die Trendwende geschafft?

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dem Entwurf zufolge werden doppelt so viele Schulden neu aufgenommen, wie im ursprünglichen Finanzplan zu lesen war. Dort war von 900 Millionen € die Rede. Wir haben aus eigener Kraft die Trendwende geschafft? Vielleicht ja, aber in die falsche Richtung, Herr Kollege Milde.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich den Saldo zwischen Neuverschuldung und Zinsausgaben ziehe, stelle ich fest, dass immer weniger von dem Geld, das dem Land aus der Neuverschuldung zufließt, freie Mittel sind und dass fast alles von den Zinsausgaben aufgezehrt wird: bis auf 50 Millionen € im Jahr 2009.

(Beifall bei der FDP)

Trendwende geschafft? Ich weiß es wirklich nicht.

Jetzt möchte ich die Zahlen für die Nettokreditaufnahme vor und nach der Trendwende vorlesen: 2005, also vor der Trendwende, 1,2 Milliarden €; 2006, also nach der Trendwende, 1,7 Milliarden €. Vorgesehen waren 0,9 Milliarden €. Trendwende heißt: Wir nehmen doppelt so viel Schulden auf.

(Beifall bei der FDP)

2007 werden es 2,6 Milliarden € sein. Vorgesehen waren 0,8 Milliarden €. Das ist in etwa das gleiche Verhältnis. Im Jahr 2008 werden es 1,6 Milliarden € sein. Vorgesehen waren 0,7 Milliarden €. 2009 werden es 1,5 Milliarden € sein. Die Landesregierung geht nicht nur davon aus, dass eine Haushaltskonsolidierung weder kurz- noch mittelfristig möglich ist, sondern sie hat auch überhaupt nicht die Absicht, die Verfassungsgrenze jemals wieder einzuhalten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Andernfalls hätte doch die Entwicklung der Zahlen bis 2009 zumindest im Finanzplan anders ausgesehen. Letztes Jahr war die Absicht noch anders. Jetzt aber geben wir jede Hoffnung auf und sagen: 1,7 Milliarden € müssen wir aufnehmen, daran ist wohl nichts zu ändern.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist die berühmte Trendwende!)

Es ist richtig, Vermögen zu veräußern – darin unterscheiden wir uns von den Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, die Nettokreditaufnahme zu begrenzen und Zinsen einzusparen. Das ist aber nur dann sinnvoll, wenn es gelingt, das Ausgabeniveau dauerhaft zu senken. Sonst tut sich das gerade mühsam halbwegs gestopfte Loch im folgenden Jahr wieder auf.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich mir anschau, wie das Loch tatsächlich aussieht, stelle ich fest, dass es sich vor der Trendwende, also 2005, um 2,3 Milliarden € handelte, dass es aber nach der Trendwende, 2006 also, 2,5 Milliarden € sein werden. Wir haben die Trendwende geschafft? Vielleicht doch nicht ganz richtig, meine Damen und Herren.

Vielleicht findet sich die Trendwende bei den Personalausgaben. Die Personalausgaben steigen 2006 im gleichen Umfang wie 2005, nämlich um 0,4 %. Wenn man sich das richtig anschaut, stellt man fest, dass auch das keine richtige Wende ist. In den folgenden Jahren wird die Steigerung 1 % betragen. Auch da geht die Trendwende, wenn sie vorhanden ist, in die falsche Richtung.

Oder vielleicht bei den Investitionsausgaben? Deren Wachstum verlangsamt sich. Es betrug im Jahr 2005 6,8 %, im Jahr 2006 2,4 %. Im Jahr 2009 sollen die Investitionsausgaben sogar unter dem Wert des Jahres 2005 liegen. Wir haben die Trendwende geschafft?

Wie sieht es im Ländervergleich aus? Herr Kollege Milde, da müssen wir ehrlich vorgehen und können uns nicht mit allen 16 Bundesländern vergleichen. Berlin hat städtische und Landesschulden. Es gibt Hamburg. Das schmeißen wir alles zusammen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir das Bundesland Hessen doch mit den anderen westdeutschen Flächenländern vergleichen. Das ist der einzige ehrliche Vergleich.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir diesen Vergleich anstellen, dann stellen wir fest, dass es zwei westliche Flächenländer vor uns gibt – mit Sachsen sogar ein östliches – und vier westliche hinter uns. Das sieht weiß Gott mehr nach Mittelfeld als nach einem Spitzenplatz aus. Trendwende geschafft – auch hier nicht.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Schlecht gerechnet! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Nicht schlecht gerechnet. Herr Kollege, das ist der normale Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung.

Nicht fehlen darf das Argument des Länderfinanzausgleichs. Wir hören immer wieder das Argument: Hätten wir den Länderfinanzausgleich nicht, dann hätten wir überhaupt keine neuen Schulden. – Meine Damen und Herren, hätten wir keine Personalausgaben, dann hätten wir auch keine Schulden. Das ist ganz einfach. Hätten wir keine Sachkosten, dann hätten wir auch keine neuen Schulden. Ich muss doch davon ausgehen, dass der Länderfinanzausgleich so ist, wie er ist. Übrigens ist er von Ihnen letztlich so beschlossen worden.

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, und gefeiert worden!)

– Und gefeiert worden. – Ich kann nicht sagen, böserweise entspricht der Finanzausgleich nicht unseren Vorstellungen. Nein, ich muss ihn annehmen und muss den hessischen Haushalt unter diesen Rahmenbedingungen fahren. Wenn das nicht gelingt, ist die Aufgabe nicht erreicht worden.

(Beifall bei der FDP)

Was die Landesregierung im Haushaltsgesetz über die gesamtstaatliche Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik Deutschland unter dem Motto schreibt: „Was gut ist für Deutschland, ist gut für Hessen“, Herr Kollege Gotthardt, das gilt in Wahrheit ebenso stark für Hessen. Ich zitiere wörtlich:

Die in den letzten Jahren auf allen staatlichen Ebenen durchgeführten, zum Teil erheblichen Sparanstrengungen sowie die umfassende Mobilisierung staatlichen Vermögens haben zwar einen noch stärkeren Anstieg der Defizite verhindert. Eine Trendwende hin zu einer – auch im Hinblick auf die absehbaren zukünftigen Belastungen dringend gebotenen – nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist damit jedoch nicht erreicht worden.

Das ist die Wahrheit. Sie müssen zugeben, die Trendwende ist nicht erreicht worden. Wir müssen die Trendwende schaffen. Aber so, wie es hier aussieht, gibt es keine Chance, das hinzukriegen.

(Beifall bei der FDP)

Dann werfen wir einen Blick auf die gesamtstaatliche Entwicklung, wie sie sich abzeichnet – mit der famosen großen Koalition, die vorhin schon gemeinsam abgestimmt hat: inzwischen alles Freunde.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Da sehe ich zunächst einmal, dass es um den Herrn Eichel sehr still geworden ist. Bisher haben wir sein Versagen noch lautstark gemeinsam beklagt:

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wer ist das? – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): In der Versenkung!)

– Er war einmal Finanzminister, ein Lehrer aus Kassel. – Das Versagen ist inzwischen quantifiziert. Herr Steinbrück spricht von 35 Milliarden €, einige Christliche Demokraten von 43 Milliarden €, allein um die Maastricht-Kriterien einzuhalten. Aber es wird nicht viel getan, um das hinzukriegen. Denn was aus Berlin sickert, ist der gemeinsame Beschluss, neue Ausgaben zu kreieren. Da wird tatsächlich gesagt, das Arbeitslosengeld II im Osten soll dem Westniveau angepasst werden. Tolle Idee, nach dem Motto: Erst erhöhen wir die Ausgaben, damit wir anschließend so richtig konsolidieren können. – Das ist weiß Gott nicht angesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich komme nun zu einem Punkt, der nicht fehlen darf. In einer der letzten Sitzungen bin ich von dem Kollegen Schmitt dafür schon im Voraus des Umfallens geziehen worden: „Sie von der FDP werden bei der Mehrwertsteuer klein begeben.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wer hat denn klein beigegeben, Herr Kollege Schmitt? Sagen Sie einmal ganz laut den Namen der Partei, die umgefallen ist.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Warten wir einmal ab!)

Es war die SPD, Ihre Freunde waren es. Jetzt sind Sie stolz darauf, dass keine 4-%-Erhöhung kommen soll, sondern nur 2 %.

(Florian Rentsch (FDP): Oskar! – Weitere Zurufe von der FDP)

Diese Mehrwertsteuerkiste ist in der Tat eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit.

(Norbert Schmitt (SPD): Warten wir ab, ob die Merkel-Steuer kommt!)

Der Finanzminister hat heute ehrlicher Weise gesagt: Wir wollen auch für Hessen Geld haben. – Wenn das so ist, dann brauchen wir die ganze Camouflage wegen der Senkung der Lohnnebenkosten nicht zu machen.

Was kommt bei der Senkung heraus? Bei der Senkung der Lohnnebenkosten um zwei Prozentpunkte haben wir für einen Arbeitnehmer mit einem Durchschnittseinkommen einen Effekt von etwa 20 € pro Monat. Ein Teil der Senkung wird über die Mehrwertsteuer wieder abgeschöpft. Das heißt, der Effekt ist noch wesentlich geringer. Der gleiche Betrag entfällt auf die Arbeitgeber.

Ich bitte Sie, ehrlich, Hand aufs Herz, zu sagen, ob jemand in diesem hohen Hause der Meinung ist, dass aufgrund der Senkung der Lohnnebenkosten in dieser Höhe sich Unternehmen aus dem Ausland entschließen werden, herzukommen, sich deutsche Unternehmen entschließen werden, Mitarbeiter einzustellen, sich ein Handwerker entschließen wird, von fünf auf sechs Mitarbeiter aufzustoßen. Ich glaube: Nein. Der wahre Grund für die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist doch, dass die Taschen der Länder gefüllt werden sollen und dass auch der Bund diesen Effekt haben will.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident Koch, der heute bedauerlicherweise aufgrund anderweitiger Verpflichtungen nicht hier sein kann – er kannte den Termin offensichtlich nicht; das wollen wir ihm nachsehen –, hat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland“ geäußert, dass faktisch Einnahmesteigerungen und Ausgabesenkungen bei den Bürgern in ähnlicher Weise ankommen. Das mag sein. Aber ich will Ihnen eines sagen: Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen der Senkung von Ausgaben und der Steigerung von Einnahmen. Wenn ich die Ausgaben senke, dann sind sie weg und kommen nächstes Jahr nicht wieder. Wenn ich die Einnahmen steigere, dann müssen die Leute im nächsten und im übernächsten Jahr dafür bezahlen, weil sie mehr Steuern zahlen. Wenn ich die Einnahmen durch höhere Steuern steigere, dann nehme ich den Druck aus dem Topf weg, den Haushalt endlich zu konsolidieren. Ich schaffe neue Spielräume mit der Verfügungsmöglichkeit, dass sie missbraucht werden. Das ist die Problematik.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Clemens Reif (CDU))

Der Herr Ministerpräsident, der bezüglich seiner Bibelkenntnisse offenbar fast mit dem Herrn Kollegen Kaufmann vergleichbar ist, hat vom Heulen und Zähneklappern gesprochen.

(Norbert Schmitt (SPD): Heuschrecken!)

Dazu muss ich sagen, dass das mit dem Zähneklappern so nicht funktionieren wird. Denn viele von denen, die eigentlich klappern müssten, können es nicht. Es sind unsere Kinder und Enkelkinder, die noch gar keine Zähne haben. Meine Damen und Herren, die werden durch diese Politik belastet.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem ich das alles analysiert habe, habe ich mir lange überlegt, worin eigentlich die Leistung besteht, die hier als Trendwende gefeiert wird. Dann müssen wir ganz sachlich konstatieren: Das ist eine Aussicht, über die wir wirklich nicht erfreut sein können. Denn wenn die Finanzpolitik so weitermacht wie bisher, dann werden wir im Jahr 2020 die Situation haben, dass 43,5 % des Bruttoinlandsprodukts

von Hessen Schulden sind. Wenn ich dazu noch die Schulden des Bundes addiere, kommen wir in der Summe locker auf 80 %. Wenn das die Perspektive ist, die wir anstreben, dann kann ich allerdings sagen, dass die Trendwende geglückt ist.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das kann also auch nicht der Grund dafür sein, warum Herr Minister Weimar von einer Trendwende spricht. Dann bleibt eigentlich nur eine Überlegung, wie die Trendwende zu verstehen sein könnte. Trendwende – oder Turnaround, wie es teilweise in den Papieren heißt – heißt wohl: Herr Minister Weimar hat sich einmal um die eigene Achse gedreht. Jetzt kommt er ins Schwindeln und spricht von Trendwende.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit und Beifall der Abg. Norbert Schmitt und Reinhard Kahl (SPD))

Im Haushaltsgesetz 2006 steht:

Unverrückbares Ziel des Landes bleibt es, die Nettoneuverschuldung des Haushalts so schnell wie möglich in die von der Verfassung gezogene Regellgrenze für die Kreditaufnahme zurückzuführen.

(Michael Boddenberg (CDU): Daran hat sich nichts geändert!)

Das ist ein tolles Ziel. Das ist gültig, und es bleibt gültig. Die Frage ist aber: Was heißt „so schnell wie möglich“? Edmund Stoiber – wenn man den Namen bei den Christlichen Demokraten noch erwähnen darf – hat sich in Bayern immerhin ein Zieljahr gesetzt. Wenn er nach Bayern zurückgeht und dieses Ziel erfüllt, dann hat sich diese Entscheidung schon gelohnt. Für Hessen haben wir kein Zieljahr. Wir sagen: So schnell wie möglich. Es geht halt nicht schneller. Die Umstände waren andere. Wir können gar nicht mehr sparen.

(Zurufe der Abg. Frank Gotthardt (CDU) und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Erläuterungen in dem Finanzplan muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Lassen Sie mich zwei Zitate nennen. Da heißt es zum Thema Ausgabenwachstum wörtlich:

Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass sich die im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ erreichte Absenkung des Ausgabenniveaus im Jahr 2004 infolge des hieraus resultierenden Basiseffekts negativ auf die Zuwachsraten im Jahr 2005 auswirkt und das Ausgaben-Ist eines Jahres erfahrungsgemäß hinter den Sollansätzen zurückbleibt.

Zum Ersten sage ich: Wenn wir einmal sparen, ist es ganz schlimm, weil dann die Steigerung umso größer ist, wenn wir dann wieder mehr ausgeben. – Das ist eine eigenartige Argumentation.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau! Wenn man mehr Geld ausgibt, auch!)

Zum Zweiten sagen wir, dass der Bodensatz hier bereits inkalkuliert wird.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir sagen bereits in dem Kommentar zu dem Finanzplan: Eigentlich sind unsere Ausgabeansätze überhöht. Wir hoffen darauf, dass es gar nicht ausgegeben wird. Das wird dann schon dabei helfen, dass wir insgesamt ein besseres Ergebnis haben werden, als wir geplant haben.

Herr Minister, wenn die Planansätze überhöht sind, dann reduzieren Sie sie doch einfach, statt dem Parlament einen Haushalt mit dem augenzwinkernden Hinweis zuzuleiten, dass die Zahlen ohnehin Makulatur seien. Anders kann man es nicht verstehen. Wenn wir uns auf den Bodensatz berufen, dann muss ich sagen, dass das kein Haushaltsplan ist, der ernst zu nehmen ist.

Mein zweiter Punkt ist ein weiteres Schmankerl aus der Finanzplanung. Ich zitiere wieder:

Der Finanzplan enthält in Erwartung der dringend erforderlichen strukturellen Verbesserungen für die Jahre ab 2007 entsprechende Globalbeträge. Sie belaufen sich für 2007 auf 500 Millionen €, für 2008 auf 630 Millionen € und für 2009 auf 730 Millionen €. Diese Globalpositionen spiegeln den Handlungsbedarf wider, der besteht, um die im Finanzplanungszeitraum angestrebte Kreditaufnahme zu erreichen.

Das heißt im Klartext: Die Haushalte für die Jahre 2007, 2008 und 2009 sind voraussichtlich ebenso miserabel wie der für das Jahr 2006.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hat im Umfang zwischen 500 und 730 Millionen € Schminke aufgetragen, um die grausame Wahrheit zu verbergen. Die Hoffnungen auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Leistungen der großen Koalition sind offenbar grenzenlos. Wenn Sie so weitermachen und noch ein paar Ausgaben erfinden, die kompensiert werden müssen, dann kann ich dazu nur sagen: Gott zum Gruße.

Vielleicht bringt der erstaunliche Mix aus Soli – man hört auch schon vom „Konsoli“ als neuem Beitrag –, Mehrwertsteuererhöhung, Abbau von Vergünstigungen, höherem Einkommensteuerniveau und Sondersteuer für Reiche den konjunkturellen Durchbruch. Ich halte mich allerdings lieber an die Fakten.

Diese werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammengefasst. Ich nenne einige Veränderungsdaten aus dem letzten Quartal, verglichen mit dem Vorjahresquartal. Wir machen es nicht wie bei der Arbeitslosenstatistik, dass wir einen Wert mit dem des Vorquartals des gleichen Jahres vergleichen. Das ist nämlich Unsinn. Wir vergleichen mit dem Vorjahresquartal. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist in diesem Zeitraum um 0,6 % gestiegen. Der private Konsum stieg um 0,0 %, der staatliche Konsum sank um 0,3 %. Die Bauinvestitionen sind um 4,8 % gesunken, die Einfuhren sind um 4,6 %, die Ausfuhren um 3,7 % gestiegen. Das ist natürlich auch für den Export alarmierend, den Motor der deutschen Wirtschaft. Das alles geschieht bei sinkenden Umsätzen im Einzelhandel und einer Arbeitslosenquote von 12 %. Die ist geschönt, wie wir wissen, weil Ein-Euro-Jobs nicht mitgezählt werden. Angesichts dieser Tatsachen ist es extrem blauäugig, auf ein Wunder aus Berlin zu hoffen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn hier von „Handlungsbedarf“ gesprochen wird, Herr Minister, dann muss ich sagen: Im Jahre 2007 besteht nicht ein Handlungsbedarf im Umfang von 500 Millionen €, also dem Betrag, der notwendig ist, um die Neuverschuldung auf 1,6 Milliarden € zu begrenzen. Der Handlungsbedarf besteht vielmehr mindestens im Umfang von weiteren 700 Millionen €, um die Verfassungsgrenze zu erreichen, und er besteht in Wirklichkeit in einem Umfang

von 2,5 Milliarden €, um das strukturelle Defizit abzubauen. Das ist der Handlungsbedarf, den wir Liberale sehen.

(Beifall bei der FDP)

Alles andere verkleistert uns die Augen. Sie rechnen schon gar nicht mehr damit, dass Sie keine weiteren Schulden machen. Sie rechnen schon gar nicht mehr damit, dass die Verfassungsgrenze eingehalten wird. Ihr eigener Maßstab sind die miserablen Schätzungen für die Zukunft. Diese definieren den von Ihnen bezifferten Handlungsbedarf. Das, was Sie tun, ist weiß Gott keine gute Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, wenn Sie keinen Handlungsbedarf mehr sehen, den Haushalt wenigstens verfassungskonform zu fahren, dann sehen wir diesen Handlungsbedarf nach wie vor. Trotz gegenteiliger Beteuerungen hat die Landesregierung längst vor der finanzwirtschaftlichen Aufgabe kapituliert, den Haushalt strukturell zu konsolidieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie findet sich mit einer unverantwortbaren Verschuldung, mit der Belastung künftiger Generationen ab und nimmt in Kauf, dass die Steuerbelastung aufgrund der Verschuldung mittelfristig steigen muss. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, dann erleben wir genau dieses im Augenblick in Berlin. Die Schulden, die wir haben, führen zu einer Erhöhung der Steuern. Genau das passiert derzeit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir im Lande Hessen so weitermachen wollen, dann wäre das bedauerlich.

(Reinhard Kahl (SPD): Wie erklären Sie, dass die höchste Neuverschuldung Hessens mit der FDP zustande gekommen ist?)

Was dort passiert, ist doch nichts anderes als der Versuch, mit höherer Steuerbelastung die Verschuldung von exorbitant auf extrem zu senken.

Auf diese famose große Koalition zu setzen und darauf zu vertrauen, dass die Wirtschaft auf Dauer schon nicht stagnieren wird, also die Hoffnung auf die große Koalition und das Gottvertrauen, dass es irgendwann wieder bergauf gehen wird, das allein reicht nicht aus.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört viel mehr.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Roland von Hunnius (FDP):

Dazu gehört eine autonome hessische Politik mit dem Ziel, das finanzielle Gleichgewicht herzustellen. Es reicht nicht aus, auf Berlin zu hoffen. Berlin ist zwar an vielem schuld – das wissen wir, darüber haben wir diskutiert, das

wird sich jetzt alles ändern –, aber Hessen muss die hessischen Hausaufgaben in Hessen erledigen.

(Beifall bei der FDP)

Der eigentliche Skandal ist nicht, dass die Landesregierung dies nicht in einem einzigen Jahr schafft. Das könnte niemand, selbstverständlich nicht. Der Skandal ist, dass Sie es 2003, 2004 und 2005 nicht in kleinen Schritten in die Wege geleitet haben und dies auch 2006 nicht tun wollen. Wir haben doch eine Echternacher Springprozession. Es ist die Rede von der „Operation sichere Zukunft“, aber im darauf folgenden Jahr werden die Ausgaben wieder erhöht, die gerade gesenkt worden sind, weil Sie sich nicht trauen, mit der Konsolidierung weiterzumachen. Sie loben sich drei Jahre danach noch immer für das, was Sie früher gemacht haben. Sie machen aber nicht weiter. So schaffen wir es nicht, den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall bei der FDP)

Der eigentliche Skandal ist, dass die Landesregierung sich für unfähig hält, diese Aufgabe überhaupt zu bewältigen. Das Konsolidierungspotenzial, heißt es, sei einnahme- wie ausgabeseitig weitgehend ausgeschöpft. Genau dieses bestreite ich nachdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Wir machen uns die Sache zu einfach, wenn hier gesagt wird, für eine weiter gehende, finanzwirtschaftlich gebotene Korrektur der Neuverschuldung sei daher eine umfassende Verbesserung der Steuereinnahmen des Landes unabdingbar. Das heißt: „Wir können nichts mehr tun, jetzt muss die Gesamtsituation helfen. Entweder hilft sie, dann ist es prima, oder sie hilft nicht, dann können wir auch nichts dafür.“ Was hier geschrieben wird, heißt doch, die Ausgaben sind, wie sie sind. Sie können nicht gesenkt werden. Reichen die Steuereinnahmen nicht aus, müssen wir die fehlenden Mittel durch Neuverschuldung beschaffen. Es bleibt bei dem Ziel, die Neuverschuldung auf Dauer zurückzuführen. Sie sagen: Lasst uns also beten und hoffen, dass die Steuereinnahmen wieder steigen.

Meine Damen und Herren, das ist nach unserer festen Überzeugung der grundfalsche Ansatz, denn er verabsolutiert die Ausgabenseite und erklärt im Nachhinein die Summe der Entscheidungen der letzten sechs Jahrzehnte, die zu diesen Ausgaben geführt haben, für sakrosankt und für perpetuierbar. Was wir in diesem Jahr ausgeben, ist doch nicht in diesem Jahr entschieden worden. Das ist gewachsen – auch mit unserem Zutun gewachsen, das gebe ich sofort zu. Wir müssen aber an die Konsolidierung grundsätzlich herangehen, sonst schaffen wir es nie. Wenn ich aber sage, ich kann die Ausgaben nicht weiter senken, dann kapituliere ich vor dieser Aufgabe.

(Beifall bei der FDP)

Nein, eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik ist unabdingbar. Das Verständnis des Staates und seiner Aufgaben ist im Jahre 2005 ein anderes als am Ende des Zweiten Weltkriegs.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir die damals beschlossenen Ausgaben heute tätigen würden, dann hieße das, dass das damalige Staatsverständnis auch für die Zukunft gilt. Das kann aber nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Es ist allerhöchste Zeit, den Teufelskreis aus wachsenden Aufgaben, wachsenden Ausgaben und wachsenden Schul-

den zu durchbrechen. Dies funktioniert nicht im Rahmen von Business as usual. Dies geht nicht mit „Hier ein Stückchen, dort ein Stückchen, hier eine Korrektur, dort eine Korrektur“. Es geht nur über einen grundsätzlichen Ansatz. Es geht nur über einen ordnungspolitischen Ansatz mit klarer Zielstellung.

Ich werfe Ihnen vor, dass bei Ihnen dieser Ansatz fehlt. Es gibt in diesem Haushalt keine Ordnungspolitik. Es gibt auch keine Ordnungspolitik in Berlin. Deshalb sind Sie sofort umgekippt. Deshalb ist Herr Seehofer am Kabinettstisch jetzt hoch willkommen, der genau das Gegenteil von Ordnungspolitik und Marktwirtschaft betreibt. Das ist es doch, was fehlt.

(Beifall bei der FDP)

Ohne einen solchen Ansatz werden wir die Situation aber nicht bereinigen können.

Außerdem brauchen wir eine Neudefinition der staatlichen Kernaufgaben, eine Analyse der gegenwärtigen Aufgabenerfüllung. Ich bestreite, dass die Aufgabenerfüllung derzeit optimal ist. Es ist einfach, das zu sagen, und es ist beamtenfreundlich, das zu sagen, aber es ist nicht wahr. Die Aufgabenerfüllung kann optimiert werden. Jedes Unternehmen kann optimiert werden. Auch der Staat kann optimiert werden. Dafür brauchen wir einen mehrjährigen Masterplan für den Weg vom Ist zum Soll. Wir brauchen schließlich eine ordnungspolitisch bestimmte und finanzwirtschaftlich verantwortliche Umsetzung dieses Masterplans in jährlichen Schritten.

Lassen Sie mich einige Beispiele dafür nennen, in welche Richtung wir denken.

Erstens. Es besteht die Pflicht, politische Ziele im Rahmen der neuen Verwaltungssteuerung zu definieren. Das dürfen wir nicht nur formal sehen, sondern diese Pflicht müssen wir wahrnehmen und zum Anlass nehmen, konkrete Ziele quantitativ zu formulieren und mit Zeitrahmen zu versehen. Erst dann können wir sie kontrollieren und wissen, wie weit der Zielerreichungsgrad fortgeschritten ist. Das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen zweitens sagen, was wir als Liberale zu den Kernaufgaben des Staates zählen. Es sind unbestritten die innere Sicherheit, Justiz, Bildung und Finanzverwaltung. Vieles von dem, was darüber hinausgeht, kann und muss anders als staatlich abgewickelt werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir plädieren drittens dafür, Landesbetriebe in private Rechtsformen – das ist aber erst die halbe Miete – und in private Eignerschaft zu überführen, es sei denn, das ist im Einzelfall im Landesinteresse nicht angeraten.

Viertens. Die Landesverwaltung ist auf der Grundlage eines neuen Aufgabenzuschnitts zu verschlanken, angefangen bei der Zahl der Ministerien. Ich bin nicht so naiv, zu glauben, dass die Zusammenlegung von zwei Ministerien unglaublich viel Geld spart. Es wäre aber ein Symbol, dass der Staat mit dem Sparen an der Spitze beginnt und nicht ganz unten anfängt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss die einschlägigen Beispiele hier nicht mehr nennen, denn sie sind allen bekannt und oft diskutiert worden. Aufgaben, die nicht zwingend vom Staat erledigt werden müssen, sind an Private zu vergeben. Das wäre also

eine Aufgabenprivatisierung in viel weiter gehender Form, als es im Augenblick der Fall ist. Dies kann zumindest in der Form „beliehener Unternehmer“ geschehen.

Sechstens gibt es einen großen Spielraum bei der Mehrfachwahrnehmung gleicher Aufgaben, wie etwa bei der Erstellung von Gutachten und Statistiken. Wo immer es möglich ist, muss das abgestellt werden. Ein Bundesland kann für alle anderen Bundesländer eine bestimmte Aufgabe erledigen. Diese Kostenteilung wäre wesentlich besser, als wenn alle Bundesländer eine bestimmte Aufgabe parallel erfüllen und bezahlen.

Der siebte Punkt ist, dass alle Fördertatbestände des Landes auf den Prüfstand gehören. Dabei ist es mir völlig egal, ob es Subventionen sind und wie man Subventionen abgrenzt. Nein, alle Fördertatbestände des Landes müssen überprüft werden,

(Beifall bei der FDP)

in Bezug auf die Effizienz, in Bezug auf die zeitliche Zuordnung und in Bezug auf die Wirkung, die sie erzielt haben. Dort können wir wiederum zumindest einen mehrfachen Millionenbetrag einsparen. Ich weiß, das ist unbeliebt, und keiner geht daran. Es ist oft gesagt worden, wir machen es in diesem Haushalt. Ich habe es bisher nicht erkennen können. Lassen Sie uns gemeinsam darüber reden.

Achtens. Überflüssige und entbehrliche Verwaltungsebenen werden abgeschafft. Eine haben wir in der Öffentlichkeit schon dargetan: die Oberfinanzdirektion. Das kann man anders regeln, das würde Geld sparen. Es gibt weitere Beispiele, die jedem sofort einfallen. Man muss es nur wollen und muss es tun.

Neuntens. Landesbetriebe oder Beteiligungen mit ähnlichen oder überlappenden Aufgaben werden zusammengelegt oder zu engster Kooperation verpflichtet. Beispiel: Hessisches Immobilienmanagement, Hessisches Baumanagement und die Hessische Landgesellschaft. Hier gibt es starke Überlappungen. Warum die drei parallel laufen müssen, ist bisher nicht geklärt.

(Beifall bei der FDP)

Zehntens. Lieblingsthema der Liberalen ist die Beteiligungspolitik. Wann immer wir davon sprechen, dass eine Beteiligung veräußert werden soll, ist die Antwort der Landesregierung: Das können wir doch gar nicht machen, weil Frau Roth, oder was weiß ich wer, dagegen ist. – Es fehlt ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept für die Beteiligungspolitik. Das mahnen wir an, das fehlt von Ihnen bis heute.

Wir haben viele konkrete Vorschläge dazu vorgelegt, und manche wurden aufgegriffen, oder die Vorschläge waren parallel – umso schöner; ich will damit überhaupt keinen Autorenstolz verbinden –, viele bedauerlicherweise nicht. Was uns geradezu empört, ist, dass sich keine Bewegung in Richtung auf die Zielerreichung zeigt, den Haushalt auszugleichen, sondern dass Sie dazu übergehen, den miserablen Zustand, wenn wir ihn schon vorgeblich nicht ändern können, für schön zu erklären. Das ist das Unbefriedigende an der ganzen Angelegenheit.

Beim Überlegen, wie es denn sein kann, dass der Finanzminister von einer Trendwende, von einem Turnaround spricht, fiel mir eine Karikatur ein, die der französische Künstler Chaval gezeichnet hat. Sie trägt den wunderschönen Titel: „Hoch begabter Mann, befähigt, durch die bloße Erdumdrehung einen Eindruck von Geschwindigkeit

zu empfinden“. Zusammengefasst lautet mein Urteil nach der ersten Lesung: hoch begabter Minister, fähig, Stillstand für einen Turnaround zu halten, aber leider völlig unakzeptabler Haushalt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch ein Absturz!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege von Hunnius. – Das Wort hat Herr Kollege Gottfried Milde, CDU-Fraktion.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich die Debatten zum Nachtrag und zum ordentlichen Haushalt beobachtet habe, möchte ich sagen, es wäre vernünftiger und effizienter gewesen, beides in einer Debatte zusammenzufassen. Wir reden über die ganzen konjunkturellen Daten, die Bundespolitik und die Neuverschuldung – alles die gleiche Debatte wie vorhin zum Nachtrag. Deswegen war es richtig, dass wir es vorgeschlagen hatten, und es war falsch, dass es abgelehnt wurde, das heute in einer Debatte zusammenzufassen.

Dann möchte ich etwas zum Umgang miteinander sagen. Ich stelle hier schon fest, dass es neue Orientierungen gibt, was die Oppositionsrolle auch in Berlin angeht. Ich stelle fest, dass die GRÜNEN schon vergessen haben, dass sie sieben Jahre lang mitregiert haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll ich dir etwas sagen? Wir regieren noch, weil ihr nichts hinkriegt! Trittin wird noch die Grüne Woche eröffnen, wenn ihr so weitermacht!)

– Herr Al-Wazir, darf ich vielleicht weiterreden? – Ich stelle mit einigem Erstaunen fest, wie der Kollege Schmitt hier ignoriert hat, welche Form der Verhandlungen im Moment in Berlin stattfindet. Da scheint doch der Nahles-Virus noch ein bisschen zu wirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Volker Hoff (CDU): Ein bisschen herumstoßern!)

– Darauf komme ich zurück. – Was für den Nachtrag gilt, gilt natürlich erst recht für den Haushalt 2006.

(Reinhard Kahl (SPD): Auch schlecht!)

Da können Sie sich auf den Kopf stellen: Konsolidieren und Modernisieren bleiben weiterhin die Hauptziele hessischer Politik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die nicht erreicht werden!)

Sie werden im Haushalt 2006 eindrucksvoll bestätigt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unsinn, bei der Rekordneuverschuldung! So hoch wie 2006 war die Verschuldung noch nie, und da sagen Sie: guter Weg!)

– Herr Kollege Kaufmann, ich komme im Detail dazu. Andere Bundesländer in Deutschland wären froh, wenn sie unsere Probleme hätten. Die haben nämlich ganz andere.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Also komm!)

Auch wenn wir heute noch nicht abschließend beziffern können, welche Einsparungen oder auch Mehreinnahmen

(Reinhard Kahl (SPD): Die zweithöchste Neuverschuldung!)

durch die Koalitionsverhandlungen in Berlin positiv auf den Landeshaushalt einwirken werden, Herr Kollege Kahl, so können wir doch jetzt schon sagen, dass dieser Haushalt die solide hessische Finanzpolitik belegt und die bundesweite Spitzenstellung Hessens durch die Umsetzung der politischen Ziele untermauert. Den Menschen geht es in Hessen im Schnitt wirtschaftlich besser als in anderen Bundesländern und in fast allen anderen Ländern Europas. Auch den Kommunen in Hessen geht es besser als in allen anderen Bundesländern in Deutschland; dazu haben wir nachher noch einen Antrag.

Auch wenn es mancher im Haus nicht glauben will: Wir haben im Verhältnis zu den anderen Bundesländern eine niedrige Neuverschuldung und sind Spitzenzahler im Länderfinanzausgleich. Ich will das einmal in den Vergleich der anderen Länder stellen; denn hier wurde vorhin doch einiges in ein falsches Licht gerückt. Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern, insbesondere bei der Nettoneuverschuldung, die wir keinesfalls so akzeptieren, wie sie ist, zeigt, dass Hessen einen soliden dritten Platz belegt. Wir kämpfen immer mit Baden-Württemberg um diesen dritten Platz; das stimmt. Ich gehe davon aus, dass wir im nächsten Jahr an Baden-Württemberg vorbeiziehen werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Ist das eine Trendwende, wenn im nächsten Jahr wieder mehr Schulden gemacht werden?)

Herr Kahl, Herr Kaufmann oder Herr Schmitt, die Opposition kann ja behaupten, dass sie es besser kann. Allein, der Glaube daran fehlt mir, wenn ich sehe, in welchen sozialdemokratisch geführten Ländern es besser geht.

(Reinhard Kahl (SPD): Geben Sie doch die Regierung ab, dann machen wir es!)

Das kann man drehen und wenden, wie man will: Es gibt in Deutschland kein von der SPD regiertes Bundesland, das eine bessere Quote in der Neuverschuldung hat als Hessen. Das sollte Ihnen einmal zu denken geben.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Regierung tritt zurück, und Sie tolerieren uns! Dann zeigen wir es Ihnen! – Norbert Schmitt (SPD): Lasst uns ran!)

Ich will Ihnen nur einmal die Zahlen von Nordrhein-Westfalen nennen. Herr Kollege Kaufmann, da können auch Sie zuhören, weil Nordrhein-Westfalen noch mit Grün regiert wurde. Nordrhein-Westfalen hat in diesem Jahr einen Haushalt mit 7,3 Milliarden € Nettoneuverschuldung zu verantworten. Es war doch Rot-Grün, es waren nicht wir, die in Nordrhein-Westfalen dazu gekommen sind.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt reden wir einmal über Hessen!)

Vielleicht kommt auch bei Ihnen einmal die Erkenntnis, dass wir in einer dramatischeren Lage sind, als Sie es gern hätten und isoliert für Hessen betrachten möchten.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir sind doch nur für Hessen zuständig!)

– Ich kann die hessischen Zahlen noch einmal nennen, der Finanzminister hat sie schon genannt. Wir haben von 1999 bis 2006 in unserer Regierungsverantwortung 10,5 Milli-

arden € neue Schulden gemacht – das stimmt –, aber 16,5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt.

(Norbert Schmitt (SPD): Dem ihr selbst zugestimmt habt! – Reinhard Kahl (SPD): Und wie war das vorher?)

Diese Zahl sollten Sie doch nicht immer verschweigen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Milde, der Kollege Kaufmann möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Nein, er hat gerade eine halbe Stunde gesprochen.

(Frank Gotthardt (CDU): Wenn er noch etwas lernen will!)

Ich will Sie einmal fragen, auch die FDP, damit wir ehrlich miteinander umgehen: Wo wollen Sie wirklich einsparen? Wir kommen nachher noch zu den Mehreinnahmen, die möglich sind. Sagen Sie doch einmal ernsthaft: Wollen Sie in die Infrastruktur des Landes eingreifen? Die GRÜNEN wollen es, Herr Kaufmann hat es angesprochen. Wollen Sie den Straßenbau zurückfahren? Wollen Sie keine Umgehungsstraßen, die die Menschen von Lärm entlasten? Wollen Sie nicht mehr in den Schienenverkehr investieren? Wollen Sie weniger Wirtschaftsförderung?

(Michael Denzin (FDP): Bessere!)

Wollen Sie weniger sozialen Wohnungsbau? Wollen Sie weniger Lehrer? Ich frage Sie nur einmal. Es könnte sein, Herr Kaufmann, das weiß ich nicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Weniger SAP! – Michael Denzin (FDP): Lehrerbearbeitungsplan!)

Wollen Sie weniger Hochschulprofessoren, weniger Forschung? Wollen Sie weniger Polizisten, weniger Justizbeamte? Wollen Sie die soziale Infrastruktur kürzen? Frau Fuhrmann ist schon hinausgegangen. Aber ich glaube, da hätten Sie ein Problem. Wollen Sie weniger Geld für Kinderbetreuung, weniger Geld für Ausbildung und Arbeitsmarktprogramme? Wollen Sie den Kommunen weniger Geld geben? Oder wollen Sie Beamtengehälter noch weiter kürzen? Wo sind denn Ihre Alternativen? Die Leute wollen doch zu Recht von Ihnen wissen, was Sie wirklich wollen.

Ich möchte auch auf diese Mär vom Ausgabenanstieg zu sprechen kommen, die Herr Schmitt vorhin wieder dargestellt hat.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Zahl stimmt aber!)

Ich nenne Ihnen dazu einen Vergleich. Vom Jahr 2003 bis zum Jahr 2006 sind die bereinigten Gesamtausgaben – da kann man Statistiken nehmen, wie man will; ich nehme einmal die –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die mildesche!)

von 16,5 auf 16,6 Milliarden € angestiegen. In den drei Jahren von 2004 auf 2006 haben wir eine Steigerung, die insgesamt unter 1 % liegt. Da können Sie hier doch nicht behaupten, wir hätten durch Ausgabenwachstum die finanzielle Situation des Landes verschuldet. Genau das Gegenteil ist richtig. Mit härtesten Maßnahmen hat dieser Finanzminister dafür gesorgt, dass der Landeshaushalt

mit immer weniger Geld auskommen musste. Dafür sollten wir dem Finanzminister auch einmal Danke sagen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): 2002!)

Wir haben in der Zeit – bis auf das Jahr 2004, das war eine Ausnahme – den Kommunalen Finanzausgleich ständig erhöht. Darüber wird noch zu reden sein. Ständig sind die Ausgaben für die Kommunen gestiegen.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

– Außer 2004, ich komme noch darauf.

Ich möchte Ihnen noch eines mit auf den Weg geben: Wir sind das erste Bundesland, das auf die Doppik umstellt. Wir sind das erste Land, das die interne Leistungsverrechnung nach dem Mieter-Vermieter-Modell – das hat jetzt nichts mit dem Verkauf der Immobilien zu tun, Herr Kaufmann – umgesetzt hat. Damit produzieren wir künstlich Ausgaben, denen natürlich auch Einnahmen gegenüberstehen. Aber bei den Ausgabensteigerungen, die Sie hier immer so gern prozentual darstellen, ist das alles drin. Was wir alle wollten, nämlich eine moderne Form der Haushaltsrechnung, werfen Sie uns jetzt vor, indem Sie die darin enthaltene interne Leistungsverrechnung ständig als Ausgabensteigerung beziffern. Das ist einfach falsch.

Ich möchte dem Kollegen von Hunnius sagen – vorhin wurde ich kritisiert, weil ich gesagt hatte „der Kollege von der FDP“; es gehört zum persönlichen Marketing des Kollegen dazu, dass man den Namen sagt –, weil er uns im Verhältnis zu anderen Bundesländern wieder in ein schlechtes Licht gestellt hat: Das Land Bayern,

(Roland von Hunnius (FDP): Freistaat!)

der Freistaat Bayern möchte so vorbildlich ab nächstem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

(Florian Rentsch (FDP): Einen neuen Ministerpräsidenten!)

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29.10.2005 gibt es unter der Überschrift „Faltlhausers Hoffnungshaushalt – Bayerns Finanzminister muss ein Milliardenloch stopfen, aber er weiß nicht, wie“ eine realistische Einschätzung dessen, was in Bayern möglich und notwendig ist.

Natürlich haben die Bayern einen Vorteil. Sie verfügen über ein größeres Vermögen, das sie einsetzen können – das machen wir in Hessen übrigens auch –, um über einen gewissen Zeitraum dieses Haushaltsdefizit abzudecken. Deswegen steht Bayern im Moment noch gut da. Aber auch dieses Vermögen ist aufgebraucht.

In struktureller Hinsicht sitzen wir doch alle in einem Boot. Ich kann nur allen empfehlen, die ihre gesamte Redezeit darauf verwenden, zu erklären, dass wir in Hessen die Einzigen seien, die Schulden machten, zu realisieren, dass wir alle im gleichen Boot sitzen. Wir alle haben zurzeit Probleme mit der Neuverschuldung.

Dass die FDP ignoriert, dass im Jahre 2002 die höchste Neuverschuldung im Land Hessen stattgefunden hat – der Zwischenruf von Herrn Kahl war nicht völlig falsch –, das werfe ich Ihnen jetzt gar nicht vor. Herr von Hunnius, Sie können sich nicht dadurch herausreden, dass Sie sagen, das sei einmalig gewesen, da Sie im Jahr 2003 keine Chance mehr gehabt hätten, dabei mitzubestimmen. Niemand kann sagen, wie es sich entwickelt hätte, wenn Sie dabei gewesen wären. Es spricht aber wenig dafür, dass sich an dem, was wir gemeinsam über vier Jahre – übr-

gens sehr erfolgreich – gemacht haben, viel geändert hätte.

Die GRÜNEN behaupten, dies sei die alleinige Tat des hessischen Finanzministers. Ich frage Sie einmal, weshalb wir die Maastricht-Kriterien Jahr für Jahr verletzt haben.

(Wortmeldung des Abg. Michael Denzin (FDP))

– Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

Weshalb haben wir es jedes Jahr nicht geschafft, die Maastricht-Kriterien einzuhalten? Weshalb wird jetzt in Berlin eine Einsparung in einer Größenordnung von 35 Milliarden € vorgenommen, damit wir im nächsten Jahr nicht mehr die Maastricht-Kriterien verletzen und damit wir nicht 10 Milliarden € Strafe zahlen müssen? Das ist doch die Wahrheit. Reden Sie doch nicht so davon, als wäre das ein singuläres Problem der Hessischen Landesregierung. Wir sitzen alle in einem verdammt schwer zu steuernden Boot, meine Damen und Herren. Es stünde uns allen, die wir in der Politik aktiv sind, gut an, realistisch einzuschätzen, dass wir noch viel Arbeit vor uns haben.

Der Begriff vom Heulen und Zähneklappern ist doch mehr als bestätigt worden durch die Reaktionen aller. Dazu müssen Sie nur gelegentlich einmal die Überschriften in der „Bild“-Zeitung lesen. Was soll noch auf uns zukommen? Es ist an der Zeit, dass die Menschen in Deutschland erkennen, dass wir als Staat insgesamt zu viel ausgeben und zu wenig einnehmen. Beides stimmt. Bei beidem haben wir versucht, in Hessen gegenzusteuern, mit den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen.

Ich habe vorhin den Betrag von 35 Milliarden € genannt. Die Streichung der Eigenheimzulage macht im ersten Jahr eine Einsparung von 200 Millionen € aus. Das sind 0,057 % des 35-Milliarden-€-Problems. Darauf weise ich nur deshalb hin, weil Sie immer behaupten, das hätten wir alles schon haben können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Ende sind es 11 Milliarden €, wie Sie wissen!)

– Am Ende werden es 11 Milliarden € sein, und zwar in acht Jahren. Je früher man beginnt, umso früher erreicht man es. Das ist richtig. Das sind nur Größenordnungen.

Schauen Sie sich einmal den Bundeshaushalt an, aus dem die Rentenversicherung mit Steuermitteln von 80 Milliarden € bezuschusst wird und aus dem 40 Milliarden € für sonstige soziale Zwecke bezahlt werden. Dann ist doch klar, weshalb Sie nicht den Mut hatten, in den vergangenen sieben Jahren einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen. Das geht doch gar nicht ohne erhebliche Einschnitte im sozialen Bereich.

Deswegen würde es uns gut anstehen, wenn wir versuchen würden, realistisch damit umzugehen. Das gesamtstaatliche Defizit in Deutschland beträgt pro Jahr ungefähr 80 Milliarden €. Vielleicht sind es sogar 90 Milliarden €. Im Jahr 2005 hat das Land Hessen an diesem Defizit einen Anteil von rund 1,2 Milliarden € und im Jahr 2006 nach den bisherigen Planungen einen Anteil von etwa 1,6 Milliarden €. Das ist nicht schön. Das glaube ich Ihnen sehr wohl.

(Reinhard Kahl (SPD): Das stimmt doch gar nicht! Das strukturelle Defizit ist doch höher!)

– Das strukturelle Defizit ist in den 80 Milliarden € noch gar nicht enthalten, lieber Herr Kahl.

(Reinhard Kahl (SPD): Dann reden wir über das hessische Defizit! Das liegt bei über 2 Milliarden €!)

Ich rede von dem, was Bund, Länder und Kommunen tatsächlich an Schulden aufnehmen müssen. Von diesen 80 Milliarden € hat das Land Hessen 1,2 Milliarden € bzw. 1,6 Milliarden € – je nach dem, welches Jahr zugrunde gelegt wird – zu tragen. Damit Sie wissen, wovon wir reden, möchte ich Ihnen einmal sagen:

(Norbert Schmitt (SPD): Wir wissen, wovon wir reden!)

Vor dem Hintergrund von 1,4 Billionen € Schulden des Bundes würde eine Steigerung des Zinssatzes um 1 Prozentpunkt dazu führen, dass 14 Milliarden € mehr Zinsen zu bezahlen wären, als es im Moment der Fall ist.

(Reinhard Kahl (SPD): Was bedeutet das für Hessen?)

Das sind doch Größenordnungen, bei denen man nicht so tun kann, als könnten diese Probleme mit einem Landeshaushalt beseitigt werden.

Es ist doch gar keine Frage, dass die Länder bei allen Einsparungen, die es gibt, natürlich auch davon profitieren müssen. Der Finanzminister wäre doch mit dem Klammersack gepudert, wenn er nicht dafür kämpfen würde, das ein erklecklicher Anteil im Landeshaushalt bleibt, wenn in Berlin gespart wird; denn bei allen steuerlich relevanten Einsparungen und Mehreinnahmen sind wir als Land betroffen.

Herr Kollege Kahl, Herr Kollege Kaufmann, Herr Kollege Schmitt, Herr Kollege von Hunnius, es ist doch gar keine Frage, dass wir nicht perspektivlos die nächsten fünf Jahre abwarten, was passiert. Natürlich werden im Aufstellungsverfahren des Haushalts die Zahlen mit dem zusammengebracht, was in Berlin passiert. Wir erwarten Mehreinnahmen in einer Größenordnung von mehreren 100 Millionen €. Diese Mehreinnahmen kann ich heute aber nicht beziffern. Das wird uns bis zur zweiten, möglicherweise aber erst bis zur dritten Lesung klarer werden. Dann werden wir damit umgehen. Dann werden wir das realistischer einschätzen können.

Daran sehen Sie, wie richtig es war, dass der Landeshaushalt nicht vor zwei oder drei Monaten diskutiert wurde. Im Prinzip ist es jetzt noch zu früh. Das konnten wir damals nicht wissen. Im Prinzip ist es aber jetzt noch zu früh, um realistisch etwas daran zu ändern. An den Ausgaben werden wir nicht mehr viel ändern. Ich sehe wenige Möglichkeiten, weitere Einsparungen vorzunehmen. Ich sehe aber auch keine Möglichkeit, die Ausgaben zu erhöhen. Letztlich geht es um die Frage, wie viele Schulden wir machen können und wie viele Mittel wir aus Berlin bekommen, die aus Einsparungen resultieren.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber eine sehr verengte Perspektive!)

Deswegen machen wir bei vielen Dingen mit, die zurzeit in Berlin diskutiert werden, bei denen wir vorher gesagt haben, dass man sie nicht aus dem Gesamtkontext herausreißen darf. Ein Beispiel ist die Eigenheimzulage. Ich sehe gerade den Wirtschaftsminister. Natürlich hatte die Eigenheimzulage ihren Sinn gehabt. Es war aber Quatsch, die Eigenheimzulage quasi zum Steinbruch oder zum „Jäger 90“ der Haushaltssanierung zu machen. Das muss doch in ein Gesamtkonzept integriert werden, das insgesamt hält.

Ich nenne noch eine Zahl aus dem gesamten konjunkturellen Umfeld. Noch vor wenigen Jahren – sogar noch im Jahr 2001 – wurden uns anhand der Steuerprognosen bundesweit für das Jahr 2005 etwa 100 Milliarden € Mehreinnahmen prognostiziert. Wir hätten heute gar keine Probleme, wenn dieser Fall eingetreten wäre. Wenn jeder in Deutschland seine Steuern so anständig wie ich bezahlen würde, dann hätten wir auch keine Probleme. Wir werden dafür sorgen müssen, dass jeder entsprechend seinem Steuersatz besteuert wird.

Sie merken anhand der ganzen Diskussion, dass die Hauptveränderungen in Deutschland in Berlin stattfinden müssen. Deshalb ist es doch wichtig, dass Roland Koch und vor allem auch Franz Josef Jung versuchen, in Berlin die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Alles andere wäre eine Vernachlässigung der Interessen Hessens. Das kann man sehr wohl so sagen.

(Beifall bei der CDU)

Daher kann ich zum Antrag der GRÜNEN nur sagen: Roland Koch will nicht ablenken, sondern er will erfolgreich abhelfen. Darüber sollten wir uns gemeinsam freuen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aufgrund der Mai-Steuerschätzung für den Landeshaushalt Hessen sind uns Mindereinnahmen von 720 Millionen € prognostiziert worden. Deshalb musste für den Haushaltsplan eine Nettoneuverschuldung von 1,675 Milliarden € angenommen werden. Ich habe bereits erwähnt, dass wir selbstverständlich davon ausgehen, dass die Ergebnisse in Berlin dazu führen, dass wir um mehrere 100 Millionen € entlastet werden.

Wenn wir einen Betrag von 1,2 Milliarden € im Jahr 2005 zugrunde legen, dann stimmt sogar das, was hinsichtlich einer Trendwende bei der Nettoneuverschuldung gesagt wurde. Dann kommen wir unter diese Neuverschuldungsgrenze. Dann kommen wir in der Finanzplanung der nächsten fünf Jahre nicht nur in Richtung eines Haushalts, der den Verfassungsvorgaben hinsichtlich der Verschuldungsgrenze genügt, sondern dann kommen wir – den Glauben daran werden wir nicht verlieren – auch in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts.

(Zurufe von der SPD)

Wir sollten daher die endgültigen Ergebnisse in aller Ruhe abwarten.

Dass der Haushalt – das ist hier verschiedentlich völlig falsch dargestellt worden – trotz der bislang geplanten Neuverschuldung verfassungskonform ist, geht aus der Einbringung der Unterlagen hervor. Wir schließen uns dieser Einschätzung selbstverständlich an und warten diesbezüglich gespannt auf das Urteil des Staatsgerichtshofs zur Verfassungskonformität des Haushalts 2002.

Insgesamt hebt sich der Haushalt allein schon aufgrund seiner Optik von anderen Länderhaushalten positiv ab. Immer mehr Haushaltstitel werden nach der Doppik bilanziert. Herr Kollege Kaufmann, das Mehr an Transparenz ist mehr als ein Symbol für die Modernisierung des Haushalts in Hessen. Auch wenn wir noch in den Anfängen der Umstellung auf den Produkthaushalt sind – über Details können wir noch reden –, müssen wir feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ohne SAP, ohne das von Ihnen so gern kritisierte SAP-Projekt, wäre dies gar nicht möglich.

Mit dem Haushalt haben wir Perspektiven aufgezeigt, die Sie politisch vielleicht ärgern, die es uns aber ermöglichen, unsere politischen Ziele umfassend umzusetzen. Die 300 zusätzlichen Lehrerstellen und die Umwandlung von 300 befristeten Stellen in unbefristete Stellen wurden bereits erwähnt. Außerdem erwähnt wurden die 75 Millionen €, die für den Straßenbau ausgegeben werden, und die 11,5 Millionen € für Ausbildungsprogramme. Das kann man nicht einfach wegdiskutieren.

Ich nenne noch eine kleine Position. Die 3,8 Millionen €, die wir für das Besucherzentrum beim einzigen UNESCO-Weltnaturerbe Deutschlands, die Grube Messel, ausgeben, sind eine mehr als sinnvolle Investition. Die GRÜNEN müssten sich darüber freuen. Ich habe mich darüber gefreut, dass die GRÜNEN vor wenigen Wochen in einer Pressemitteilung gefordert haben, die Grube Messel finanziell mehr zu unterstützen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es nach euch gegangen wäre, wäre sie mit Müll voll!)

– Nein, das ist nicht wahr. Der damalige Umweltminister hat dafür gekämpft, dass daraus ein Weltnaturerbe entsteht, damit dort etwas ausgegraben werden kann.

Bei der inneren Sicherheit müssen wir natürlich sehen, dass die Fußballweltmeisterschaft des nächsten Jahres auch in Hessen stattfinden wird und dafür mehr Geld ausgegeben werden muss. Auch die Aufstockung der Offensive für Kinderbetreuung um 4,2 Millionen € wurde bereits erwähnt.

Das Ziel, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt für Hessen aufzustellen, haben wir nicht aus den Augen verloren, sondern sind es für die nächsten Jahre gezielt angegangen. Deshalb ist es zwar notwendig, weiter zu konsolidieren, aber Sie werden mir zugestehen, dass nach der „Operation sichere Zukunft“ – die dauerhaft jedes Jahr 600 Millionen € einspart – die Einsparpotenziale geringer werden. Trotzdem ist eine 2,5-prozentige Kürzung konsumtiver Ausgaben vorgesehen.

Es gibt keinen echten Ausgabenanstieg. Anders als zu rot-grünen Zeiten haben wir die Personalkosten in Hessen absolut im Griff. Wir trennen uns weiterhin dort von Landesvermögen, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist. Herr Kollege Kaufmann, als Aktionär von Fraport muss ich Ihnen sagen – nicht ich bin Aktionär, sondern Sie sind es –, wir als Land Hessen werden Fraport-Anteile nicht verkaufen. Das Land Hessen hat sich in einem Konsortialvertrag mit der Stadt Frankfurt darauf verständigt, bis zum Jahr 2011 als Anteilseigner präsent zu bleiben. Das ist auch wichtig für den Ausbau – den Sie nicht wollen. Aber der Ausbau, der am Ende 100.000 Arbeitsplätze bringt –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Millionen, Herr Kollege, Millionen!)

– Lieber Herr Kaufmann, wer die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu Recht kritisiert, sich aber in Hessen hinstellt und die Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen verhindert, der ist als Opposition unehrlich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kaufmann, ich will Ihnen noch eine Zahl dazu nennen – Sie haben vorhin auch viele Zahlen genannt. 100.000 Arbeitsplätze mehr bedeuten 1,5 Milliarden € weniger Belastung des Staates. – So viel dazu, was wir alleine durch den sinnvollen Ausbau des Frankfurter Flughafens erreichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Lage der Kommunen eingehen. Im Gegensatz zum Land können die Kommunen in Hessen mit höheren Einnahmen rechnen. Sie bekommen 79,3 Millionen € mehr aus dem Landeshaushalt bzw. über den KFA. Der Anteil der Kommunen an den im Land verbleibenden Steuern ist historisch hoch, er liegt bei 48 %. Die Einnahmesituation der Kommunen aus Steuern und KFA ist besser als in allen anderen Ländern in Deutschland. Auch hier wurden in den letzten Monaten Legenden gebildet – es ginge den hessischen Kommunen schlechter als anderen Kommunen. Den hessischen Kommunen geht es in der Summe dessen, was sie vom Land erhalten und was sie an eigener Steuerkraft haben, besser als allen anderen Kommunen in Deutschland.

Deswegen ist es auch richtig, dass wir darüber reden, wie der KFA insgesamt strukturiert ist und wie groß er ist. Zu Recht haben wir die Weiterleitung der Wohngeldentlastung durch Hartz IV an die Kommunen vorgenommen. Wir haben – jetzt komme ich zum Schluss noch zum Antrag der SPD-Fraktion –, was die Finanzlasten bei der Langzeitarbeitslosigkeit angeht, eine neue Situation. Diese Aufgabe, die durch Hartz IV den Kommunen übertragen wurde, ist keine Landesaufgabe mehr. Deswegen wird es auch nicht mehr im Landeshaushalt stehen. Wir werden es auch ablehnen, dies neu in den Haushalt aufzunehmen.

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen und Ihnen sagen, dass das Kontingent, das wir für die Kommunen haben, insgesamt mehr als ausreichend ist. Wir diskutieren noch darüber, wie wir mit den Sonderstatusstädten umgehen. Diese Diskussion ist berechtigt und berührt viele Abgeordnete in Ihren Fraktionen wie auch in unserer Fraktion. Ich sage jetzt voraus, dass wir über diese Frage der Sonderstatusstädte bis zur zweiten oder dritten Lesung des Haushalts mit dem Landkreistag und dem Städtetag reden werden. Ich lasse es vollkommen offen, ob es hier nochmals eine neue Situation gibt.

Ich möchte hier aber eines deutlich machen: Nicht das Land gibt den Kommunen etwas, sondern hier haben die Kommunen untereinander ein Problem und benötigen deswegen das Land als Schiedsrichter. Hier sollten wir mit der Behauptung vorsichtig sein, das Land nehme denen etwas weg. Ich bin der Meinung, das sollte transparent gelöst werden

Insgesamt aber ist dieser Antrag der SPD,

(Günter Rudolph (SPD): Voll berechtigt!)

die Kürzung des Arbeitslosenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich zurückzunehmen, ein finanzpolitischer Irrflug der SPD-Fraktion, um sich kurz vor der Kommunalwahl bei den Kommunen nochmals einzuschleimen. Ich kann nur sagen: Den Kommunen geht es gut.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Im Verhältnis zum Land. Natürlich haben die Kommunen ein Problem, das will ich nicht wegreden.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist zumindest ein Eingeständnis!)

Aber im Verhältnis zum Land und zum Bund ist das die Ebene, der es noch am besten geht. Natürlich haben wir Hoffnung auf eine Besserung der gesamtwirtschaftlichen

Lage, und wir werden sehen, was sich da noch für den Haushalt machen lässt.

Zum Schluss will ich Ihnen nur sagen: Diese Landesregierung mit Roland Koch an der Spitze steht zu ihren Ankündigungen. Das ärgert Sie. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben. Finanzminister Weimar hat unter widrigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein verlässliches Zahlenwerk vorgelegt, das die Schwerpunktsetzungen dieser Landesregierung in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und Verkehrsinfrastruktur auch im Jahr 2006 konsequent fortsetzt.

Sie von der Opposition können sicher sein, dass sich die Landesregierung dabei auf die größte CDU-Fraktion, die es jemals im Hessischen Landtag gab, verlassen kann.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird auch das letzte Mal sein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, bevor wir in die Beratung des Haushalts auch mit Einzelanträgen einsteigen, will ich nochmals den Präsidenten des Rechnungshofs von Rheinland-Pfalz zitieren, der gesagt hat: Was der Staat gibt, muss er irgendwann vom Steuerzahler nehmen. – Das sollten wir bei jedem Wohlgemeinten zusätzlichen Wunsch für den Haushalt immer bedenken. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Milde, vielen Dank. – Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das nützt auch nichts! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber versucht hat er es wenigstens!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zwei Bemerkungen zum Kollegen Milde – es kommen noch weitere Interveneure, denen dann gemeinsam geantwortet werden kann.

Herr Kollege Milde, wissen Sie, was mich an Debatten dieser Art so stört? Sie haben eine völlig eigene sprachliche Definition. Das Wort „Konsolidierung“ – es ist nicht ganz einfach auszusprechen – heißt beim Haushalt, dass man weniger Schulden macht, vielleicht auch mehr Einnahmen erzielt, auch Ausgabenkürzungen. Am Ende muss das berühmte Delta kleiner werden.

Sie legen einen Haushalt vor, bei dem dieses Delta erneut größer geworden ist, und reden dann von der Fortsetzung des Konsolidierungskurses. Da kann einem nur angst und bange werden. Denn Sie machen das Gegenteil von dem, was richtig wäre, und kleistern dies mit einem völlig falschen Etikett zu. Da Sie hier zu 56st sitzen, werden Sie es auch genauso durchsetzen.

Mein zweiter Punkt ist das berühmte Thema Ausgaben, mit dem Sie jetzt wieder kommen. Ich habe das vorhin schon prognostiziert. Sie fragen: Was wollen Sie denn machen? – Wie immer halte ich dann diese Grafik hoch. Von Ihrer Sicht gesehen links die ersten drei Balken – obwohl sie schwarz sind – zeigen die Zeiten von Rot-Grün.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau!)

1996, 1997, 1998 – dreimal geht der Balken nach unten, die Ausgaben werden reduziert; nicht besonders stark: 0,5, 0,6 und 0,7 %.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Dann kommen Sie – das haben wir frecherweise jetzt rot gefärbt. Dann springt es nach oben, das ist offenkundig sichtbar. Eine Ausnahme habe ich erwähnt: das Jahr 2004 mit einem Minus von 2,5 %. Das war die Folge der „Operation düstere Zukunft“, mit der Sie zugeschlagen haben.

Das ist Ihre Bilanz der Ausgabenentwicklung. Dann können Sie doch nicht allen Ernstes die Opposition fragen: Was hätten Sie gemacht? – Was wir gemacht haben, haben wir gezeigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wären Sie auf diesem Kurs geblieben – das ist Ihnen vorgerechnet worden –, dann hätten Sie heute mehr eingespart, als die gesamte Neuverschuldung ausmacht.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Kaufmann, wie siehts aus?

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Genau das haben Sie nicht. Das muss man Ihnen immer wieder sagen. – Ich freue mich, dass der Präsident der gleichen Meinung ist wie ich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann – allerdings ich bin nicht Ihrer Meinung.

Zu einer weiteren Kurzintervention hat Kollege Schmitt, SPD-Fraktion, das Wort.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident! Drei Anmerkungen zum Kollegen Milde.

Erste Anmerkung: Den Kommunen geht es im Vergleich zum Land gut. – Den Kommunen geht es unterschiedlich. Es gibt Kommunen, denen es noch einigermaßen geht. Aber es gibt auch Kommunen, die ganz erhebliche Probleme haben, die durchaus vergleichbar mit denen des Landes sind.

Zweite Bemerkung: der Länderfinanzausgleich. Ihre Ablenkungsstrategie ist es, zu behaupten, wir müssten zu viel ausgeben; wenn der Länderfinanzausgleich nicht da wäre, hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt. So stellen Sie es immer dar.

Der Länderfinanzausgleich ist nun einmal vom Grundgesetz bestimmt. Dort heißt es, es sei Verfassungsauftrag, gleiche Lebensbedingungen in Deutschland zu schaffen. Deswegen gibt es den Länderfinanzausgleich. Nun kann man lange darüber streiten, wie er gestrickt ist. Aber eines müssen wir feststellen: Den letzten Länderfinanzausgleich hat der Ministerpräsident gefeiert und ihm zuge-

stimmt. Deswegen beklagen Sie möglicherweise ein Ergebnis, das Sie selbst herbeigeführt haben.

Ihre Argumentation mit der Belastung durch den Länderfinanzausgleich kommt mir vor wie die von jemandem, der Pleite gemacht hat und dann sagt: Hätte ich keine Steuern zahlen müssen, wäre ich vielleicht über die Runden gekommen. – Das ist genau Ihre Argumentation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der dritte Bereich, den ich kurz ansprechen will, ist die Ausgabensteigerung. Dabei kann ich an Herrn Kaufmann anknüpfen. In der Tat gab es unter Rot-Grün Haushalte ohne irgendeine Steigerung. Wäre dies fortgesetzt worden, hätten wir heute keine Probleme. – Das ist die Antwort auf Ihre Frage, wie wir es gemacht hätten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz genau!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es anders gemacht. Der Vergleich zwischen 2003 und 2006 ist natürlich peinlich. Im Haushalt 2003 haben Sie eine Steigerung von 2,8 % vorgenommen, Sie haben in einem Haushalt 500 Millionen € draufgepackt. Das aber war der Haushalt zur Landtagswahl. Und was war die Folge? Ein Jahr später mussten Sie mit der „Operation düstere Zukunft“ das wieder wegnehmen, was Sie draufgepackt hatten. Nach der „Operation düstere Zukunft“ fallen Sie wieder in den alten Trott zurück.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt, auch Ihnen schlägt die Stunde.

Norbert Schmitt (SPD):

Wir haben daran viele Detailprobleme kritisiert. Sie fallen wieder zurück. Ihre Ausgabensteigerungen betragen weitere 500 Millionen € in zwei Jahren. Diese Kritik haben wir an Ihnen: Es gibt bei Ihnen weitere Ausgabensteigerungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Eine weitere Kurzintervention vom Kollegen Denzin.

Michael Denzin (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Milde, das Beste an Ihrer Rede war das Schlusszitat des Rechnungshofpräsidenten von Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der FDP)

Das können wir voll unterschreiben. Aber ich habe mich wegen Ihrer Adaption der gotthardschen Methode gemeldet, was die Aussage zum Haushalt 2002/2003 angeht. Es war genauso, wie Gotthardt es vorhin erklärt hat, dass dieser heutige Sitzungstag auf Drängen der FDP verabredet worden ist. Kollege Kaufmann hat freundlicherweise darauf hingewiesen, dass es eine Übereinkunft unter der Voraussetzung war, dass bis 17 Uhr

(Norbert Kartmann (CDU): 16 Uhr!)

– danke –, bis 16 Uhr Schluss ist und der Ministerpräsident dann nach Berlin kann.

(Frank Gotthardt (CDU): Euch war die Klausurtagung wichtiger als die Haushaltsberatung!)

Genauso haben Sie das eben gemacht, Herr Kollege Milde. Richtig ist, dass wir in dem Jahr 2002 enorme Haushaltssteigerungen hatten. Die haben wir mitgetragen, weil wir gemeinsam der Meinung waren, dass es strategisch einen Sinn macht. Aber Sie haben verschwiegen, dass wir das nur unter der Voraussetzung gemacht haben und damals in der Koalition einig waren, dass in den nächsten vier Jahren ein ganz knallharter Sparkurs zu fahren ist.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst das Geld ausgeben für den Wahlkampf und dann wieder einsammeln!)

Da war Roland von Hunnius derjenige, der das am lautesen eingefordert hat. Jetzt kann ich nur feststellen: Die Union, die das damals genauso gesehen hat, hat wohl in der Alleinregierung nicht den Mut, das durchzusetzen, was wir uns gemeinsam vorgenommen hatten. Das und nichts anderes war es. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das ist ja hochinteressant!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Denzin. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Debatte beendet.

Zum weiteren Verfahren. Der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften wird dem Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006.

Dann haben wir den Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan, Drucks. 16/4586. Der wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Der dritten Punkt, Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kürzung des Arbeitslosenansatzes im Kommunalen Finanzausgleich zurücknehmen – ebenfalls Überweisung an den Haushaltsausschuss.

Dann gibt es Punkt 4, Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Heulen und Zähneklappern des Ministerpräsidenten, Drucks. 16/4593. Der wird ebenfalls dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Meine Damen und Herren, damit hätten wir die Tagesordnung behandelt. Ich darf die Kollegen von Hunnius, Kaufmann und May an das direkt anschließende Gespräch mit dem Präsidenten des Rechnungshofes in Raum 705 W erinnern. Ihnen allen darf ich sehr herzlich danken, dass Sie heute gekommen sind, danke für das gute Miteinander,

(Minister Karlheinz Weimar, erheitert: Das gute Miteinander!)

schließe die Sitzung und wünsche Ihnen alles Gutes.

(Schluss: 13.39 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 2)**Abstimmungsliste**

über die namentliche Abstimmung zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 25 GOHLT, Ministerpräsident Koch herbeizurufen

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x				Klemm, Lothar	SPD		x		
Apel, Elisabeth	CDU		x			Koch, Roland	CDU				x
Becker (Nidda), Gerhard	SPD				x	Kölsch, Brigitte	CDU		x		
Beer, Nicola	FDP	x				Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x		
Bellino, Holger	CDU		x			Landau, Dirk	CDU		x		
Bender, Bernhard	SPD		x			Lannert, Judith	CDU		x		
Beuth, Peter	CDU		x			Lautenschläger, Silke	CDU		x		
Bocklet, Marcus	GRÜNE	x				Lenhart, Roger	CDU		x		
Boddenberg, Michael	CDU		x			Lennert, Dr. Peter	CDU		x		
Bökel, Gerhard	SPD		x			Lenz, Aloys	CDU		x		
Bouffier, Volker	CDU		x			Lortz, Frank	CDU		x		
Caspar, Ulrich	CDU		x			Lübcke, Dr. Walter	CDU		x		
Corts, Udo	CDU				x	May, Jürgen	SPD		x		
Denzin, Michael	FDP	x				Milde (Griesheim), Gottfried	CDU		x		
Dietz, Klaus	CDU		x			Möller, Klaus Peter	CDU		x		
Dietzel, Wilhelm	CDU		x			Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU		x		
Dörr (Bergstraße), Ilona	CDU		x			Oppermann, Anne	CDU		x		
Eckhardt, Hannelore	SPD		x			Osterburg, Gudrun	CDU		x		
Erfurth, Sigrid	GRÜNE	x				Otto, Reinhard	CDU		x		
Faeser, Nancy	SPD		x			Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD		x		
Frankenberger, Uwe	SPD		x			Peuser, Helmut	CDU		x		
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x				Pfaff, Hildegard	SPD		x		
Fuhrmann, Petra	SPD		x			Pighetti, Marco	SPD		x		
Gerling, Alfons	CDU		x			Posch, Dieter	FDP				x
Gotthardt, Frank	CDU		x			Quanz, Lothar	SPD		x		
Gottschalck, Ulrike	SPD		x			Ravensburg, Claudia	CDU		x		
Grumbach, Gernot	SPD		x			Reif, Clemens	CDU		x		
Grüttner, Stefan	CDU		x			Reißer, Rafael	CDU		x		
Habermann, Heike	SPD		x			Rentsch, Florian	FDP	x			
Hahn, Jörg-Uwe	FDP	x				Reuter, Dr. Michael	SPD		x		
Hammann, Ursula	GRÜNE	x				Rhein, Boris	CDU		x		
Hartmann, Karin	SPD		x			Riege, Bernd	SPD		x		
Haselbach, Rudi	CDU		x			Rudolph, Günter	SPD		x		
Häusling, Martin	GRÜNE	x				Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD		x		
Heidel, Heinrich	FDP	x				Schmitt, Norbert	SPD		x		
Henzler, Dorothea	FDP	x				Scholz, Angelika	CDU		x		
Hermanns, Rüdiger	CDU		x			Schulz-Asche, Kordula	GRÜNE	x			
Herr, Dr. Norbert	CDU		x			Siebel, Michael	SPD		x		
Hoff, Volker	CDU		x			Sorge, Sarah	GRÜNE	x			
Hoffmann, Christel	SPD		x			Spies, Dr. Thomas	SPD		x		
Hofmann, Heike	SPD		x			Tesch, Silke	SPD		x		
Hofmeyer, Brigitte	SPD		x			Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU		x		
Höldobler-Heumüller, Margaretha	GRÜNE	x				Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE	x			
Holler, Christoph René	CDU		x			Wagner (Darmstadt), Ruth	FDP	x			
Holzapfel, Hartmut	SPD		x			Walter, Jürgen	SPD		x		
von Hunnius, Roland	FDP	x				Waschke, Sabine	SPD		x		
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x			Weimar, Karlheinz	CDU		x		
Jung (Rheingau), Dr. Franz Josef	CDU		x			Weinmeister, Mark	CDU		x		
Jürgens, Dr. Andreas	GRÜNE	x				Wiegel, Kurt	CDU		x		
Kahl, Reinhard	SPD		x			Williges, Frank	CDU		x		
Kartmann, Norbert	CDU		x			Wintermeyer, Axel	CDU		x		
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x				Wolff, Karin	CDU		x		
Klee, Horst	CDU		x			Ypsilanti, Andrea	SPD		x		
Klein (Wiesbaden), Armin	CDU		x			Zeimetz-Lorz, Birgit	CDU		x		
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x			Ziegler-Raschdorf, Margarethe	CDU		x		